

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 90 Pfg., bei Selbstabholung 80 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.40 Mk., für 1 Monat 80 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 13608.

Inserate kosten die 7spaltige Vertikale oder deren Raum 25 Pfg., bei Plagvorschritt 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Tausend, bei Zeilauflage 5.— Mk. — Schluss der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Tageskalender.

Die zentralen Tarifverhandlungen im Holzgewerbe sind gescheitert.

Im Reichstage antwortete gestern Genosse Hoch auf die Anfragen der Scharfmacher und des Staatssekretärs Delbrück.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstags beschloß die Ungültigkeitserklärung der Wahl des Genossen Haupt in Jerschow.

Das Reichsgericht verurteilte den 17jährigen Wasserfressling Willy Borg aus Schiltigheim wegen Verstoßes militärischer Geheimnisse zu 4 Jahren Gefängnis.

Die französische Präsidentschaftswahl findet heute statt. Die linksrepublikanischen Gruppen des Senats erklärten den Arbeiterminister Pains zu ihrem Kandidaten.

Die Homerubill wurde vom englischen Unterhause in dritter Lesung mit 205 gegen 258 Stimmen angenommen.

Ein neues Werk des Marxismus

Leipzig, 17. Januar.

II.

Der erste Band des Kapitals ist bekanntlich dem Produktionsprozeß des Kapitals gewidmet. In ihm kommt die Gewinnung und Aneignung des Mehrwerts durch den Kapitalisten zur Darstellung. Der treibende Zweck der kapitalistischen Produktion ist nicht die Herstellung von Gebrauchsgütern, sondern von Mehrwert. Aber der Produktionsprozeß ist notwendigerweise zugleich Reproduktionsprozeß. Mit einer einmaligen Produktion ist nichts getan, die Produktion muß sich beständig wiederholen. Und nicht nur das: sie muß sich ebenso beständig erweitern. Gerade weil die kapitalistische Produktionsweise nicht das Ziel hat, menschliche Bedürfnisse zu befriedigen, sondern lediglich Mehrwert zu gewinnen, hat sie von vornherein in sich den Trieb zur schrankenlosen Ausdehnung. Sie produziert ohne jede Rücksicht auf die tatsächlichen Bedürfnisse der Menschheit, und die wirtschaftlichen Krisen sind es, in denen die Dissonanz zwischen den gesteigerten Produktionskräften und den dahinter zurückgebliebenen Abnahmöglichkeiten offensichtlich zutage tritt. Diese Krisen bilden eine der kapitalistischen Produktionsweise eigentümliche Erscheinung, keine andre Gesellschaft hat sie gekannt, und demgemäß haben sie in der sozialistischen Theorie bekanntlich eine große Rolle gespielt. Und doch muß man, will man das Wesen der kapitalistischen Reproduktion sich klar machen, von diesen Krisen absehen,

die ja nur das Auf und Ab des Reproduktionsprozesses darstellen, nicht aber diesen Prozeß selber. Genau so wie man bei der Darstellung des Wertes einer Ware von Angebot und Nachfrage absteht, die ebenfalls nur das Auf und Ab der Preise, nicht aber den Wert selber wiedergeben.

Die erweiterte Reproduktion unter kapitalistischen Verhältnissen führt also zu stets steigender Mehrwertproduktion. Der Mehrwert wird von der Kapitalistenklasse angeeignet. Was macht sie mit diesem Mehrwert? Sie verbraucht ihn teilweise zu persönlichem Luxus, teils zur Erweiterung der Produktion. Soweit das letztere geschieht, soweit also der Mehrwert kapitalisiert wird, reden wir von der Akkumulation des Kapitals. Allein es ist klar: je weiter der Akkumulationsprozeß des Kapitals zunimmt, desto gewaltiger steigt der von der Kapitalistenklasse angeeignete Mehrwert, und die Frage erhebt sich von neuem: was macht sie mit diesem Mehrwert?

Sehen wir uns diesen Akkumulationsprozeß einmal genauer an. Die Kapitalistenklasse läßt nicht produzieren, um menschliche Bedürfnisse zu befriedigen, sondern lediglich, um Mehrwert zu gewinnen. Dieser Mehrwert aber stellt sich in Waren dar, mit denen der einzelne Kapitalist zunächst nichts anfangen kann. Er muß sie verkaufen, sonst hat die Produktion keinen Sinn gehabt, und der Mehrwert ist für ihn verloren. Wer kauft ihm nun diese Waren, die den Mehrwert darstellen, ab? Die Arbeiterklasse kann es nicht sein. Sie erhält ihren Lohn, und der Lohn stellt ja nur einen Teil des vor Beginn des Produktionsprozesses vom Kapitalisten vorgehoffenen Kapitals dar, den er nach dem Produktionsprozeß vom Produkt abzieht. Vom Mehrwert erhält die Arbeiterklasse kein Atom. Aber auch die Kapitalistenklasse kann es nicht sein. Einen Teil des Mehrwerts freilich konsumiert sie durch persönlichen Luxus. Aber dieser Luxus kann niemals den ganzen Mehrwert verzehren, weil wir sonst keine Akkumulation des Kapitals hätten. Der persönliche Luxus der Kapitalistenklasse mag wachsen, und er wächst tatsächlich mit steigendem Mehrwert, immerhin ist Voraussetzung für die Akkumulation, daß nicht der ganze Mehrwert verzehrt wird. Außerdem kommt ein beträchtlicher Teil des Mehrwerts in einer Gestalt zur Welt, die von vornherein den persönlichen Konsum ausschließt und direkt zur Erweiterung der Reproduktion bestimmt ist: nämlich in der Gestalt von Produktionsmitteln, d. h. Maschinen und Werkzeugen. Es sind also weder die Kapitalisten noch die Lohnarbeiter, die den akkumulierten Mehrwert realisieren.

Wer bleibt denn da noch übrig? Um die Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise rein darstellen zu können, mußte Marx natürlich die Herrschaft des Kapitalismus theoretisch voraussetzen mit seinen beiden Klassen: Kapitalisten und Lohnarbeitern. Aber diese beiden Klassen allein erweisen sich als völlig unzureichend, um die Akkumulation des Kapitals zu ermöglichen, und damit überhaupt die Lebensbedingung der kapitalistischen Gesellschaft zu sichern.

Wir sehen: eine kapitalistische Gesellschaft, die lediglich aus Kapitalisten und Lohnarbeitern besteht, ist in sich unmöglich, sie müßte zusammenbrechen.

Nun besteht in Wirklichkeit die kapitalistische Gesellschaft nicht bloß aus diesen beiden Klassen. Wir haben da noch Grundbesitzer, Angestellte, Aerzte, Rechtsanwälte, Künstler, Wissenschaftler, es besteht die Kirche mit ihren Dienern, und auch noch der Staat mit seinen Beamten und Soldaten. Gaben wir hier vielleicht die Abnehmer für den akkumulierten Teil des Mehrwerts gefunden? Mit nichten! Marx selber lehnte diese „dritten Personen“ als Abnehmer als eine Ausflucht ab. Und tatsächlich sind die genannten Berufe entweder — wie die Grundbesitzer — selber Teile der Kapitalistenklasse, oder aber, wie die liberalen Berufe, erhalten sie ihr Einkommen aus der Hand der Kapitalistenklasse, oder aber drittens, wie Kirche und Staat, werden sie auf Kosten des Arbeitslohnes und des von den Kapitalisten verzehrten Mehrwerts, durch Steuern und Abgaben unterhalten. Ebenjowenig haben wir in dem Anwachsen der Bevölkerung einen Ausweg aus unrer Schwierigkeit, oder in dem Hinweis auf den auswärtigen Handel, durch den man die akkumulierten Mehrwertmassen ins Ausland abchieben könnte. Die Untersuchung über den Akkumulationsprozeß des Kapitals erstreckt sich nicht auf ein einzelnes Land, sondern auf den ganzen Weltmarkt, für den es kein Ausland gibt. Schon im I. Bande des Kapitals hebt dies Marx hervor:

Um den Gegenstand der Untersuchung in seiner Reinheit, frei von störenden Neben Umständen aufzufassen, müssen wir hier die gesamte Handelswelt als eine Nation ansehen und voraussetzen, daß die kapitalistische Produktion sich überall festgesetzt und sich aller Industriezweige bemächtigt hat.

Wie nun die Schwierigkeit lösen? Bei Marx selber ist die Lösung nicht zu finden. Er stellt zwar im II. Bande immer und immer wieder die Frage: Wo kommt das Geld her, um den akkumulierten Mehrwert zu bezahlen? Aber die Frage selber beantwortet er nicht. Die Analyse dieser Partien des II. Bandes bei Marx durch die Genossen Luxemburg gehört zu den theoretisch glänzendsten Leistungen ihres Buches, durch die zum erstenmal in der deutschen Literatur die wahre Bedeutung dieses schwierigen und apokryphen II. Bandes anschaulich gemacht wird. Engels selber gab bekanntlich den Rat, die hier in Betracht kommenden Teile des II. Bandes erst nach der Lektüre des III. Bandes zu lesen. In der Tat wird die Schwierigkeit des II. Bandes noch erhöht durch die nicht für den Druck berechnete Form des Manuskripts, wie Engels es in den hinterlassenen Papieren von Marx vorfand, und von dem Marx gerade die Partien über Reproduktion und Zirkulation des gesellschaftlichen Kapitals „einer Umarbeitung dringend bedürftig“ erklärt hatte. Darauf weist auch Luxemburg hin:

Feuilleton.

Gertraud Sonnweber.

Roman von Rudolf Grein.

(Nachdruck verboten.)

9) Gedämpfter Lichtschein schimmerte durch die zugezogenen roten Vorhänge des Kammerfensters. Jetzt wurde von außen die Tür vorsichtig geöffnet, und Lorenz Knollseisen, der Kooperator, erschien im Rahmen derselben.

Durch den Lärm, der durch die geöffnete Tür in die Kammer drang, wurde die Kranke offenbar aus ihrem Dahindämmern gewedt und schlug verwundert die Augen auf. Jedoch nur für einen Moment. Dann schloß sie sie wieder milde. Mit behutsamen Schritten kam der Geistliche näher.

Gertraud Sonnweber... Die Kranke lächelte. Ein mildes, leises Lächeln. „Erkennen Sie mich... Gertraud Sonnweber?“ frug der Kooperator mit gedämpfter Stimme.

„Ja. Der neue Herr Kooperator...“ sagte Gertraud beinahe flüsternd und sah dankbar zu dem Besucher auf. „Daß Sie zu mir kommen...“ fügte sie über eine Weile hinzu. „Bergelt's Gott!“ Dann schloß sie wieder erschöpft die Augen.

Der Geistliche hatte sich einen Stuhl neben das Bett gezogen und sah nun mitleidig auf die Kranke.

„Haben Sie Schmerzen, Gertraud Sonnweber?“ frug er teilnehmend.

„Ja. 's tuat sie schon...“ erwiderte das Mädchen leise. Aber um ihren blassen Mund zuckte es schmerzlich, wie von verhaltenen Tränen.

„Opfern Sie Ihre Leiden dem Heiland auf, liebe Gertraud!“ sprach nun der Priester in salbungsvollen Ton. „Dem Heiland und der lieben Muttergottes. Hören Sie mich, Gertraud Sonnweber?“

„Ja...“ hauchte das Mädchen. „Denken Sie daran, wie viel Christus für Sie gelitten hat. Denken Sie an die Schmerzen der heiligsten Jungfrau.“

Leise, kaum merklich, nickte die Kranke mit dem Kopf. Dann ein tiefer Seufzer.

„Ist er... der Seehäuser Martl...“ flüsterte das Mädchen, und ein leichtes Rot färbte ihre blassen Wangen.

Ernst sah der Geistliche auf sie hin. „Sie sprechen von Ihrem Verlobten?“

„Ja... naa...“ kam es verlegen von den Lippen der Kranken.

„Sie sollten jetzt nicht an irdische Dinge denken, Gertraud Sonnweber. Ihr ganzes Trachten und Fühlen muß Gott zugewendet sein. Sie sind sehr krank. Wer weiß, wie bald Sie schon vor Gottes Richterstuhl stehen werden.“

„Sterben...“ Ein kalter Schauer durchzuckte den jungen Körper des Mädchens. „Mit sterben! Leben!“ bat sie flehend und sah mit großen, entsetzten Augen auf den Geistlichen. Dabei faltete sie bittend wie ein Kind ihre Hände.

Tiefes Mitleid mit dem kranken Wesen erfüllte den Kooperator, als er in dieses bleiche, angstverzerrte Gesicht schaute. Tröstend sagte er die kalte, matt herabhängende Hand der Kranken und hielt sie fest in der seinen.

„Gott ist barmherzig, Gertraud Sonnweber!“ sprach er dann wieder. „Gerecht und barmherzig. Wenn Sie Ihr bisheriges Leben aufrichtig und von Herzen bereuen, so wird er Ihnen beistehen.“

Die Kranke schaute erstaunt auf den Priester.

„Bereu'n? Was soll i bereu'n?“ frug sie verständnislos.

„Ihre Sünden. Ihren Lebenswandel natürlich.“ Gertraud Sonnweber machte ihre Hand, die der Kooperator hielt, frei und fuhr sich damit über die Stirn. Müde und verloren, als könne sie nicht begreifen, was der Geistliche eigentlich von ihr wollte.

„... i hab' ja gebeichtet...“ sagte sie verwirrt. „Heut... Nacht... heut' in der Nacht... wie Sie mi verzeihen hab'n.“

„Ja, Gertraud, Sie haben gebeichtet und die heiligen Sakramente empfangen. Und nun müssen Sie den festen Vorsatz fassen, wenn Gott Sie am Leben erhält, dieses Leben rein und gottgefällig zu führen.“

Die Kranke erwiderte nichts. Stumm und bleich und mit geschlossenen Augen lag sie da. Der junge Geistliche wußte gar nicht, ob sie seine Worte überhaupt gehört hatte.

Ein leises, knisterndes Geräusch von der Tür her ließ ihn umsehen. Das Gragg Moidele war hereingeschlüpfen, um ihren Platz im Winkel als Krankenwärterin wieder einzunehmen. Der Kooperator bat sie mit gedämpfter Stimme, ihn mit der Kranken allein zu lassen und später wieder zu kommen. Dann näherte er sich neuerdings der regungslos Daliegenden.

„Gertraud Sonnweber...“ „Der Herr Priester... einmal... es ist schon lange her... hat er aa so zu mir g'rebet...“ sagte das Mädchen sinnend und mit traumbelegener leiser Stimme.

„Damals haben Sie nicht auf ihn gehört. Nun spricht Gott zu Ihnen durch mich, Gertraud Sonnweber.“

Die Lippen des Mädchens zuckten wie im Krampf. Ihr Gesicht hatte eine aschfarbe Farbe angenommen. Wie eine Tote sah sie jetzt aus mit den festgeschlossenen Augen und den eingefallenen Wangen.

„Gott!“ hauchte sie schwach. „Was... will... Gott?“ sprach sie langsam und mit Betonung. Wie aus einer andern Welt, so fremd und fern klang ihre Stimme.

Der junge Geistliche hatte Angst um das Leben der Kranken, als er die fahle Blässe bemerkte, die ihr Gesicht bedeckte.

Hilfflos sah er sich in der öden Kammer um, ob er denn nichts Erfrischendes fände, das er dem Mädchen reichen könnte. Außer einem Glas Wasser war nichts zu entdecken. Da nahm Lorenz Knollseisen rasch entschlossen sein

Wenn man nun fragen wollte, weshalb die Lösung dieses wichtigen Problems der kapitalistischen Akkumulation in dem Marx'schen Kapital nicht zu finden ist, so muß vor allem der Umstand in Betracht gezogen werden, daß der II. Band des Kapitals kein abgeschlossenes Werk, sondern Manuskript war, das mitten im Wort abgebrochen wurde.

Dazu kam noch ein andres Moment, worauf Luxemburg ebenfalls mit Nachdruck verweist. Die Analyse des Reproduktionsprozesses bei Marx ist beherrscht von der Auseinandersetzung mit Adam Smith über das Problem des Ertrages des konstanten Kapitals aus dem Gesamtprodukt. Hierauf konzentrierte Marx seine ganze Aufmerksamkeit. So wurde das andre Problem, das der Akkumulation, nämlich der Realisierung des Mehrwerts zu Zwecken der Kapitalisierung, in den Hintergrund gedrängt und ist schließlich von Marx kaum angechnitten worden. Das mindert aber nicht das Verdienst der Genossin Luxemburg, zum erstenmal diese Lücke deutlich nachgewiesen zu haben.

Dabei ist die Frage, um die es sich hier handelt, von der größten Bedeutung für die politische Ökonomie. Und so war es denn kein Wunder, daß sie immer wieder, vor wie nach Marx, auftauchte und nach Lösung verlangte. Von diesen geschichtlichen Lösungsversuchen führt uns das Buch der Genossin Luxemburg die drei vor, die an die Namen: Sismondi-Ricardo, Kirchmann-Rodbertus und schließlich an die Namen der russischen Theoretiker: Struve, Bulgakow, Tugan-Baranowsky auf der einen, Woronzow-Nikolaj-on auf der andern Seite anknüpfen. Der Gang, den wir hier auf 150 Seiten durch die Geschichte der Theorie unternehmen, ist im höchsten Maße beschreibend und von klarster Anschaulichkeit, und hier feiert die Kunst der Verfasserin, schwierige Probleme faßbar herauszuarbeiten und sie auch dem weniger geschulten Laien faßlich darzustellen, glückliche Triumphe. Diese theoretischen „Waffengänge“ erscheinen uns hier nicht als blutleere Abstraktionen und Haarspaltereien, sondern als geschichtliche Aktionen der sozialen Selbstverständigung, deren Charakter im engsten Maße abhängig ist von dem historischen Reifegrad, den die bürgerliche Gesellschaft zur Zeit erreicht hatte. Der erste „Waffengang“ zwischen Sismondi und dem großen Ricardo spielt im ersten Viertel des 19. Jahrhunderts, ihr Schauplatz ist England und Frankreich, wo die ersten starken Zweifel an der Gottähnlichkeit der kapitalistischen Ordnung aufstauten, wie sie so lebendig in den temperamentvollen Anklagen des kleinbürgerlichen Sismondi zum Durchbruch kommen. Der zweite Waffengang spielt um die Mitte des 19. Jahrhunderts und sein Schauplatz ist Deutschland, oder genauer genommen, Pommern, eine für die politische Ökonomie nicht gerade glückliche Gegend. Der dritte Waffengang schließlich hat seine Stätte in Rußland am Ende des 19. Jahrhunderts. In ihm treten zum erstenmal Marxisten auf, die auch den II. Band des Kapitals beherrschen. In allen drei Waffengängen wiederholt sich die Situation, daß auf der einen Seite kleinbürgerliche Skeptiker stehen — Sismondi, Kirchmann, Nikolaj-on —, die die kapitalistische Akkumulation für unmöglich erklären, auf der andern Seite robuste Optimisten — Ricardo, Rodbertus, Tugan-Baranowsky —, für die der Kapitalismus sich selbst schrankenlos befruchten kann, im Grunde also von ewiger Dauer ist. Genau so nun, wie diese drei „Waffengänge“ in sich eine aufsteigende Linie bilden, deren stets erweiterte Gesichtspunkte bedingt sind durch den erhöhten Reifegrad der bürgerlichen Gesellschaft, genau so scheitern sie alle drei an den Grenzen dieses Reifegrades. Auch bei ihnen erhalten wir keine irgendwie befriedigende Antwort auf die uns bewegende Lebensfrage der kapitalistischen Wirtschaft: Wie ist die kapitalistische Akkumulation möglich?

Sehen wir nunmehr zu, wie die Genossin Luxemburg diese Frage beantwortet.

Die Balkankrise.

Die Note der Mächte.

Noch liegt keine verbürgte Nachricht darüber vor, ob die Note der Mächte endlich der Pforte übergeben worden ist — einer Privatmeldung des Berliner Tageblatts, welche die Ueberreichung behauptet, stehen anderslautende Nachrichten gegenüber. Uebereinstimmung aber herrscht in den Meldungen darüber, daß der Schritt, ob er nun noch geschehen soll oder schon geschehen ist, resultatlos bleiben wird.

Wien, 16. Januar. Es wird bestätigt, daß die Kollektivnote der Mächte in Gegenwart aller Botschafter vom Botschafter Oesterreich-Ungarns, Markgraf Pallavicini, auf der Pforte bekannt-

gegeben wird. Von türkischer Seite wird mitgeteilt, daß der Kollektivschritt der Mächte resultatlos bleiben werde, da die Türkei unter keinen Umständen auf Adrianopel verzichten könne. Die Mächte sind bereits hiervon unterrichtet.

Konstantinopel, 16. Januar. Während die Antwort der Pforte auf die Kollektivnote der Großmächte vom Großvezir so gut als fertiggestellt ist, haben die Botschafter die Note selbst bis zur Stunde noch nicht überreicht. Die Kreise der Tripelallianz sind unmutig über die Verzögerung, für die Deutschland verantwortlich gemacht wird. Mit Ausnahme des deutschen Botschafters haben die übrigen Botschafter schon seit Sonnabend die nötigen Instruktionen von ihren Regierungen erhalten. Aus denselben Kreisen wird jedoch versichert, daß heute der Kollektivschritt der Mächte überhaupt zwecklos sei und aller Voraussicht nach nicht mehr stattfinden werde.

Die Behauptung, daß Deutschland an der Verzögerung schuld sei, wird übrigens in der Kölnischen Zeitung bestritten. — Die Türkei wird in ihrem Widerstand durch den gestern gemeldeten Erfolg des Kreuzers Medjidie bestärkt werden. Da die Nachricht darüber aus Athen, also aus griechischer Quelle, stammt, darf angenommen werden, daß sie nicht nur stimmt, sondern die Sache noch zugunsten der Griechen färbt. Es ist z. B. wahrscheinlich, daß der griechische Hilfskreuzer nicht von der Besatzung versenkt, sondern durch das Feuer der Türken zum Sinken gebracht wurde.

Bulgarische Drohung.

Sofia, 16. Januar. Wie die Mte meldet, wurde gestern in Mustapha Pascha unter dem Vorbehalt des Königs und in Anwesenheit des Gehilfen des Generalstabs, der Kommandanten der vier Armeen und des Chefs des Großen Generalstabs ein oberster Kriegsrat abgehalten. Es wurde beschlossen, die Kriegsoperationen wieder aufzunehmen, falls die Türkei nach der Demarche der Mächte und nach Ueberreichung des Ultimatus der Balkanstaaten, die dieser Demarche folgen soll, sich nicht beugen würde, unter den von den Verbündeten gestellten Bedingungen Frieden zu schließen.

Die Lage der Serben in Albanien.

Antivari, 16. Januar. Die Albanesen haben die Verbindungsposten der serbischen Armee, die längs des Wegs von Durazzo nach Prizrend in Nordalbanien (in jedem Dorf je zehn Mann) aufgestellt waren, insgesamt 140 Mann, ermordet und die Leichen verbrannt. Der serbische Armeekommandant hat eine strenge Untersuchung eingeleitet und plant drakonische Strafen. In Alession und in Durazzo wüthet der Typhus, und es sind an einem Tage der verheerenden Krankheit nicht weniger als 40 Personen zum Opfer gefallen.

Die Genugtuung für Oesterreich.

Belgrad, 16. Januar. Wie aus Prizrend gemeldet wird, hat dort gestern um 10 Uhr vormittags die feierliche Hissung der Flagge auf dem österreichisch-ungarischen Konsulat stattgefunden. Kurz vor der anderaumten Zeit hatte ein Detachement serbischer Truppen unter dem Kommando eines Offiziers vor dem Konsulat Aufstellung genommen. Konsul Prohaska erschien hierauf in Galauniform, umgeben von dem Personal des Konsulats, und gab einem Rawaffen das Zeichen zur Hissung der Flagge. In dem Augenblick, als diese aufgezogen wurde, leisteten der kommandierende Offizier und das „ausgerückte Detachement“ unter Klängen der Spiel die vorgeschriebene Ehrenbezeugung. Hiermit war die Feier zu Ende. Bald darauf stattete Konsul Prohaska dem serbischen Militärkommandanten einen Besuch ab.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Tarifverhandlungen im Holzgewerbe gescheitert!

Wie der Vorwärts heute meldet, sind die in Berlin gepflogenen Tarifverhandlungen im Holzgewerbe gescheitert!

Als die Vertreter der Zentralvorstände, die am 13. und 14. Dezember ergebnislos über die Erneuerung der Verträge verhandelt hatten, auseinandergingen, legten die Delegierten des Arbeitgeber-Schutzverbandes Wert darauf, daß nicht gesagt werde, die Verhandlungen seien „gescheitert“; es genüge die Konstatierung der Tatsache, daß kein Ergebnis zustande gekommen sei. Von einem endgültigen Scheitern könne auch deshalb nicht gesprochen werden, da die Absicht bestehe, zur Fortsetzung der Verhandlungen wieder zusammenzutreten. Wer die Entwicklung der Dinge im Holzgewerbe aufmerksam verfolgte, konnte keinen Augenblick darüber im Zweifel sein, daß dieser Umschreibung des Abbruchs der Verhandlungen eine besondere Bedeutung nicht beigemessen ist. Der Arbeiterschutzverband für das deutsche Holzgewerbe hat die diesmalige Tarifbewegung mit der festen Absicht in Angriff genommen, es zum Konflikt zu treiben,

und das von ihm beliebte Hinauszögern der Verhandlungen hatte lediglich den Zweck, der Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen. Es sollte der Ansicht erweckt werden, als ob die Unternehmer bestrebt seien, den Frieden zu erhalten, und daß sie alle Mittel anbieten, um auf friedlichem Wege zu einer Erneuerung der Verträge zu kommen.

Der Vorstand des Arbeiterschutzverbandes hatte, wie er den Arbeitervertretern mitteilte, die Absicht, um die Jahreswende die Vertreter der Unternehmer der Vertragsstädte zu einer Konferenz zusammenzubringen. In Wirklichkeit fand aber am 3. und 4. Januar ein außerordentlicher Verbandstag des Arbeiterschutzverbandes statt, auf dem der Vorstand und die Delegierten des Schutzverbandes sich gegenseitig scharf machten.

In den Vorbesprechungen der Parteien war vereinbart worden, daß, ähnlich wie bei den früheren Vertragsverhandlungen, über den Ablaufstermin der Verträge und über die Arbeitszeit central verhandelt werden soll, während die Lohnfrage an den einzelnen Orten der Regelung durch direkte Verhandlungen zwischen den Vertretern der Ortsparteien überlassen bleibt. Bei den centralen Verhandlungen stellte sich der Arbeiterschutzverband auf den Standpunkt, daß, entgegen der seitherigen Uebung, die darin ginge, vierjährige Verträge abzuschließen, diesmal nur Verträge für drei Jahre abgeschlossen werden dürfen. Damit sollen zunächst zwei von den vier Städtegruppen mit gleichem Ablaufstermin vereinigt und ein Schritt weiter zu dem vom Arbeiterschutzverband angestrebten „Reichstarif“ gemacht werden. Weiter proklamierte der Arbeiterschutzverband den Grundsatz, daß eine Arbeitszeitverlängerung unter 54 Stunden nicht zulässig sein soll. Die großen Städte, die jetzt schon eine Arbeitszeit von 54 und weniger Stunden haben, sollten also auf jede weitere Verlängerung verzichten. An diesen grundsätzlichen Forderungen der Unternehmer scheiterten die Verhandlungen am 14. Dezember.

Die außerordentliche Generalversammlung des Arbeiterschutzverbandes hatte offenbar nur den Zweck, den Kampfesmut der Unternehmer zu schüren. Merkwürdigerweise wurde diese Generalversammlung des Schutzverbandes in seinem Verbandsorgan, der Fachzeitung, mit keiner Silbe erwähnt. Dagegen brachte die Arbeiter-Zeitung die Mitteilung, daß beschlossen worden sei, an der bisherigen Taktik in der Tarifverneuerungsforderung festzuhalten. Zu den erwähnten Differenzpunkten war inzwischen auch die Frage des partiellen Arbeitsnachweises getreten, und der Vorstand des Schutzverbandes war bemüht, die Arbeitsnachweisfrage als den wichtigsten Gegenstand bei den diesmaligen Vertragsverhandlungen erscheinen zu lassen. Schrieb doch Herr Mahardt am 21. Dezember in der Berliner Volkszeitung, daß er sich von den Tischlermeistern und Holzindustriellen von Groß-Berlin „den stillen und einstimmig beschlossenen „Austrag“ habe geben lassen, „das Obligatorium um jeden Preis aus den neuen Verträgen zu entfernen“!

Im Hinblick auf den Arbeitsnachweis beschloß nun die Generalversammlung: Weitere partielle Arbeitsnachweise sollen nicht zur Einführung kommen, und dort, wo sie bereits bestehen, soll der Benutzungszwang beseitigt werden. Ebenso bestätigte sich die Stellungnahme des Schutzverbandes in der Frage der Arbeitszeit und des Ablaufstermins der Verträge, und schließlich wurde den in den Kampf stehenden Schutzverbänden eine Solidaritätserklärung gegeben. „Die an der Lohnbewegung nicht beteiligten Holzgewerbetreibenden haben den in der Lohnbewegung stehenden Städten die weitgehendste Unterstützung zugesagt,“ heißt es in dem Bericht der Arbeiter-Zeitung.

Nach dieser Rückenstärkung lud der Vorstand des Arbeiterschutzverbandes die Arbeitervertreter auf den 16. Januar zur Fortsetzung der centralen Verhandlungen in das Gebäude der Berliner Handwerkskammer. Zu eigentlichen Verhandlungen kam es aber hier nicht. Gleich zu Beginn der Sitzung legte der Vorstand des Arbeiterschutzverbandes den Arbeitervertretern ein umfangreiches Schriftstück vor, das „Angebot der Arbeitgeber“. Es enthält für jeden einzelnen Ort das Zugeständnis, daß die Unternehmer zu machen bereit sind. Hiernach sind dreijährige Verträge abzuschließen. Eine Verkürzung der Arbeitszeit ist nur für ganz wenige Städte zugestanden, die eine ungebührlich lange Arbeitszeit haben; sie ist, wie vorher angekündigt, in den Städten ausgeschlossen, wo die Arbeitszeit jetzt schon 54 Stunden oder weniger beträgt. Eine Lohnerhöhung haben die Unternehmer allergnädigst bewilligt; aber sie ist mehr als bescheiden. Für jedes der drei Vertragsjahre soll, in der Regel jeweils am 1. Oktober, eine Erhöhung der

eigenes Taschentuch, besuchte es mit Wasser und legte es der Kranken auf die Stirne.

„Geht es Ihnen besser, Gertraud?“ frug er nach einer Weile, während der die Kranke teilnahmslos dagelegen war.

„Ja...“ sagte das Mädchen matt. „Biel besser.“

Dann war es wieder ganz still in der Kammer. Nur von außen drang gedämpft der Lärm der Marktleute und des Viehes herein. Lorenz Knollseisen sah an dem Bett und betrachtete mit ängstlichen Augen die Züge des Mädchens.

Der junge Geistliche war noch nicht oft an dem Lager eines Schwerkranken gewesen. Er war noch unerfahren in den harten Anforderungen, die sein Beruf an ihn stellte. Noch beherrschte ihn ein tiefgehendes, sein Inneres aufwühlendes Fröhnen mit den Leiden seiner Mitmenschen. Er war noch nicht abgestumpft durch jahrelange Ausübung des geistlichen Berufs, dem menschliches Elend und Leiden zum täglichen Begleiter wird.

Voll jugendlicher Begeisterung und Ueberzeugung war er mit Leib und Seele Priester. Ein schier heiliger Fanatismus erfüllte den jungen Geistlichen. Auch hier an Krankenbett der Gertraud Sonnweber hatte er nur den einen Gedanken, auf die sündige Seele einzuwirken, damit echte, wahre Reue bei ihr Einklehr halte.

Denn das erkannte der Priester: Gertraud Sonnweber hatte gesündigt, ohne die Schwere ihrer Verfehlungen zu erkennen. Sie hatte gebeichtet, mechanisch, ohne eigentliche Reue. Die Beichte war für sie eine unangenehme Pflicht. Eine Pflicht, die man erfüllen mußte. Das Bekenntnis blieb daher auch ohne jede Wirkung zur Besserung.

Lorenz Knollseisen nahm sich jetzt vor, dieses Mädchen, wenn sie am Leben bleiben sollte, Gott zuzuführen. Er mußte ja schließlich den richtigen Weg finden, sie von der Verderbnis zu erretten. Gott würde ihm sicher beistehen, wenn er nur selber den redlichen Willen und die Ausdauer besaß, diese Seele zur Einklehr in sich selbst zu bewegen.

Diese und ähnliche Gedanken durchzogen jetzt das Gehirn des jungen Geistlichen. Allmählich wich die tiefe Blässe

von dem Gesicht der Kranken. Ein leichtes Rot färbte die Wangen, und die Augen belamen einen fieberhaften Glanz.

Unruhig sah sie sich in der Kammer um und versuchte sich aufzurichten. Mit einem Wehlaut sank sie wieder auf ihre Kissen zurück.

„Wünschen Sie etwas, Gertraud Sonnweber? Soll ich Ihre Mutter...“

Das Mädchen schüttelte den Kopf. „Naa... den Markt...“ rief sie fast heftig hervor.

„Martin Seehäuser ist nicht hier. Aber wenn Sie ihn sehen wollen...“

„Ja!“ Eine hottische Röte bedeckte jetzt das Gesicht der Kranken. „Ja!“ sagte sie vor Anstrengung leuchtend und in kurzen Abrissen. „I will ihn sehen... bevor i stirb... Sehen... i will nit sterben... i will leben... i hab' ihn gern... dös ist toa Sünd' nit... Dös kann toa Sünd' nit sein...“

Keuchend vor innerer Erregung ging der Atem der Kranken. Sie begann sich unruhig im Bette hin und her zu werfen. Ihre dunklen Augen erschienen jetzt im Glanz des Fiebers unnatürlich schwarz und groß.

„Dös kann i nit versprechen... vom Markt z'lassen... dös kann der Herrgott nit verlangen von mir... dös ist...“

„Gott verlangt, daß Sie ein ehrbares Leben führen, Gertraud Sonnweber!“ unterbrach sie der Kooperator ernst. „Ehrbar vor allem und rein. Sie sollen Ihren Markt lieben mit reiner Liebe. Nicht sündhaft. Verstehen Sie mich?“

„Sündhaft... Ist dös a Sünd'? Alle Madeln im Dorf...“

„Sie leben hier im Haus in einem Sündenpfuhl. Sie leben von dem Gelde der Bauern, des diefe in wilder Leidenschaft bei Trunk und Spiel verprassen. Sie betrachten Sünde und Laster als etwas Selbstverständliches! Ist das recht, Gertraud Sonnweber?“

Ueberrascht blickte das Mädchen auf den Priester. „Die Mutter... nit i...“ versuchte sie sich zu verteidigen,

„Ja, auch Sie!“ sagte der Geistliche in bestimmtem Ton. „Sie sind mitschuldig. Leben dahin in Sünde und Unehre. Martin Seehäuser ist nicht der einzige Bursche, den Sie liebten. Vor ihm waren viele andre. Und nun gehen Sie in sich, Gertraud Sonnweber! Denken Sie nach über meine Worte. Erinnern Sie sich, was Sie in der Schule über das sechste Gebot gelernt haben. Denken Sie an Gott, der die ewige Reinheit ist und vor dem nichts Unreines bestehen darf. Denken Sie an die Schmerzen, die Christus für Sie am Kreuz gelitten hat... für Sie gelitten hat, Gertraud... damit Sie nicht auf ewig verdammt werden. Und danken Sie ihm, der Sie in der heutigen Nacht so wunderbar vom Tode errettet hat. Der Ihnen Zeit ließ, Ihre Sünden zu beichten und zu bereuen. Und wahrlich, Gertraud Sonnweber, Gott muß große Dinge mit Ihnen vorhaben, daß er so barmherzig mit Ihnen war.“

In Feuerleiser hatte sich der Kooperator, der ein guter Prediger war, hinsetzender. Hoch aufgerichtet stand er jetzt vor dem Bette der Kranken. Jedes seiner Worte betonte er scharf, und wie Geißelhiebe trafen diese Worte das Mädchen.

Schwere Tränen traten ihr in die Augen und fielen in dicken Tropfen über die Wangen. So eindringlich und warm hatte noch nie im Leben ein Mensch mit ihr gesprochen. Sie war es gewohnt, daß man sie bei der Beichte mit kurzen Ermahnungen zur Besserung entließ und sich weiter nicht mit ihr befaßte.

Die Leute in Steinberg mißden sie und die Ihrigen und liehen sich überhaupt in keinen Diskurs mit ihr ein. Gertraud Sonnweber hatte sich nie viel mit diesen Menschen abgegeben und sich auch nicht um ihr Urtheil gekümmert. Es war ihr gleichgültig, was die Leute von ihr dachten. Höchstens für Reib und Hochmut legte sie es aus, wenn sie irgend ein abfälliges Urtheil über sich selber und die Ihrigen in Erfahrung brachte.

(Fortsetzung folgt.)

Stundenlöhne um einen ganzen Pfennig Antreten; aber diese Regel erleidet noch Ausnahmen. Für Berlin sind eine Reihe von Vertragsänderungen vorgesehen, die nicht nur ideale, sondern auch materielle Verschlechterungen bedeuten. So sollen beispielsweise die Montagenzuschläge erheblich reduziert werden.

Nachdem die Arbeitgebervertreter das Angebot der Arbeitgeber unter sich besprochen hatten, machten sie den Vorschlag, dieses Angebot als Grundlage für nun zu eröffnende Verhandlungen über die einzelnen Städte zu machen. Dieser Vorschlag wurde jedoch von den Unternehmern entschieden abgelehnt. Sie erklärten, daß ihr Angebot ein einheitliches Ganzes sei, an dem nichts geändert werden dürfe; es könne nur angenommen oder abgelehnt werden! Damit waren die Verhandlungen sehr schnell bei dem kritischen Punkt angelangt. Das Ultimatum des Arbeitgebersverbandes mußte, wie dieser auch vorher gewünscht hat, abgelehnt werden, und somit waren die Verhandlungen gescheitert.

Es ist kaum Aussicht vorhanden, daß sie noch einmal aufgenommen werden. Da die Verträge schon am 15. Februar ablaufen, würde es auch, durch die Taktik des Arbeitgeberverbandes, für eine ordnungsmäßige und gewissenhafte Durchberatung der Verträge an Zeit mangeln. Wie sich nun die Verhältnisse gestalten werden, ist zunächst ungewiß. Im Jahre 1907 hat der Arbeitgeberschutzverband in Berlin die Parole ausgegeben: „Ohne Vertrag keine Arbeit!“ Wenn er auch diesmal an diesem Grundsatz festhält, was sehr wahrscheinlich ist, dann muß zum 15. Februar mit einer Aussperrung in der Holzindustrie gerechnet werden, die, wenn es nach den Wünschen des Arbeitgebersverbandes geht, etwa 50 000 Arbeiter umfassen würde!

Eine Konferenz der Holzarbeiter.

Wie uns mitgeteilt wird, ist für morgen, Sonnabend, den 18. Januar, vom Holzarbeiterverband eine Konferenz zusammenberufen, an der Vertreter der Holzarbeiter aus allen Städten teilnehmen, die an der Vertragsbewegung beteiligt sind.

Leipzig und Umgebung.

Zur Tarifbewegung in der Leipziger Holzindustrie.

Der Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe, Bezirk Leipzig, hielt, wie wir der bürgerlichen Presse entnehmen, eine stark besuchte außerordentliche Generalversammlung ab, die vom Möbelfabrikanten Thurner geleitet wurde. Nach eingehender Erörterung der auf der Tagesordnung stehenden Punkte wurde nachstehende Entscheidung einstimmig angenommen:

Die Bezirksversammlung nimmt Kenntnis von dem Bericht über die außerordentliche Generalversammlung des Arbeitgeberschutzverbandes am 2. und 4. Januar in Berlin und erklärt sich einstimmig mit der bisherigen Taktik des Zentralverbandes in der Tarifrenovierungsfrage einverstanden. Die Versammlung ist der Ansicht, daß die seitens des Holzarbeiterverbandes geforderte Lohnerhöhung von 7 Pfg. für das diesjährige Holzgewerbe schädlich wirken muß und erwartet eine Reduzierung derselben in annehmbare Grenzen. Die Versammlung hält ferner an dem Beschluß der Bezirksversammlung vom 18. Dezember vorigen Jahres fest und erklärt eine Verkürzung der jetzt bestehenden wöchentlichen Arbeitszeit von 52 Stunden auf die Dauer des abzuschließenden Vertrages für gänzlich ausgeschlossen. Sie weist ferner die Forderung des Holzarbeiterverbandes auf Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises in Leipzig nach den Erfahrungen, die mit den in anderen Städten bestehenden paritätischen Arbeitsnachweisen im Holzgewerbe gemacht worden sind, einstimmig zurück. Ebenso hält die Versammlung die Befestigung des bestehenden Rumern- und Kontrollmarkensystems in der Arbeitsvermittlung bei Abschluß eines neuen Vertrages, im Interesse sowohl der Arbeitgeber, als auch der Arbeitnehmer für unbedingt erforderlich. Die Versammlung nimmt weiter von den Verträgen über die Holzarbeiterversammlung in Leipzig Kenntnis und protestiert gegen die Behauptung, daß der Arbeitgeberschutzverband eine Lohnzulage abgelehnt habe. Insbesondere wird die Bemerkung, daß der Arbeitgeberschutzverband einen neuen Tarifvertrag mit verschlechterten Arbeitsbedingungen vorgelegt habe, mit großer Entrüstung zurückgewiesen, da dem Holzarbeiterverband ein neuer Vertrag seitens des Arbeitgebersverbandes bisher noch nicht vorgelegt worden ist.

Die Verwaltungsstelle des Holzarbeiterverbandes in Leipzig wird sich zu dieser teilweise völlig unwahren Darstellung äußern.

Deutsches Reich.

Ein Dokument der Scharfmachermoral. Unter der Spitzmarke: Dokumente aus der Gewerkschaftsbewegung druckt der Arbeitgeber, Mittelungen der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände, folgende Stelle aus dem Pionier ab:

Moral und Recht — was haben diese abgenutzten Begriffe im Kriege, im Klassenkampf zu suchen. Die Arbeiterklasse braucht nur eine Tugend, und das ist die vorbehaltlose Solidarität; sie braucht nur einen Willen, und das ist der Wille zum Kampf, zum unausgesetzten Kampf gegen die Lohnarbeit.

Der Arbeitgeber drückt diese Stelle des Pionier um des ersten Satzes willen ab, den er gern der Gewerkschaftsbewegung an die Rockschöße hängen möchte. Dabei ist der Pionier ein anarchistisches Organ, was der Arbeitgeber natürlich weiß. Darum wird aus dem „Dokument aus der Gewerkschaftsbewegung“ ein Dokument der Scharfmachermoral!

Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Holzarbeiterverband erreichte nach den in Nummer 3 der Holzarbeiter-Zeitung veröffentlichten Feststellungen im Monat Dezember 1912 nahezu die Höhe vom Jahre 1908. Damals wurden 12 651 arbeitslose Verbandsmitglieder gezählt, diesmal (1912) 11 917, davon in Berlin 4191, in Hamburg 1504, in Dresden 1245, in Nürnberg 1281 und in Leipzig 644. Im Leipzig waren im Dezember 1911 1140 Mitglieder arbeitslos.

Ausland.

Ein Auslands nordamerikanischer Eisenbahner?

Newport, 18. Januar. Nach vergeblichen Vermittlungsversuchen in dem Streit zwischen 54 östlichen Eisenbahnlinien und ihrem Lokomotivpersonal, das eine Lohnserhöhung fordert, hat das Personal eine Abstimmung angeordnet, ob in den Auslands getreten werden soll. 35 000 Personen würden von dem Auslands betroffen werden.

Neue Gewerkschaftsnachrichten. Eine internationale Gewerkschaftskorrespondenz gibt seit dem 1. Januar dieses Jahres das internationale Sekretariat der gewerkschaftlichen Landeszentralen heraus. Die Korrespondenz erscheint bis auf weiteres in englischer und deutscher Sprache, eine französische Ausgabe ist für später in Aussicht genommen. Es sollen nach Möglichkeit in jeder Ausgabe der Korrespondenz eine kurze allgemeine Uebersicht über alle die Gewerkschaften interessierenden Vorgänge in allen Ländern gegeben sowie in ausführlicher Form die wichtigsten Vorgänge und Fragen der Bewegung besprochen werden.

Der Verband der Buchdrucker hat seine achte ordentliche Generalversammlung auf den 18. Juni nach Danzig einberufen.

Der Kürschner, das Organ des Deutschen Kürschnerverbandes, gibt seit dem 1. Januar dieses Jahres auch als Publikationsorgan der österr. Kürschner.

Aus den Reichstagskommissionen.

Budgetkommission.

In der Mittwochs-Sitzung befaßte sich die Kommission zunächst mit der Forderung der Seefischer, für die 500 000 Mark, das sind 125 000 Mark mehr, gefordert werden. Der Konservative v. Bülow trat dabei für eine Erhöhung der Fischzölle ein, die Genosse Rose energisch bekämpfte. Der Zoll auf frische Fische müßte vielmehr schrittweise beseitigt werden angesichts der immer größeren Bedeutung, die der Fischkonsum erlangt habe. Wichtig sei, auf Mittel und Wege zu finden, um den Markt regelmäßiger versorgen zu können. Auch der Sozialdemokrat Struve wendete sich lebhaft gegen die Fischzölle, worauf die erhöhte Summe bewilligt wurde.

Die Befassung des Reichs durch die Reichsversicherungsrangordnung beträgt im nächsten Etatsjahr 57 120 000 Mark, 748 000 Mark mehr. Hierzu beantragten unsere Genossen die Annahme folgender Resolution:

Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, neue Berechnungen über die Belastung des Reiches und der Versicherer aus der Hinterbliebenenversicherung (Buch IV der Reichsversicherungsordnung) aufstellen zu lassen. Bei dieser Berechnung sind die bis jetzt gemachten Erfahrungen über Häufigkeit der Rentenbewilligung, die Höhe der erparten Beitragsrückstellungen und der Erträge aus der zur Durchführung der Hinterbliebenenversicherung herbeigeführten Beitragserhöhung mit zu berücksichtigen.

Sollte sich ergeben, daß aus der Summe, die bei Schaffung der Versicherung als Belastung des Reiches angenommen ist, und den Erträgen, die den Versicherungsbeiträgern durch Wegfall der Beitragsrückstellung erspart und aus der Erhöhung der Beiträge für die Hinterbliebenenversicherung ausfließen, höhere Renten gewährt werden können, als in den §§ 1285, 1292, 1294 und 1296 vorgesehen sind, dann ist dem Reichstage schleunigst eine Vorlage zugehen zu lassen, durch welche die Renten so weit erhöht werden, wie sie aus den verfügbaren Mitteln gezahlt werden können.

Genosse Molkenbühr begründete eingehend die sozialdemokratische Resolution, die vom Regierungsvorsteher mit dem wertwürdigen Hinweis bekämpft wurde, auch neue Berechnungen könnten nur Wahrscheinlichkeitsberechnungen sein, die der Zuverlässigkeit entbehren. Erst nach langer Zeit seien aus der Praxis zuverlässige Unterlagen zu gewinnen. Gegen diese Auffassung und für die sozialdemokratische Resolution traten Redner des Zentrums, der Volkspartei und der Nationalliberalen ein. Die letzteren regten an, die Berechnungen um ein Jahr zu verschieben, um auf der Grundlage zweijähriger praktischer Erfahrungen Berechnungen aufstellen zu können. Von allen Seiten wurde der Regierung befehleigt, daß ihr statistisches Material, das der Gestaltung der Hinterbliebenenversicherung zugrunde gelegt worden ist, einen vollständigen Wüßerfolg bedeutet. Die sozialdemokratische Resolution, in die die nationalliberalen Anregungen aufgenommen worden war, fand einstimmige Annahme.

Ein Antrag Erzberger, neben den von den Sozialdemokraten geforderten Berechnungen eine Statistik unter den Versicherern aufzunehmen, wurde abgelehnt. Von sozialdemokratischen und polnischen Rednern wurde die Praxis gebrandmarkt, daß besonders in der Provinz Schlesien in geradezu ungeheurer Weise Rentenerhöhungen und Rentenrückstellungen geübt werden. Außerdem seien die Vertrauensärzte durch Artikel angewiesen worden, recht scharf bei Anträgen auf Rentengewährung vorzugehen. Scharf verurteilt wurde auch — selbst von der Regierung — die famose Broschüre des halatitschen Professors Bernhard von der Berliner Universität über die sogenannten Rentensystemer in der deutschen Arbeiterarbeit.

Genosse Rauch beantragte, die Unterstützung der Familien der zu Friedensübungen eingezogenen Mannschaften künftig wie folgt zu bemessen:

- a) für die Ehefrau 30 Prozent des täglichen Verdienstes des Einberufenen,
 - b) für jede der sonst unterstützungsberechtigten Personen, einschließlich etwa vorhandener unehelicher Kinder, 10 Prozent des täglichen Verdienstes des Einberufenen,
- mit der Maßgabe, daß der Gesamtbetrag der Unterstützung 80 Prozent des Betrages des täglichen Verdienstes des Einberufenen nicht übersteigt.

Die Regierung widersprach, weil jährlich Hunderttausende eingezogen werden, für die den täglichen Verdienst zu ermitteln, enorme Unkosten verursacht würde. Von völksparteilicher Seite wurde der im Reichstagen Antrage enthaltene Gedanke der Erhöhung der Unterstützung gutgeheißen, ebenso von Zentrumrednern. Genosse Rauch zog seinen Antrag bis zur Beratung des Militäretats zurück.

Gerichtssaal.

Reichsgericht.

Spionageprozess gegen einen Siebzehnjährigen! Vor dem vereinigten 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts wurde am Donnerstag, den 17. Januar, gegen den angeklagten Kaufmann Willi Borg, geboren am 20. Januar 1895 in Weichensfeld, Provinz Sachsen, verhandelt. Der Angeklagte ist ein großer Junge mit kunstvoll geschwungener Haartracht, bleichem Gesicht und unympathischem Blick. Sein Vater lebt als Orgelbauer in Schiltigheim bei Straßburg i. E. Als der Angeklagte Ostern 1900 aus der Schule entlassen worden war, trat er als Schreiber bei einem Rechtsanwalt ein. Schon im Juni verließ er diese Stellung, um am 1. Oktober 1900 als Schreibhilfe beim Amtsgericht Schiltigheim einzutreten. Schon 15 Tage später erbrach er mit einer Schere die verschlossene Schublade eines Obersekretärs und stahl daraus 9 Mk. Er erhielt deswegen zwei Monate Gefängnis. Im Mai 1910 trat Borg als Lehrling bei einem Glasbildermaler ein. Hier unterschlug er in drei Fällen Geldsummen von 10, 128 und 300 Mk., wofür er zu drei Monaten und drei Tagen Gefängnis verurteilt wurde. Zweimal floh er nach Frankreich, von wo er das erste Mal freiwillig, das zweite Mal per Schiff zurückkam. Am 28. November 1911 wurde er noch einmal verurteilt, und zwar zu 14 Tagen Gefängnis, weil er einen Gerichtsschreiber gefesselt auf der Straße mit einem Revolver bedroht hatte. Dann hat er sich wieder in Schiltigheim aufgehalten, aber nirgends war er längere Zeit in Stellung; seit dem 31. März 1912 war er ohne Stellung.

Nach dem Eröffnungsbeschluss lag hinreichender Verdacht gegen ihn vor, daß er im Jahre 1912 den Versuch gemacht hat, Gegenstände zur Kenntnis anderer gelangen zu lassen, deren Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung geboten war, nämlich Mitteilungen über die Lage und äußere Beschaffenheit von Befestigungs- und andern Werken Straßburgs, obwohl er wußte, daß dadurch die Sicherheit des Deutschen Reichs gefährdet würde. (?) Der Eröffnungsbeschluss nimmt an, daß er dabei mit der zur Erkenntnis der Strafbarkeit seines Tuns erforderlichen Einsicht gehandelt hat. — Sogleich nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses wurde wegen Gefährdung der Staatsicherheit die Öffentlichkeit für die ganze Dauer der Verhandlung ausgeschlossen.

Das Urteil lautete: Der Angeklagte wird wegen versuchten Verrats militärischer Geheimnisse zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Von der erlittenen Untersuchungshaft werden vier Monate auf die Strafe angerechnet. Der 17-jährige Angeklagte, so wurde zur Begründung des Urteils ausgeführt, wurde am 1. Mai 1912 auf dem Bahnhof in Deutsch-Wörreourt verhaftet, als er im Begriff war, nach Nancy zu fahren. Er hatte bei sich einen photographischen Apparat, eine Karte der Umgebung von Straßburg, eine Anzahl Filmabschnitte und zwei Proben Pulver. Die Karte trug Einzeichnungen mit roter Tinte, die sich auf die Befestigungswerke von Straßburg am linken Rheinufer bezogen. Die Einzeichnungen betrafen sowohl Forts als andre Werte, wie Zwischen-

forts und Untersechwerke. Borg war im Begriff, die Karte und die Filme mit Aufnahmen der Befestigungswerke aus der Umgebung von Straßburg nach Nancy zu bringen und dem französischen Gouvernement zu übergeben. Er hat selbst zugestanden, daß er, wenn er nicht verhaftet worden wäre, jene Sachen der französischen Regierung übergeben haben würde. Er ist angeklagt, durch die versuchte Uebergabe der Karte und der photographischen Aufnahmen sich eines versuchten Verrats gegen das Spionagegesetz schuldig gemacht zu haben. In objektiver Beziehung liegt dieser Tatbestand zweifellos vor. Die Karte enthält Aufzeichnungen, die vielleicht in mancher Beziehung unrichtig sein mögen, doch zum größten Teil waren die Einzeichnungen richtig. Der Gerichtshof hat angenommen, daß die Einzeichnungen auf der Karte, soweit sie nicht vollständig oder unrichtig waren, durch mündliche Erklärungen erläutert werden konnten, und es ist als erwiesen angesehen worden, daß der Angeklagte dazu bereit war, dem französischen Nachrichtenbureau durch eine mündliche Ausprache die Karte, soweit sie nicht vollständig oder unrichtig war, zu erläutern. Der Angeklagte hat geäußert, daß die Preisgabe der geheimzuhaltenden Gegenstände die Sicherheit des Deutschen Reichs gefährden würde. Der Senat hat angenommen, daß der Angeklagte die zur Erkenntnis der Strafbarkeit seines Tuns erforderliche Einsicht im vollen Maße besessen hat. (1) Bei der Strafzumessung ist, entsprechend den Ausführungen des Reichsanwalts, berücksichtigt worden, daß der Angeklagte im vollen Bewußtsein der Strafbarkeit seines Tuns und aus Gewinnsucht gehandelt hat. Ferner ist kraftschärfend berücksichtigt worden, daß er erheblich vorbestraft ist und daß er bis heute noch keine Spur von Reue gezeigt hat; ferner, daß er in der Untersuchungshaft seine Absicht, Spionage zu treiben, gelegentlich und durch Verbrechen zu verwirklichen gesucht hat. Es ist deshalb auf eine erhebliche Strafe erkannt worden. — Nach Verständigung des Urteils sprach der Angeklagte ausammen und schlugte:

Daß der 17-jährige (!) Angeklagte, wie das Reichsgericht angenommen hat, im vollen Bewußtsein der Strafbarkeit seines Tuns handelte, ist wohl nahezu ausgeschlossen. So sehr dieser junge Mensch offenbar ein verbrecherischer Talen neigt, kann doch kaum angenommen werden, daß er mit seinen 17 Jahren sich bereits völlig im Klaren darüber wäre, welche Konsequenzen in militärischer Beziehung für das Deutsche Reich und in strafrechtlicher Hinsicht für ihn selbst der Verrat der erwähnten Zeichnungen haben konnte. Nebenbei: der Verrat militärischer Geheimnisse! Kann wirklich jemand im Ernst glauben, daß diese Karten und Zeichnungen, die der Angeklagte sich mit solcher Leidenschaft beschaffen konnte, für die französische Militärverwaltung etwas Neues enthalten hätten? Die ganze hochpolitische Spionagegeschichte steht einer lächerlichen Lappalie täuschend ähnlich, die überhaupt nur unter einer krankhaft gesteigerten Spionagemaneie denkbar ist. Und wegen einer solchen Bagatelle wird ein junger Mensch auf vier Jahre ins Gefängnis gesteckt, um dort ein für allemal zum Verbrecher abgerichtet zu werden!

Beste Nachrichten u. Depeschen.

Paris, 17. Januar. Im Senat fand gestern Abend eine Versammlung der linksrepublikanischen Gruppen statt, in der die zu Poincaré entsandte Abordnung Bericht erstattete. Die von 150 Personen besuchte Versammlung verlief äußerst stillschweigend, da die Welgerung Poincarés, von seiner Kandidatur abzusehen, die Äußerung erregte. Als Guillon mitteilte, daß Poincaré ihm erklärt habe, Clemenceau habe sich seinem Besuch bei Bourgeois, um diesen zur Kandidatur zu veranlassen, widersetzt, bestritt Clemenceau diese Darstellung Poincarés: „Es wurden Aufseher laut: „Poincaré ist ein Abenteuerer!“ „Er hat die Disziplin erwürgt!“ usw. Auch die Wiedereinstellung de Paty de Clams wurde zur Sprache gebracht und besprochen, daß sie mit Einwilligung Poincarés geschehen sei. Schließlich stimmte die Versammlung der Einigung aller Republikaner auf die Kandidatur Pams zu.

Melnes, 17. Januar. Eine gestern von Dogourai abgegangene Abteilung brachte den umherstreifenden Banden der Beni Maudid große Verluste bei. Auf französischer Seite ist ein Leutnant gefallen, ein zweiter Leutnant, ein Unteroffizier und zehn Mann wurden verwundet.

Madrid, 17. Januar. Einem Funkpruch zufolge ist der englische Dampfer Beronese, der gestern morgen mit 130 Passagieren Vigo verlassen hatte, bei Leixoes gescheitert. Der aus Argentinien in Vigo eingetroffene Dampfer Hollandia berichtet, daß er von morgens bis mittags in der Nähe des Beronese geblieben sei, jedoch wegen des überaus stürmischen Seeganges dem Schiff keine Hilfe habe bringen können. Bis mittags waren 84 Passagiere des Beronese an Land gebracht worden. 10 Reisende sind bei den Rettungsversuchen ertrunken.

Paris, 17. Januar. Nach Schluß der gestrigen Vollversammlung begab sich eine große Anzahl von Republikanern in das Kabinettministerium zum Minister Pams, um ihm mitzuteilen, daß er einziger Kandidat der Gruppen der Linken sei. Pams dankte und erklärte, daß er die ihm angebotene Kandidatur annehme. Darauf wurde die Frage erörtert, ob der Minister, da er nunmehr offiziell als Konkurrent Poincarés auftritt, nicht sofort seine Demission einreichen solle. Pams erklärte, daß er sich die Entscheidung für heute vorrätig vorbehalte.

Trotz des Abstimmungsresultates der gestrigen Vollversammlung tritt die Mehrzahl der republikanischen Wähler für Poincaré ein. Die Aktion erklärt, daß sich die Republikaner, indem sie ihre Stimmen auf Poincaré und einen seiner Minister verteilten, für die Kandidatur des Kabinetts ausgesprochen haben. Petite République sagt: Wenn Poincaré die Sache der Republikaner schlecht vertreten hat, so ist Pams als Mitglied des Kabinetts sein Mitschuldiger gewesen. Der radikale Government meint, daß der Erfolg Poincarés nunmehr gesichert erscheine. Wenn die Republikaner verhindern wollten, daß die Rechte bei der Präsidentenwahl die Richterspiele, so wäre es ein Gebot politischer Klugheit, Poincaré als unbedrängten Kandidaten der Linken zu proklamieren. Jaurès schreibt in der Humanité: Es ist klar, daß Poincaré einen Erfolg nur durch die Stimmen der Konservativen erhoffen kann. Die Lanterne betont, daß Bourgeois selbst, der von allen Republikanern als der würdigste Kandidat genannt werde, sich entschieden für Poincaré ausgesprochen habe.

Küchenzettel der Städtischen Speise-Anstalten.

Sonnabend:
Speisenkarte I (Zwischenplatz 7): Weiße Bohnen mit Schmelzweiss.
Speisenkarte II (Zwischenplatz 1): Weiße Bohnen und Mören mit Schmelzweiss.
Speisenkarte III (Zwischenplatz 24): Grüne Erbsen mit Schmelzweiss.
Speisenkarte IV (Zwischenplatz 25): Bohnen mit Schmelzweiss.
Speisenkarte V (Wärmer Str. 35): Baurerbsen mit Schmelzweiss.
Speisenkarte VI (Koch, Parkstraße 10): Bohnen mit schräger Würst.
Speisenkarte VII (Wasserwerkstraße 3): Bohnen mit Schmelzweiss.
Speisenkarte VIII (Wiederbaumstraße 10): Grüne Erbsen mit Schmelzweiss.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Hermann Lehmann in Leipzig.
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Friedrich Viller in Dresden-Leipzig.
Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 20 Seiten.

Sozialdemokratischer Verein 13 für den 13. sächsischen Reichstagswahlkreis

Bureau: Tauchaer Straße 10/21, 1. Stock (im Hause der Volksbuchhandlung) Tel. 20023
 Expeditionsort: In den Wochentagen außer Sonnabenden von 12 bis 1 Uhr mittags
 und 4 bis 7 Uhr abends. Sonnabenden von 9 Uhr vormittags bis 3 Uhr abends.

Unterrichts-Kurse

Die zweite Hälfte der Unterrichtskurse in den fünf Bezirken beginnt in:

- L.-Connwitz, Eiskellerpark, Koburger Straße**
Dienstag, den 21. Januar, abends 7/9 Uhr
- L.-Plagwitz, Rest. Zwei Linden, Karl-Heine-Str. 70**
Mittwoch, den 22. Januar, abends 7/9 Uhr
- L.-Stötteritz, Etablissement Papiermühle**
Donnerstag, den 23. Januar, abends 7/9 Uhr
- L.-Ost, Thüringer Hof, Volkmarisdorf**
Donnerstag, den 23. Januar, abends 7/9 Uhr
- L.-Sohlis, Brauerei-Ausschank Nickau, Elsbethstr. 17**
Freitag, den 24. Januar, abends 7/9 Uhr.

In Plagwitz und Stötteritz wird die Entwicklung in Natur und Gesellschaft, in den übrigen Kursen die Geschichte des Sozialismus gelehrt.

Die Kurse sind nur für Mitglieder und unentgeltlich, für 13 Abende berechnet. Neue Teilnehmer können sich am ersten Abend noch melden.

Zwenkau: Kursus über das Parteiprogramm

Beginn: Freitag, den 24. Januar, abends 7/9 Uhr, im Goldenen Adler.
 Zahlreiche Beteiligung erwünscht
 Der Hauptvorstand.

Borsdorf. Morgen Sonnabend, abds. 7/9 Uhr, **Halbj. General-Versammlung** im Feldschlösschen. T. D.: 1. Bericht des Vorstandes und des Kassierers. 2. Vereins- und Gemeindeangelegenheiten. 3. Verschiedenes. [705]

Brandis-Boucha. Sonntag, 10. Jan., nachmittags 3 Uhr, **General-Versammlung** im Restaurant Gute Quelle, Boucha. Tagesordnung wichtig. Zahlreiches Erscheinen erwartet [692] Der Vorstand.
 Vorher: 1/2 Uhr Sitzung der Funktionäre.

Grossdölzig u. Umg. Sonnabend, den 18. Jan., **Versammlung.** Wichtige Tagesordnung. Zahlreicher Besuch erwünscht. [696] Der Vorstand.

Lössnig. Sonnabend, den 18. Januar, abends 9 Uhr, **Öffentl. Einwohner-Versammlung** im Stern. Referent: Stadtverordneter **Jul. Lehmann.** Einer recht zahlreichen Beteiligung sieht entgegen [699] Der Vorstand.

Markkleeberg. Sonnabend, 18. Jan., **Halbjährl. General-Versammlung.** Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Beschlussfassung über das Vergnügen. 3. Bericht der Generalversammlungsvorleiter. — Zahlreiches Erscheinen erwartet [694] Der Vorstand.

Oetzsch-Gautzsch. Sonnabend, den 18. Jan., abends 9 Uhr, **General-Versammlung** in der Binde, Oetzsch. 1. Berichte des Vorstandes und der Kommissionen. 2. Bericht von der Generalversammlung des Kreisvereins. 3. Verschiedenes. [698] D. V.

Rückmarsdorf u. Umg. Sonntag, 19. Januar, nachmittags 1/2 Uhr, **Halbjährl. General-Versammlung.** Tagesordnung: 1. Bericht sämtlicher Funktionäre. 2. Bericht der Generalversammlungsvorleiter. 3. Gemeindeangelegenheiten. 4. Wahl einer Bürgerrechtskommission. 5. Vereinsangelegenheiten. Es ist Pflicht der Parteigenossen, in dieser Versammlung zu erscheinen. [702] Der Vorstand.

Schönefeld u. Umg. Sonnabend, den 18. Januar, abends 8 Uhr, **Halbjährl. General-Versammlung** im Restaurant Stadt Leipzig. Tagesordnung: 1. Vortrag über: 25 Jahre Wilhelmische Regierungskunst. Referent: Gen. **Lojowsky.** 2. Bericht des Vorstandes und der Kommissionen. 3. Bericht von der Kreis-Generalversammlung. 4. Kommunales. 5. Partei- und Vereinsangelegenheiten. — Zahlreiches Erscheinen erwartet [701] Der Vorstand.

Sommerfeld-Engelsdorf. Sonntag, den 18. Januar, abends 8 Uhr, **Halbjährl. General-Versammlung** im Restaurant Goldner Stern, Sommerfeld. Tagesordnung: 1. Bericht des Gesamtverbandes und der Kommissionen. 2. Bericht von der Kreis-Generalversammlung. — Starke Beteiligung erwartet [697] Der Vorstand.

Stahmeln. Sonnabend, 18. Januar, abends 9 Uhr, **General-Versammlung.** Tagesordnung: 1. Bericht des Gesamtverbandes. 2. Wintervergnügen. 3. Vereinsangelegenheiten. [695] Der Vorstand.

Achtung, Spielleiter! Die neuen Kurse

beginnen am Freitag, den 31. Januar, abends 7/9 Uhr, im Gasthof Thauberg, unter der Leitung des Fräulein Helene Liebing und des Genossen Richard Koppisch. Die Teilnehmer wollen sich rechtzeitig einfinden. [788*] Der Bildungsausschuss.

Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Markranstädt.
 Sonntag, den 19. Januar, nachmittags 2 Uhr
Generalversammlung
 im Thüringer Hof.

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1912. 2. Beschlussfassung über einen Antrag betr. Erhöhung des Lokalbeitrags. 3. Gewerkschaftliches.
 Die wichtige Tagesordnung macht es den Kollegen zur Pflicht, zahlreich zu erscheinen. Das Mitteilungsblatt ist vorzulegen. [791] Die Ortsverwaltung.

Soldaten sein schön

von Karl Fischer.
 Broschiert 1 Mark. Gebunden 1.50 Mark.
Leipziger Buchdruckerei A. G.

Prima Briketts
 kauft man am vor-
 teilhaftesten bei
Benno Grimm
 G. m. b. H.
 Tauchaer Straße 41.

Brano Serge, Kleinzschöcher

 Dieskaustr. 25, gegenüber Mittelstr.
 Hüte, Mützen, i. all. Form u. Farb.
 Schirme, Stöcke, Kraw., Wäsche
 Hosentr., Filz- u. Polzw. g. usw

Metallarbeiter

Geschäftsstelle: Verband Die Bibliothek steht allen Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung und können Bücher während der Büreuzzeit entliehen werden
Volkshaus, Zeller Str. 22, Post. rechtl. I. 12-1, abends 5-8. Tel. 3784

Bauschlösser. Sonnabend, 25. Januar, abends 8 Uhr, **1. Saussoucl,** Elsterstraße, **grosses Winterfest** unter Mitwirkung der Leipziger Kirnhallenpalast-Sänger und dem Gustav-Schäpe-Orchester. Von 11 Uhr an großer Festball. Programme im Vorverkauf durch die Vertrauensmänner 20 Pfg., an der Kasse 30 Pfg. Zahlreiche Beteiligung erwünscht.
 *) Die Branchenleitung der Bauschlösser.

Stempner. Vertrauensmänner. Dienstag, den 21. Januar, abends 7/9 Uhr, **Sitzung** im Volkshaus. Das Erscheinen jedes einzelnen ist unbedingt erforderlich. [745]

Schleudrich. Dienstag, den 21. Januar, abends 7/9 Uhr, **Versammlung** im Deutschen Haus. Tagesordnung: Neuwahl sämtlicher Funktionäre. [730*]

Asphalteure und Pappdecker.

Sonntag, den 19. Januar, nachmittags 3 Uhr
Generalversammlung
 im Volkshaus, Zimmer Nr. 14.
 Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und Neuwahl desselben. 2. Gewerkschaftliches. [714] Kollegen, erscheint alle in dieser Versammlung. D. V.
 3 Bände gebunden 4 Mark.
Schillers Werke Leipziger Buchdruckerei A. G.

In unseren
neuen Geschäftsräumen
16/18 Hainstrasse 16/18
 im Hause Zentral-Hotel de Pologne
 empfehlen wir [747]
Herren-Schnallenstiefel
 kräftiger Strapazier-Stiefel breite bequeme Form . . . 7.50 Mk.
Conrad Tack & Cie. G. m. b. H.
Jetzt 16/18 Hainstrasse 16/18
 im Hause Zentral-Hotel de Pologne — Fernruf 13576.

Ortsverein Plagwitz-Lindenau-Schleußig
 Sonnabend, den 18. Januar, von abends 8 Uhr an
Familien-Abend
 Eintritt frei. für Mitglieder und deren Angehörige Eintritt frei.
 in den Westendhallen, L.-Plagwitz, Hofherstraße.
 Guten Besuch erwartet [693] Der Vorstand.

Ortsverein Eutritzsch.
 Sonnabend, den 18. Januar
Humor-Abend
 in Munkelts Konzert- und Ballhaus.
 Anfang 8 Uhr. [700] Der Vorstand.

Der erste
Arbeiter-Jugend-Kalender
Jungvolk
 Almanach 1913
 für die arbeitende Jugend.
 Reichhaltig belehrender u.
 unterhaltender Text.
 Viele gute Illustrationen.
 Herausgegeben von der Zentralkomitee für die arbeitende Jugend Deutschlands.
 Gut ausgestatt. 50 Pfg.
 Zu beziehen durch die Filialen und Aussträger der Volksgemeinschaft.
 Leipziger Buchdruckerei A. G.

Hüte, Mützen
Stöcke, Schirme
 Garniert- u. ungar. Damenhüte
Ernst Dietrich
 L.-Connwitz
 Ecke Bornisch u. Pfingstberg

Zigaretten-Fabrik Friedr. Schmidt
 empf. Zigaretten, Zigaretten u. Zigarren, Pfeifen, Pfeifchen und Spazierstöcke.
Wahren, Sächsische St. 56
 gegenüber dem Rathaus. [*]

Achtung!
 Diese Woche werden einige
Ba. Sohlen
 in der neuen Hochschlächterelei
 Leipzig-Neuschönefeld
 Konradstraße 26
 ausgefunden.
 4 Pfund nur 45
 Gehacktes a Pfd. nur 40
Gesells. hafts-Anzüge
 verkauft u. verleiht billigst
Julius Schmerel
 Katharinenstraße 8, I.
 Telefon 20027. [422*]

Arbeiter-Radfahrer-Bund
 Solidarität
Zentral-Verein.
 Die für Freitag, den 17. Januar, angekündigte Generalversammlung ist verschoben und findet dieselbe Sonntag, den 26. Januar, nachmittags 1/2 Uhr, im blauen Saale des Schloss Lindenau, Lindenau, Karl-Heine-Straße, statt. — Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert die Anwesenheit aller Bundesmitglieder.
 Der Vorstand.
 Abt. Süd: Sonnabend, den 18. Januar, Wintervergnügen im Eiskeller-Park, L.-Connwitz. Großartige Liebererfahrungen. Freunde und Sportgenossen sind herzlich eingeladen. [708]

Turnverein Wahren A.-T.-B.
 Morgen Sonnabend, den 18. Januar, abends 7/9 Uhr
Generalversammlung
 im Birkeneschlösschen.
 Sonnabend, den 25. Januar
Weihnachts-Fest
 im obigen Lokal. Beginn 7/8 Uhr. [704]
 Zahlreiche Beteiligung ist Pflicht aller Mitglieder. Der Vorstand.

Masken-Kostüme
 a. Stoff, nur künstl. Karnes.
 Kopfbedeckungen aus Papier und Stoff. Gr. Lager Scherz- u. Dekorations-Sachen. Tom-bolen, Regel- u. Schießpreise, Präsente, Wirtschaftskritik, Gesellschafts- u. Unterhaltungs-Spiele in reicher Auswahl. Vereins-Abzeichen, Stempel, Vereinsmarken und Schreib-utensilien empfiehlt
Richard Lipinski
 Verandhaus [238*]
 Leipzig, Königsstraße 12.

Masken- und Theater-Kostüm-Verleih-Institut
 Größtes und leistungsfähigstes Geschäft des Ostens
EMIL GROSSMANN
 Leipzig-Neustadt, Eisenbahnstraße 45, I
 Empfiehlt den geehrten Vereinen und Privaten sein reichhalt. Lager zu Theateraufführungen, Maskenbällen u. Kostümfesten Prompts und gewissenhafte Bedienung bei billiger Preisberechnung. Schnellste Zusammenstellung selbst der allergrößen Arrangements [171]
 Bitte genau auf Firma u. Hausnummer zu achten.

Politische Uebersicht.

Die Probewahl.

Aus Paris wird uns geschrieben: In der „Vollversammlung der Republikaner“ hat Poincaré vorerst über genug abgefahren. Pams hat ihn im zweiten Wahlgang mit 11 Stimmen Vorsprung überholt, er hat mehr als die 107 Stimmen, die im ersten Wahlgang für den radikalen Senatspräsidenten Dubost abgegeben worden waren, gewonnen. Dubost hatte zugunsten Pams' verzichtet. Deschanel, der im ersten Wahlgang 83 Stimmen aufgebracht hatte, war vor dem zweiten zurückgetreten, desgleichen Ribot, der es nur auf 52 Stimmen gebracht hatte. Ribot behielt sich seine Freiheit für den Kongress selbst vor. Vermutlich wird auch Deschanel auf den Wettbewerb in Versailles nicht verzichten und es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß dort Außensteiner austauschen und plötzlich in den Vordergrund gelangen. Auch kann schon der dritte Wahlgang der Vollversammlung am Donnerstag die Situation ändern. Immerhin haben die zwei ersten Abstimmungen eine unzweideutige Demonstration der Bürgerlich-Radikalen gegen Poincaré gezeigt. Wenn diese Opposition in Versailles standhält, wird die „republikanische Mehrheit“, die Poincaré dort finden kann, fragwürdig genug aussehen.

Welches sind nun die Ursachen, die Poincarés Aussichten, die so gesichert erschienen, auf einmal verschlechtert haben? Ist die radikale Schilderhebung eine bloße Revanche der Porporgegner? Oder hat der Fall Patsy de Clam trotz der Eile Poincarés, sich des kompromittierenden Kollegen zu entledigen, die eingeschlafene Blockade wiedererweckt? Oder ist diese Konzentration der radikalen Demokratie ein trotziger Versuch, der nationalistischen und antiparlamentarischen Stimmungsmache, von der auch Poincaré gern profitieren möchte, Widerstand zu bieten? Die Radikalen können sich darüber nicht täuschen, daß eine Wahl des Herrn Pams nicht „populär“ wäre, d. h. daß sie keine gute Presse hätte. Die großkapitalistischen Blätter haben tagaus tagein gepredigt, daß die Präsidentenwahl sich über die „Tyrannet“ der Parteien erheben und einen „nationalen“ Kandidaten zum Sieg führen müsse, wobei Poincaré als der würdigste Kandidat dieser Sorte präsentiert wurde. Und noch aufgerechter gebärdete sich die pseudoradikale Korruptionspresse, die von der im Fall des Poincaréschen Siegs versprochenen neuen Ministerpräsidentenschaft Briands ein goldenes Trinkgeldzettelcher erhofft. In ihrer Nervosität verwickelte sich diese Vorkämpferschar Poincarés in die drohligsten Widersprüche. Nachdem sie erst verkündet hatte, daß der Wert der Kandidatur Poincarés nicht in irgendeinem politischen Programm, sondern in ihrem „nationalen“ Charakter beruhe, hätte sie später am liebsten Herrn Pams die Kandidatur aus dem Grund verboten, daß er, als Ministerkollege Poincarés, dessen politisches Programm müsse und durch einen eignen Wettbewerb eine Intorrektheit begehe.

Solche Betrachtungen über politische Verpfählungen und persönliche Taktfragen sind bei der Präsidentenwahl natürlich heller Unsinn. Auch Herr Poincaré, der ja sicher einer der korrektesten unter den bürgerlichen Politikern ist, hat den alten Ribot, der sich tatsächlich lange Hoffnung auf seine Unterjochung machte, gründlich hineingelegt. Derlei Streiche gel ren eben zum Betrieb des bürgerlichen parlamentarischen Regimes. Zugegeben muß aber werden, daß die „gemäßigten“ Parteien mit Präsidentschaftskandidaten auftreten, die über das Niveau der gerechten Kammacher des Radikalismus doch um ein erhebliches hinausragen. Poincaré, Ribot und selbst der Salonbildungssphäre Deschanel sind gewaltige Persönlichkeiten, gegen den jovialen Provinzkrösus Pams und gar gegen den ergrauten Couloirpolitiker Dubost gehalten. Was freilich weder etwas für die Wahrheit der konservativen Ideen noch gegen die Zukunft der Demokratie besagt, sondern nur beweist, daß in der bürgerlichen Gesellschaft die Großbourgeoisie besser imstande ist, die ehrgeizigen Talente für sich zu gewinnen, als die Kleinbürgerei mit ihrer Sumpfpolitik.

Die geeinigten Sozialisten haben sich, diesmal wirklich erfreulich einig, dem einstimmig gefassten Beschluß gemäß, von der „Vollversammlung“ der Republikaner ferngehalten. Sie haben auch einstimmig die Kandidatur des Genossen Vaillant für den ersten Wahlgang in Versailles beschlossen und weiter, daß sie dort nach jedem Wahlgang zu einer Beratung zusammentreten und die dort zur Wahl stehenden bürgerlichen Kandidaten in bezug auf die Bürgerschaften, die sie für die Republik, die Demokratie, die Wahlreform und den Frieden geben, prüfen werden. Die Minderheit soll dann der Mehrheit unbedingt Folge leisten. Am Ende ist zwischen den Kandidaten, die in Frage kommen werden, kein besonders großer Unterschied, aber das einige Vorgehen der sozialistischen Fraktion bis zur Entscheidung hat sicher den Wert, dem Proletariat das gefestigte Zusammengehörigkeitsgefühl und die Einheit des politischen Denkens seiner Vertreter zu demonstrieren.

Paris, 16. Januar. Die Vollversammlung der Republikaner trat heute abermals zusammen, um den Kandidaten für die Präsidentschaft der Republik zu bestimmen. Im dritten Wahlgang wurden von 748 Anwesenden 646 Stimmen abgegeben, so daß die Majorität 324 betrug. Es erhielten Pams 228, Poincaré 300, Ribot 11, Delcassé 2, Deschanel 1 Stimme.

Paris, 16. Januar. Zahlreiche Senatoren und Deputierte, darunter Clémenceau, versammelten sich nach der Abstimmung unter dem Vorsitz von Combes. Dieser schlug vor, bei Poincaré einen Schritt zu unternehmen, um ihn zu bitten, seine Kandidatur aus republikanischer Disziplin nicht aufrecht zu erhalten. Ribot, der aufgefordert wurde, sich diesem Schritt anzuschließen, erklärte, er müsse davon absehen, da er gegebenenfalls wieder Kandidat werden könnte. Es wurde darauf eine Delegation von Führern der Gruppen der Linken zu Poincaré geschickt, um ihn zum Verzicht zu veranlassen. Poincaré erklärte jedoch, er könne sich dieser Anschauungsweise nicht anschließen und sei der Meinung, daß die Nationalversammlung das letzte Wort sprechen müsse.

Paris, 17. Januar. Ueber die Unterredung der Führer der Linken mit Poincaré wird noch gemeldet: Clémenceau hielt Poincaré vor Augen, daß er, wie die Dinge lagen, nur mit den Stimmen der Rechten zum Präsidenten gewählt werden könnte. Es wäre vielleicht möglich, einen Namen zu finden, welcher alle republikanischen Stimmen auf sich vereinigen würde. Poincaré entgegnete, man möge ihm diesen Namen nennen. Uebrigens hätten über hundert Republikaner ihr Votum nicht abgeben können. Unter diesen

Umständen könne er nur wiederholen, daß er Kandidat bleibe. Darauf begab sich Combes zu Bourgeois und beschwor ihn namens der republikanischen Parteien, seine Kandidatur aufstellen zu lassen. Bourgeois dankte in bewegten Worten, erklärte aber, seine Gesundheit habe sich keineswegs gebessert und er sei deshalb nicht in der Lage, das verantwortungsvolle Amt des Präsidenten zu übernehmen.

Paris, 17. Januar. Nach einer Note der Agence Havas unternahm Poincaré zwischen der zweiten und dritten Probewahl vergeblich bei Bourgeois Schritte, um ihn im Interesse der Einheit der Republikaner zur Annahme der Kandidatur zu bewegen, welches auch das Resultat der Abstimmung sein möge. Er erneuerte seine Bitten nach der dritten Abstimmung, doch Bourgeois blieb dabei, dieses Ansinnen abzulehnen.

Deutsches Reich.

Aus dem Reichstag.

Parlamentsbrief.

Berlin, 16. Januar. Unsern Hurrapatrotten ist großes Heil widerfahren. Der Reichstagsabgeordnete Wetterlé aus dem Elsaß soll jüngst in Versammlungen, die er in Frankreich abgehalten hat, Äußerungen über das Verhältnis der Reichslande zu Deutschland und Frankreich getan haben, die die französischen Chauvinisten in Entzücken versetzt haben. Ein Teil der bürgerlichen Presse tobt deshalb seit einigen Tagen, auch im Reichstage wurden gestern die Schwägerereien des demagogischen Wäffleins mit einem Eifer behandelt, als stände ihnen eine große politische Bedeutung zu. Der Abg. Haegy aus dem Elsaß, ebenfalls katholischer Pfarrer und reichslandischer nationalistischer Demagoge, gab heute die Erklärung ab, auch er würde Wetterlé's Auftreten mißbilligen, wenn er die ihm zugeschriebenen Äußerungen getan haben sollte. Im übrigen betonte Herr Haegy, welche kreuzbrave Kerle eigentlich die durch das Zentrum fleißig protegierten reichslandischen Nationalisten seien. Bemerkenswert ist der sonst gleichgültige Wetterlé'strafel nur deshalb, weil er von unsern Reaktionen dazu benutzt wird, gegen das bishigen Recht und Freiheit, das endlich den Reichslanden gewährt worden ist, Sturm zu laufen.

Genosse Hoch sprach sodann als dritter sozialdemokratischer Redner, um mit dem Grafen Westarp und dem Staatssekretär Delbrück abzurechnen. Das geschah denn auch mit der an Hoch gewohnten Gründlichkeit; speziell den Grafen Westarp stürzte er in gebührender Weise. Genosse Hoch ließ es weder an Argumenten noch an der Schärfe im Ton fehlen, die gegen die reaktionäre Sippe der Lebensmittelmacher durchaus angebracht sind. Was er dem Staatssekretär entgegenhielt, war diesem offensichtlich sehr unangenehm, zumal Hoch ein vorzüglicher Kenner der deutschen sozialpolitischen Gesetzgebung ist. Herr Delbrück schätzte die Wirkung der Hoch'schen Rede auch so stark ein, daß er in ziemlich einständigen Entgegnungen antwortete. Er griff zu dem alten Kniff, einfach die Sozialdemokratie dafür verantwortlich zu machen, wenn die sozialpolitische Gesetzgebung noch Mängel aufweise, weil — die Sozialdemokratie angeblich alle sozialpolitischen Einrichtungen ihren politischen Zielen nutzbar zu machen bestrebt sei! Herr Delbrück begnügte sich aber mit Behauptungen, Beweise zu erbringen vermied er. Da lohnt es nicht mehr, weiter mit ihm zu diskutieren. Schließlich versuchte er noch die Regierung dagegen in Schutz zu nehmen, als sei sie von Preußen abhängig. Aus seiner langen Schilderung über die staatsrechtlichen Verhältnisse in Deutschland ging aber klar hervor, daß formell die Reichsregierung natürlich selbständig ist, in der Sache aber die Mitglieder der Reichsregierung unbedingt von Preußen abhängig sind. Sie alle sind preussische Bevollmächtigte zum Bundesrat und erhalten von preussischen Staatsministerien ihre Instruktionen für die Bundesratsitzungen. Am Widerstande Preußens scheitert jedes Preußen nicht genehme Unternehmen der Reichsregierung. Das sind Tatsachen, alles andere ist nur ein Streit um Worte. Außerdem: Herr Delbrück gestand selbst, die Politik des Reiches müsse genau mit der preussischen Politik übereinstimmen, weil sich das aus den Verhältnissen mit Notwendigkeit ergebe. Daß darüber Klarheit geschaffen worden ist, ist der besondere Wert dieser Debatte, die weitere Folgerungen nach sich ziehen muß.

Der Chef der Münchener-Glabbacher katholischen Flugblätter- und Traktatenzentrale, Herr Dr. Pieper, verteidigte dann noch das Zentrum, der Nationalliberale Lübel hielt eine Mittelstandspause. Und damit das „hohe“ Haus auch eine amüsante Abwechslung hatte, sprach noch Herr Dr. Dertel, der es vornehmlich auf Müller-Meinungen abgesehen hatte und nebenbei mit den Sozialdemokraten kleine Plänkleteien unterhielt. Morgen wird die Debatte fortgesetzt.

Von gestohlenen und durchschnüffelten Akten.

Angefaßt des Geschimpfes des Herrn Delbrück und des Grafen Westarp über angeblichen „Rißbrauch“, den Genosse Fischer mit geheimen Schriftstücken getrieben haben soll, die ihm von einem Unbekannten zugefandt wurden, erinnert die Postische Zeitung sehr zur rechten Zeiten an Akten-diebstähle, die von illustren Persönlichkeiten begangen wurden.

Vor allem sind manche gekrönte Häupter mit Luft und Liebe Anstifter von Akten-diebstählen gewesen. Von Friedrich dem Großen z. B. heißt es:

... Der König bekam durch seine Späher zeitig genug Kenntnis von den hin- und herfliegenden Notizen und Entwürfen, und wie er in allen ihm wichtig scheinenden Dingen praktisch durchgriff, ohne in der Wahl seiner Mittel bedenklich zu sein, so ging er auch jetzt in der derbsten Weise vor. Der preussische Gesandte in Dresden mußte einen im dortigen Ministerium beschäftigten Kanzlisten Wenzel bestechen. Man schickte demselben zu wiederholten Malen aus Berlin ganze Bünde von Nachschlüssel, bis es gelang, die Verhältnisse im geheimen sächsischen Staatsarchiv zu öffnen, wo die eingehenden Dokumente aufbewahrt wurden, von welchen der Geliebte dann sofort Abschriften erhielt. Mehrere Jahre lang erhielt der König auf diese Weise von allen Vorgängen Nachricht, wie er das selbst unumwunden erzählt. ...

Ferner wird an die Depeschendiebstähle erinnert, die in der Reaktionszeit gegen den Generaladjutanten v. Gerlach begangen wurden: ein Zuchthäuser und Polizeipol wurde angeklagt, dem General aus dem Schreibische Briefe und

Depeschen zu stehlen, die ihn kompromittieren sollten. Anstifter waren der Generalpolizeidirektor v. S i n d e l e n und der Minister v. M a n t e u f f e l.

Sehr nett sind auch folgende Stellen aus Briefen Bis-m a r c s'. Am 18. Mai 1851 schreibt er an seine Frau:

... Ueber Politik und einzelne Personen kann ich Dir nicht viel schreiben, weil die meisten Briefe geöffnet werden. Wenn sie Deine Adresse auf meinen und Deine Hand auf Deinen Briefen erst kennen, werden sie sich's wohl begeben, da sie nicht Zeit haben, Familienbriefe zu lesen.

Ferner am 3. Juli 1851:

Verlaß nicht, wenn Du mir schreibst, daß die Briefe nicht bloß von mir, sondern von allerhand Postpionieren gelesen werden, und tobe nicht so sehr gegen einzelne Personen darin; denn das wird alles sofort wieder an den Mann gebracht und auf meine Rechnung geschrieben. ... Wenn die *** und andere Leute in unserem Lager Mißtrauen säen können, so erreichen sie damit einen der Hauptzwecke ihrer Briefdiebstähle. ...

Man könnte die Beispiele beliebig vermehren. Doch lohnt es wirklich nicht, da es ja eine bekannte Tatsache ist, daß die Regierungen auch heute Hunderttausende, ja Millionen ausgeben für Spitzel im In- und Auslande.

Die „moralische Entrüstung“ steht daher den Vertretern der Regierung und ihren Troßbuben über an. Der Sozialdemokratie fällt es gar nicht ein, systematisch sich um Geheimnisse ihrer Gegner zu bewerben, aber Schriftstücke, die uns „auf den Tisch liegen“ und geeignet sind, Wübereien, die gegen das Volk geplant sind, zu enthüllen, werden wir nach wie vor zur Kenntnis des Volkes bringen. Das ist unser gutes Recht und unsre Pflicht.

Rittel's?

Immer bestimmter tauchen in der bürgerlichen Presse Gerüchte auf, wonach die Stellung v. Heeringens, des derzeitigen Kriegsministers, bedenklich wackeln soll. Das Berliner Tageblatt weiß sogar schon den Nachfolger zu nennen; es ist General v. Gallwitz, Inspektor der preussischen Feldartillerie. Herr v. Heeringen soll deswegen ausgedootet werden, weil er sich vor Jahresfrist dem Drängen der bürgerlichen Rüstungsbeher nach wesentlicher Erweiterung der damals dem Reichstage vorgelegten Militärvorlage zu energisch widersetzt habe. Der Kriegsminister erklärte damals, daß das, was er fordere, völlig zur Sicherheit des Reiches und zur Erhaltung seiner Wehrkraft genüge. Wenn er jetzt weniger fordern würde, als was die Sicherheit und das Interesse des Reiches erfordere, dann könnte er keinen Tag länger auf seinem Plage bleiben. Heute aber beweisen die bürgerliche Presse und die parlamentarischen Kommiss der Militärlieferanten haarscharf, daß unsre Rüstung höchst gefährliche Lücken aufweise, und daß es geradezu ein Frevel gewesen sei, daß nicht schon vor Jahresfrist der Bewilligungseifer des Reichstags entsprechend ausgenützt wurde. Die Wetmann-Regierung ist nun entschlossen, das Versäumte nachzuholen. Die Frage ist bloß, ob sie die Begründung der Neuforderungen nach all dem Vorgefallenen Herrn v. Heeringen überlassen kann. So ergibt sich möglicherweise die tragikomische Situation, daß dieser gehen muß, weil er nicht — militärisch genug war!

Rein, den Dertel müssen sie uns lassen!

Herr Dertel, der sächsische Palatin der preussischen Herrschaft und der Agrarier ohne Ar und Halm, muß herbes Leid erfahren. Der Braue ist in Ramlau-Brieg gewählt worden dank dem Zentrum, das seine 2300 bombensicheren Stimmen für ihn abkommandiert hat. Seitdem ist er auch besorgt, sein Blatt zentrumsfromm zu halten und hat die Pose des lutherischen Ritters Georg hübsch abgelegt. Aber bei einer Versammlung in seinem Wahlkreis passierte ihm doch ein fallcher Zungen Schlag: er bezeichnete das Zentrum als „notwendiges Uebel“. Darauf haucht ihn das katholische Deutschland, Organ des Zentrums Berliner Oberwanz in Schlesien, also an:

Die katholischen Wähler werden sich wohl hüten, diesem Herrn, der auch in Sachen des Jesuitengesetzes keine katholikenfreundliche Stellung einzunehmen wagte, noch ein zweites Mal ihre Stimme zu geben.

Das ist grauam! Wo soll denn der arme Mann nun noch ein Mandatchen herholen? Wir hoffen zuversichtlich, die Junker geben ihm bei der nächsten Wahl einen sicheren Wahlkreis in Hinterpomern. Denn, lassen müssen sie uns den guten Herrn Dertel, wer sollte denn sonst für die Harlekinauben im Reichstag sorgen?

Die Wahl Haupt unglücklich.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstags hat am Donnerstag die Wahl des sozialdemokratischen Abgeordneten Haupt (Wahlkreis Jerichow) mit 10 gegen 4 Stimmen für unglücklich erklärt. Zur Verhandlung stand noch ein einziger Punkt. In Groß-Budide hat der als Wahlvorsteher tätig gewesene Amtsvorsteher seinen Buchhalter beauftragt, Stimmzettel für den konservativen Kandidaten handschriftlich herzustellen, da angeblich gedruckte Zettel nicht genügend vorhanden waren. Die 40-50 geschriebenen Zettel bekam der Amtsdienner, der als konservativer Zettelverteiler tätig war, und er soll nun besonders Arbeiter solche geschriebene Zettel ausgehändigt haben. Nach Vereinbarung der Wahlhandlung lehnte der Wahlvorsteher es ab, die Wahlurne zu schütteln, so daß die Wahlwurde so ziemlich in derselben Reihenfolge wieder zum Vorschein kamen, wie sie eingelegt waren. Von den geschriebenen Stimmzetteln waren 14 abgegeben worden. Nach einer fast zweistündigen Debatte erklärte die Kommission das Verhalten des Wahlvorstehers für ungebührlich, lehnte es aber ab, daraus ziffernmäßige Schlussfolgerungen zu ziehen. Dem Abgeordneten Haupt wurden aus den bereits früher verhandelten Protestpunkten 29 Stimmen abgerechnet. Damit hatte er die Stimmenmehrheit verloren und die Konsequenz war die Ungültigkeit der Wahl.

Genosse Haupt wurde in der Stichwahl mit 15283 Stimmen gegen den Konservativen v. Byern gewählt, für den 15258 Wähler stimmten. Bei der Hauptwahl waren entfallen: auf den Sozialdemokraten 11002, den Konservativen 8870 und den Fortschrittler 8291 Stimmen. Wenn es also den fortschrittlichen Wählern ernst ist mit dem Kampfe gegen die schwarzblaue Reaktion, muß es in der Stichwahl mit Beidseitigkeit gelingen, den zu erwartenden Ansturm der Junkersippe abzuwehren. Das Ergebnis der Hauptwahl läßt freilich einige Zweifel zu an der politischen Konsequenz dieser Wählertruppen. — Vorläufig bedarf der Beschluß der Kommission noch der Bestätigung durch das Plenum.

Im Wahlkreis Ruitzberg i. Pr. wurde Genosse P a s e mit 10701 Stimmen gegen 10050 Stimmen gewählt. Wegen diese Wahl hatte ein Wähler Protest eingelegt, weil er nicht in der Wählerliste stand. Da diese eine Stimme am Resultat nichts ändern konnte, wurde die Wahl sofort für gültig erklärt.

Die veranlagten Redomontaden des Herrn Wetterlé (siehe auch den heutigen Parlamentsbrief) haben jetzt auch im elsäss-lothringischen Landtag, dem dieser Bräve ebenso wie dem Reichstag angehört, zu einer großen Staatsaktion geführt. Dem Zentrum wird vor den Taten seines lieben Schützlings allmählich bange, und so ließ es sich am Donnerstag durch den Mund seines Führers „entschieden verurteilen“.

Gegen das Blatt Wetterlé, den Revuevellen, soll angeblich offiziell Klage eingeleitet werden wegen Verleumdung der deutschen Bevölkerung (?), die von dem Blatt als „unverkümmte Sprößlinge der Hungerleiber, die nach 1870 über das Land hergefallen sind“, bezeichnet wurde.

Scharfmacherei mit untauglichen Mitteln. Aus Basel telegraphiert dem Vorwärts Dr. Blocher, der Vorsitzender des Politgedemotations: „Die Mitteilung des Grafen Westarp über ein Streikpostenverbot in der Schweiz beruht auf einem Irrtum. In Basel ist das Streikpostenverbot nicht verboten.“

Bewüstung von Vobenshäusern. Die Budgetkommission des Reichstages beschäftigte sich am Donnerstag mit den Zuständen in der Rallindustrie. Der Regierungsvertreter gab an, daß durch die in dieser Industrie herrschende Spekulation die Vobenshäuser direkt verwirrt werden. Die von den Sozialdemokraten geforderte Verstaatlichung habe unfruchtbar viel für sich.

Die verbündeten Regierungen werden ersucht, für den Fall der Vorlegung einer Novelle zum Gesetz über den Absatz von Rallfällen eine Bestimmung vorzusehen, durch die dem neuen Gesetz eine rückwirkende Kraft für diejenigen Rallwerte beigelegt wird, die nach dem 15. Januar 1913 in irgendeiner Form in Angriff genommen worden sind.

Mit dieser Resolution soll der spekulativen Spekulationen Anwendung von Werken vor dem neuen Gesetz ein Riegel vorgeschoben werden.

Preussische Wahlvorbereitungen. Im Wahlkreis Götlich-Sauban schlossen Nationalliberale und Freisinnige ein Wahlbündnis. Ein Kompromißvorschlag der Konservativen, der jeder bürgerlichen Partei einen Abgeordneten zugehen wollte, wurde sowohl von den Nationalliberalen wie den Freisinnigen abgelehnt.

Konkurrenz in der Mittelstandsdomagoge. Der Hansabund tritt dafür ein, daß das Submissionswesen durch Reichsgesetz geregelt werden soll. Im Gegensatz dazu verlangt der vom Bund der Landwirte geschaffene Reichsdeutsche Mittelstandsvorband, daß Submissionsämter auf privater Grundlage geschaffen werden — natürlich mit erheblichen staatlichen Subventionen —, wie das bereits in Sachen versucht worden ist.

In treuer Eul. Am vergangenen Sonntag beabsichtigten unsere Genossen in Wehl bei Hildesheim eine öffentliche Versammlung abzuhalten. Sie ahnten aber bei der Vorbereitung der Versammlung wohl nicht, daß — die Treppe n u s e n des Versammlungslokals das Unternehmen vereiteln würden! Es erregte schon ihr Erstaunen, daß vor der Versammlungseröffnung zwei Gendarmen eifrig mit einem Holzklotz an der zum Saal hinaufführenden Treppe herumhantierten.

Kleine politische Nachrichten. Halbamtlich wird mitgeteilt, daß für den Postfachposten in Rom als Nachfolger des Staatssekretärs v. Jagow, der Gesandte in Darmstadt, Freiherr v. Jentsch, in Aussicht genommen ist. — Wegen Spionage zugunsten Deutschlands wurde in Sosnowice der russische Altkamerad Zwonow verhaftet. Der Altkamerad unterliegt einem weitverbreiteten Verkehre in Rattowib.

Frankreich.

Streitbelitte — politische Debatte.

Aus Paris wird uns geschrieben: Die feltene Gelegenheit, Irland ein Cob zuguerkennen, soll nicht außer Acht gelassen werden. Soeben ist ein Rundschreiben des Justizministers an die Staatsanwältie ergangen, das vorschreibt, daß Personen, die wegen sogenannter Preßdelikte (wovon im allgemeinen alle „Aufreizungen“ durch Wort und Schrift gerechnet werden) sowie wegen Streit-handlungen in Untersuchung oder verurteilt sind, in Zukunft die Behandlung als politische Gesangene genießen sollen.

Großbritannien.

Die Homerule-Bill in dritter Lesung angenommen.

London, 17. Januar. Im Unterhaus wurde gestern die Debatte über die Homerule-Bill beendet. Der Nationalist Redmond erklärte, die Bill werde zum Gesetz werden, da das Oberhaus jetzt nur noch die Zähne zeigen, aber nicht mehr beißen könne. Schließlich wurde die Bill in dritter Lesung mit 388 gegen 258 Stimmen unter ungeheurem Enthusiasmus auf Seiten der Ministerialen angenommen.

London, 17. Januar. Die Mehrheit, die für die Homerule-Bill stimmte, war etwas größer, als angenommen wurde. Als das Resultat bekanntgegeben wurde, brachen Ministerialen und Nationalisten in tosende Beifallsrufe aus und schwenteten die Taschentücher. An den Beifallsstundgebungen beteiligte sich auch die Menge vor dem Parlamentsgebäude. Die Bill wurde nach ihrer Annahme im Unterhaus unverzüglich dem Oberhaus zugestellt, wo sobald eine rein formale erste Lesung stattfand.

Die Ablehnung kann das Gesetz indes nicht vereiteln, wenn das Unterhaus fest bleibt. Allerdings ist das Verfahren, das es anzuwenden hat, um seinen Willen durchzusetzen, zeitraubend und muß vor dem Schluß der Legislaturperiode beendet sein.

Folgen des Osborne-Urteils.

Aus London wird uns unterm 14. Januar geschrieben: Die Gewerkschaft der Kesselschmiede, die insgesamt 60 000 Mitglieder zählt, hat mit 2600 gegen 2152 Stimmen beschlossen, aus der Arbeiterpartei auszuschließen. Dieser Beschluß ist das Ergebnis langer interner Diskussionen, die dadurch herbeigeführt wurden, daß die Gewerkschaft auf Grund des Osborne-Urteils einen gerichtlichen Einhaltsbefehl erhielt, der ihr verbot, Gewerkschaftsgelder zu politischen Zwecken zu verwenden.

Es heißt, daß die Mehrheit sich aus einer Koalition von liberalen, konservativen und extrem-sozialistischen Mitgliedern zusammensetzt, weil sie alle mit der Politik der Arbeiterpartei unzufrieden seien. Die Zahl der Mitglieder, die an der Abstimmung teilgenommen, ist aber so gering, daß keine andere Schlussfolgerung bezweifelbar ist, als daß entweder eine absolute Indifferenz oder völlige Ratlosigkeit herrscht.

Der Vorfall ist nicht der erste der Art und wird schwerlich der letzte bleiben. Er zeigt in der eindringlichsten Weise, wie fürchterlich die Folgen des Osborne-Urteils nun endlich nach seiner dreijährigen Gültigkeit zu werden drohen. Er läßt auch erkennen, welchen Trumpf die Regierung im Osborne-Urteil gegenüber der Arbeiterpartei in der Hand hat, und warum die Arbeiterpartei ihr ganze Politik dem Streben unterordnet, eine Abänderung des Osborne-Urteils zu erwirken.

Alien.

Rußlands Vordringen in China.

Peking, 16. Januar. Infolge eines russischen Truppentransportes auf dem Sungari (Mandschurei) durch einen Kreuzer, vier Kanonenboote und mehrere Torpedoboote hat sich der Laotai von Charbin zu dem Kommandanten dieses Truppentransportes begeben und ihm um die Angabe von Gründen für sein Vorgehen ersucht.

Von Seiten der Russen wurde erklärt, daß die getroffenen Maßnahmen erforderlich seien, um den russischen Handel zu schützen. Der Laotai hat sich nach Erhalt dieses Bescheides sofort an den Oberkommandierenden in Kirin telegraphisch gewandt, der seinerseits beim dortigen russischen Konsul gegen die Handlungsweise der Russen Protest einlegte. Da die vom russischen Konsul abgegebenen Erklärungen sehr vage waren und den Russen vollen Spielraum ließen, so hat der Oberkommandierende von Kirin die Zentralregierung in Peking aufgefordert, direkt bei der russischen Regierung Vorstellungen zu erheben, damit ein Rückzug der russischen Truppen, die die Unabhängigkeit der Provinz Kirin bedrohen, von Petersburg aus angeordnet werde.

Sächsische Angelegenheiten.

Ein konservativer „Politiker“ als Zitatentwister.

Es ist der Landtagsabgeordnete Dr. Mangler, das enfant terrible der Zweiten Kammer, der in der Ueberschrift gemeint ist. Und die Veranlassung ist eine Zuschrift des Leipziger Lehrervereins an die Leipziger Neuesten Nachrichten, worin die Zitiermethode dieses Mannes in wahrhaft klassischer Weise demonstriert wird. Dr. Mangler hat wiederholt gegen die Lehrer die Bemerkung fallen lassen, es seien Gründe vorhanden, „die ein Mißtrauen gegen die nationale Gesinnung eines Teils der Lehrer rechtfertigen“. Mit diesem Teile der Lehrer meinte Dr. Mangler diejenigen Kreise, die sich in der Leipziger Lehrereitung äußern. Der Vorwurf richtet sich also im allgemeinen gegen den Leipziger Lehrerverein. Wenn dieser sich gegen den Vorwurf, die nationale Gesinnung seiner Mitglieder gebe zu Mißtrauen Anlaß, wendet, kann das für uns natürlich kein Grund sein, uns mit der Sache zu beschäftigen. Dies ist lediglich die Art, wie Herr Dr. Mangler dazu kommt, die nationale Gesinnung eines Teils der Lehrer zu verdächtigen.

Im Juli 1910 brachte der Kultusminister Dr. Beck auf der Bezirksschulinspektorenkonferenz aus dem amtlichen Berichte eine Bezirkschulinspektors eine angeblich der Lehrereitschaft entnommene Stelle zur Verlesung, die lautete: „Noch sind wir nicht so weit wie in der Schweiz, wo sozialistische Lehrervereine ungestört leben können, wo das Staatsbewußtsein ausgeprägtermaßen sozialistische Lehrer duldet. Aber der Frühling naht mit Brausen usw.“ In der

amtlichen Leipziger Zeitung vom 11. Juli 1910 teilte der betreffende Bezirksschulinspektor berichtend mit, daß seine Worte in seinem Jahresberichte „nicht dem Zusammenhang des Artikels entsprechen“. In der Zuschrift des Leipziger Lehrervereins heißt es nun:

Am 7. Dezember 1911 kam der Abgeordnete Dr. Seyfert in der Zweiten Kammer auf diesen Bericht zurück und wies nach, daß er falsch war. Der Satz: Der Frühling naht mit Brausen, folgt erst auf eine längere Ausführung über die Straßburger Lehrervereinigung und bezieht sich auf den durch die gegenwärtige geistige Bewegung in Deutschland hervorgerufenen Aufschwung des Schulwesens. Trotz dieser Richtigstellungen blieb es Herrn Dr. Mangler vorbehalten, dieses falsche Zitat in der Kammer-Sitzung vom 28. November 1912 nochmals hervorzuholen und es nach dem offiziellen Landtagsprotokoll noch ausdrücklich mit den Worten anzukündigen: „Ich habe mir leider die Nummer nicht notiert, ich stelle sie aber jedem zur Verfügung zum Beweis, daß ich wahr spreche, und ich will Ihnen die Nummer herausgeben, wenn Sie es wünschen.“ Obgleich Herr Dr. Jüpfer unter Zustimmung der Kammer unmittelbar darauf die dritte Richtigstellung vornahm und seiner leiblichen Verbannung Ausdruck gab, daß der Herr Abgeordnete Dr. Mangler solche alle Kamellen, die schon richtiggestellt sind, wiederbringt; obgleich Herr Landtagsabgeordneter Brodauf in einer späteren Sitzung bedauerte, daß die Ausführungen des Herrn Dr. Mangler wohl manchen Seiten Gelegenheit geben werden, die Objektivität des Richterstandes in Zweifel zu ziehen, schenkt sich Herr Dr. Mangler nicht, am 25. Dezember 1912 in den Freiburger Neuesten Nachrichten der Lehrerschaft das falsche Zitat wiederum anzuhängen.

In gleicher Weise wird auch noch in einem zweiten Falle die Zitiermethode Dr. Manglers tiefer gehängt. Wir begnügen uns mit der ausführlicheren Mitteilung des vorstehenden Falles, der Herr Dr. Mangler in bengalischem Lichte erscheinen läßt. Geradezu klassisch ist in diesem Falle die Bemerkung des fortschrittlichen Landtagsabgeordneten und Landrichters Brodauf, die Zitiermethode Dr. Manglers werde manchem Gelegenheit geben, die Objektivität des Richterstandes in Zweifel zu ziehen. Es liegt natürlich nahe, aus der politischen Tätigkeit eines Richters auf seine Tätigkeit als Richter zu schließen; wir wollen aber diesen Gedankengang nicht weiter verfolgen, da wir ja aus dem Prozesse des eben erwähnten Landrichters Brodauf gegen die Chemnitzer Volkstimme wissen, wie gefährlich es ist, die politische Tätigkeit eines Richters zu kritisieren, selbst ohne auf dessen Richtereneigenschaft Bezug zu nehmen. Der Politiker Dr. Mangler und seine Zitiermethode ist jedenfalls durch die Darstellung des Leipziger Lehrervereins in einer Weise gekennzeichnet, die nichts zu wünschen übrig läßt und — der konservativen Partei zu denken geben sollte.

Gegen die Tierquälerei auf den Schlachthöfen.

II.

In einem besonderen Kapitel werden die verschiedenen Schlachthöfen auf die Verwendbarkeit des Fleisches begutachtet. Das Fleisch wird um so besser, je reiner die Ausblutung statgefunden hat. Dies ist aber nur der Fall bei vorhergegangener sicherer Betäubung. Die Praxis hat gezeigt, daß durch den ruhigen Übergang bei der Betäubung und Abblutung des Tieres das Fleisch wertvoller wird und haltbarer bleibt, als wenn die Tiere im höchsten Stadium der Aufregung und Anstrengung abgetötet werden. In diesem Kapitel wird es auch als ein besonderer Nachteil des Schächters nachgewiesen, daß dabei der Schluß mit durchschnitten wird, und da die Tiere nach dem Schlitze sehr häufig erbrechen, verunreinigt der Mageninhalt das aufzunehmende Blut, wodurch es unbrauchbar gemacht wird. Durch das Fleischbeschaugesetz ist es auch verboten, solches Blut zu verwenden. Dadurch ist aber das Blut der Schächtere dem menschlichen Genuß entzogen, obgleich es an sich einen hohen Nährwert hat. Klein kommt zu dem Ergebnis, daß das Schächten nicht, wie man früher annahm, hygienisch und gewerbliche Vorteile, sondern Nachteile namentlich in wirtschaftlicher Beziehung mit sich bringt.

Aus den weiteren Angaben der Kleinschen Schrift ersieht man, welche bunte Mannigfaltigkeit die verschiedenen Verordnungen in der Zulassung der Schlachttiere aufweisen. In der Hauptsache sind Schlachttiere in Anwendung, die mehr oder weniger mit Tierquälerei verbunden sind. Das Interessanteste aber ist, daß es Schlachthöfe gibt, auf denen fast alles Schlachttiere geschächtet wird. So z. B. in Aurich und Emden; in Eschwege werden 98 Proz. Grosvieh gleich 1100 Stück bei nur 600 jüdischen Einwohnern geschächtet. In Mülhausen t. E. werden alle für das Militär geschlachteten Tiere geschächtet! Das sind nur einige Angaben von vielen.

Zum Schluß tritt der Verfasser warnend für einheitliche Bestimmungen in der Schlachttiere und die Beaufsichtigung der Durchführung dieser Bestimmungen ein. Auf die Frage, woran es liegt, daß trotz der vielen Mißstände in den öffentlichen und privaten Schlachthäusern die Tierquälereien leicht auf ein verächtliches Maß zurückgebrängt werden könnten, antwortet Direktor Klein, das habe sein Grund darin, daß die heute noch nicht gelöste Schächterfrage mit der Frage der einheitlichen Gesetzgebung der Schlachttiere verknüpft werde. Im Reichstage war es das Zentrum, das bei Beratung der Strafgesetznovelle einen Antrag einbrachte, wonach landesrechtliche Bestimmungen, die in die rituellen Vorschriften einer Religionsgemeinschaft über das Schächten der Tiere eingreifen, unzulässig sein sollen. Durch eine solche Bestimmung würde das Schächten geradezu rechtsgeleitet abgeschafft worden sein. Als der Antrag in der dritten Lesung eine Mehrheit fand, zog die Regierung ihre Novelle zurück. Wenn heute im Reichstage die Frage einer einheitlichen Schlachttier wieder angeschnitten werden sollte, würde zweifellos das Zentrum wieder mit seinem Antrage kommen und dadurch das Schächten rechtsgeleitet gesichert werden. Klein spricht sich deshalb für einheitliche Polizeivorschriften, bei denen unter Ausschluß der Schächtere unzählige Tierquälereien beseitigt werden könnten, aus. Das Schächten solle dabei aber nur insofern zugelassen werden, daß der Bedarf der jüdischen Mitbürger gedeckt werde. Weiter müsse liberall vorgeschrieben werden, daß das Schächten, wie in Sachsen, nur in Schlachthäusern vorgenommen werden dürfe. Die Hauptsache aber werde die Einführung einer sach- und sachgemäßen Aufsicht sein.

Das Ergebnis der Kleinschen Ausführungen ist also, daß alle Schlachttiere, bei denen der Blutentzug nicht eine sichere Verbildung vorhergeht, mehr oder weniger mit Tierquälereien verbunden sind. Es müßten also alle Schlachttiere, die keine schmerzlose Tötung der Tiere ermöglichen, verboten werden. Dazu gehört auch das Schächten. Diesen Ausführungen können wir uns nur anschließen, und wir können deshalb ebenfalls nur unter lebhaftem Bedauern darüber aussprechen, daß durch das Zentrum die einheitliche Regelung der Frage verhindert wird, und zwar aus religiösen Gründen.

Zur Fleischsteuerung.

Der Das Stadiverordnetenkollegium zu Dresden hatte im November vorigen Jahres den Rat ersucht, Erörterungen darüber anzustellen, ob sich durch eine Ermäßigung der Schlachthofgebühren eine Verbilligung des Fleisches erzielen lasse. Ferner hatte man den Rat gebeten, sein besonderes Augenmerk auf die das Fleisch verteuernenden Manipulationen des Zwischenhändlers (mehrfacher Verkauf des Viehes kurz vor Eröffnung des Marktes, Ueberfütterung des Viehes kurz vor der

Schlachtung zwecks Steigerung des Lebendgewichts usw.) zu richten. Der Rat teilte nun mit, daß der Schlachthofauschuss Bedenken trage gegen eine Ermäßigung der Schlachthofgebühren, da sie nicht geeignet sei, einen Druck auf die Fleischpreise auszuüben, wohl aber würde sie das finanzielle Ergebnis des Schlachthofbetriebes ungünstig beeinflussen. Die Schlachthofgebühren übten nur einen unbedeutenden Einfluss auf die Gestaltung der Fleischpreise aus; sie verteuerten das Fleisch im Durchschnitt pro Kilo nur um etwa 4 Pf. Der Rat lehnte deshalb eine Ermäßigung der Schlachthofgebühren ab, versicherte jedoch, daß er bereits mit aller Energie gegen die Mißstände, die sich hinsichtlich des Zwischenhandels auf dem Schlachthof herausgebildet hätten, einschreite. Der Verwaltungsausschuss beantragte, von dem Ratsschreiben zunächst Kenntnis zu nehmen.

In der Debatte erklärte der liberale Stadtverordnete Syndikus Dr. März, sich überzeugt zu haben, daß durch eine Ermäßigung der Schlachthofgebühren keine Verbilligung des Fleisches eintreten könne. Man werde also künstlich auf andere Maßnahmen sein Augenmerk richten müssen. Er empfahl weiter, eine Konferenz der beteiligten Kreise einzuberufen, die sich damit beschäftigen solle, wie dem vollständig unberechtigten Zwischenhandel am erfolgreichsten entgegenzutreten werden könne, und teilte mit, daß das Ministerium des Innern für das ganze Land eine Verordnung erlassen wolle, die die Fütterung der Tiere auf den Schlachthöfen einheitlich regle. Von unseren Genossen wurde an den Rat die Frage gerichtet, ob es richtig sei, daß die Zahl der Verkaufsstellen für eingeführtes dänisches Fleisch kleiner geworden und ob eingeführtes ausländisches, aber minderwertiges Fleisch den Fleischern zu einem billigeren Preise zwecks Verarbeitung zur Wurst überlassen worden sei, ohne diese anzuhalten, diese Wurstwaren zu einem billigeren Preise an die ärmere Bevölkerung abzugeben. Stadtrat Müller versuchte der Antwort auszuweichen, als ihm dies aber nicht gelang, behauptete er unter lebhaftem Widerspruch der äußersten Linken, die Nachfrage nach dänischem Fleisch habe nachgelassen. Auch gelangte das Fleisch meist nicht an die Adresse der Leute, für die es bestimmt sei. (Zuruf: Um so schlimmer!) Was die Verwendung minderwertigen Fleisches zur Wurst anlangt, so könne der Rat deswegen noch nicht noch eine besondere Bekanntmachung erlassen. Die armen Leute würden sich auch bedanken, zu solchen Fleischern zu gehen und dort Wurst zu kaufen. Der Stadtverordnete Ledersührer, ein privatisierender Fleischermischer, bejammerte den Zwischenhandel als Schmerzenskind aller Schlachthöfe, schlug sich aber zu der Feststellung, daß die Schlachthofgebühren das Fleisch nicht verteuern, beziehungsweise aus. Das Ausschussgutachten wurde darauf angenommen.

Unglaublich!

Die sächsische Eisenbahnverwaltung hat sich schon immer bemüht, die sozialdemokratische Propaganda von ihren Angestellten fernzuhalten. Jetzt wird aber der Dresdner Volkszeitung ein Verstoß mitgeteilt, der alles auf diesem Gebiete bisher Dagewesene in den Schatten stellen dürfte. Wohnt da ein Arbeiter bei einem unteren Bahnbeamten in Afermiete. Der Untermieter liest schon so lange er dort wohnt die Dresdner Volkszeitung, die ihm in die Wohnung zugeheftet wird. Jetzt teilte ihm nun sein Logiswirt, der Bahnbeamte, mit, daß er auf Welsung seiner vorgezeichneten Weisung die böse rote Blatt nicht mehr in die Wohnung bringen lassen dürfe! Das ist denn doch der Gipfel der Gesinnungslosigkeit und Sozialistenfurcht! Der Fall soll übrigens auf die Denunziation eines im selben Hause wohnenden Kollegen des Beamten zurückzuführen sein.

Mißlungener Ablehnungsversuch.

Die Konstatierung der Tatsache, daß der Generalfeldmarschall v. d. Goltz auf dem Kommerz des Vereins deutscher Studenten den Wunsch ausgedrückt hat: „Wenn nur einmal losginge!“ ist der alldeutschen Presse sichtlich unangenehm. Man versucht deshalb, dieser Auslassung einen anderen Sinn zu unterlegen. So schreiben die Berliner Neuesten Nachrichten: „v. d. Goltz sagte, seine Teilnahme an den letzten Seemannsdörfern habe in ihm beinahe den Wunsch geweckt: „Wenn nur einmal losginge, damit dieser glänzende Organismus sich bewahren könne.“ Das ist Wortklauberei, durch die die Sehnsucht des Herrn von der Goltz nach einem baldigen Kriege nicht weggestrichen werden kann.

Zwickau. Die Hausbesitzer haben die Mieter vielfach als Neufahrgruß mit bedauernden Mietssteigerungen begrüßt. Und ein wie rücksichtsloses Vorgehen der bestehende Klein-

wohnungsmangel den Hauspächter haben gestiftet, geht aus Welsungen hervor, wo es die Vermieter nicht einmal bei einer einfachen Steigerung benennen ließen. Sobald ein Mieter in der Erregung über die wiederholte Steigerung sich zur Kündigung verhalten lieh, begrüßte der Hauswirt dies und bot die bereits gestiegene Wohnung mit einem weiteren Aufschlag von einem oder mehreren Goldstücken aus mit dem Erfolg, nach einigen Stunden die Wohnung wieder vermietet zu haben. Derartige rücksichtslose Mietssteigerungen sind natürlich nur möglich bei großem Wohnungsmangel, wie er hier herrscht. Die Hausbesitzer werden die Mietssteigerungen mit der vom 1. Januar ab in Kraft tretenden Erhöhung des Wasserpreises zu begründen suchen. Dadurch wird jedoch die Öffentlichkeit getäuscht. Auf eine Anfrage des Genossen „reclamer im Stadtverordnetenkollegium, wie hoch sich eigentlich die Belastung eines mittleren Wohnhauses stelle, erklärte Oberbürgermeister Dr. Reil, für ein Haus mit 150 Einheiten würde sich die Mehrbelastung auf circa 24 Mk. im Jahre belaufen, was ungefähr einem Betrag von 2 bis 3 Mk. pro Logis entsprechen würde. Dabei muß aber noch in Berücksichtigung gezogen werden, daß die Stadtverordneten gleichzeitig mit der Wasserpreisverhöhung auch eine Entlastung der Hausbesitzer beschlossen haben insofern, als in Zukunft die früher von den Besitzern zu bestreitenden Unkosten für Reinigung, Reparatur und Ertrag von Wassermeßern auf Stadtkosten übernommen werden. Die ganz unhaltbar gewordenen Zustände drängen eben darauf hin, daß sich die Stadt endlich mit der Kleinwohnungfrage befaßt und Mittel zur Abhilfe der Wohnungsnot ergreift.

Selenau. Der Bezirksausschuss in Annaberg hat einen Antrag zum hiesigen Ortsgericht genehmigt. Danach sind am 1. d. M. abgestempelte, gleichfarbige, undurchsichtige Kupferis, die auch gleiche Größe haben müssen, einzuführen, sowie Isoliertegellen, in denen der Wähler unbeachtet den Stimmzettel in das Kuvert stecken kann, zu schaffen.

Schma. Der Stadtgemeinderat hat kürzlich die Einführung der Öffentlichkeit in den Sitzungen des Gemeinderates beschlossen. Der Bezirksausschuss zu Annaberg hat den Antrag zum Ortsgericht genehmigt.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In dem dreifachen Vergiftungsfall in der Familie des Postboten Starke in Feldenaubel Pirna wird berichtet: Da es als ausgeschlossen zu betrachten ist, daß durch Einwirkung von dritter Seite der Tod der drei Personen herbeigeführt worden ist, und da somit für die Staatsanwaltschaft auch kein Grund vorliegt, die Sache weiter zu verfolgen, ist die Sektion der Leichen abgelehnt worden. So viel hat bisher die Untersuchung ergeben, daß sich in den Kaffee- und Milchresten kein Gift gefunden hat. Daraus geht hervor, daß das Gift genommen wurde vor dem Genuß des Kaffees. Daß es sich um einen Selbstmord handelt, wird immer wahrscheinlicher und wird auch bewiesen dadurch, daß alle drei Leichen nebeneinander lagen. — In der Vergiftungsangelegenheit, die sich in dem zum Rittergut Halbenborn bei Cunewalde gehörigen Försterhäuschen abgespielt, wird noch gemeldet: Durch die Staatsanwaltschaft Baugen wurde am Ort und Stelle eine Untersuchung vorgenommen. Diese sowie die Sektion ergaben, daß von einer Vergiftung der Familie durch Hentschel oder durch verdorbene Speisen, wie Hentschel selbst vermutete, höchstwahrscheinlich nicht die Rede sein kann. Vermutlich handelt es sich um eine durch einen schadhastigen Ofen entstandene Kohlenoxydgasvergiftung. Die angeordnete Untersuchung des Blutes der beiden Leichen wird darüber Gewißheit verschaffen. Der Invalide Hentschel wurde seines kranken Zustandes wegen nach Baugen in das Stadtkrankenhaus gebracht. Nach einer andern Mitteilung wurde Hentschel unter dem Verdacht, die Vergiftung verurteilt zu haben, in das Baugener Gefängnis eingeliefert. — In Dresden wurde die fünf Jahre alte Tochter des Arbeiters Parysch in der Wohnung glücklich verbrannt als Leiche aufgefunden. Sie war allein in der Wohnung zurückgelassen worden und mit ihren Kleidern dem glühenden Kachelofen zu nahe gekommen. — Den Tod durch Verbrennen erlitt in Chemnitz die 14 Jahre alte Ernestine Ludwig. Das Mädchen stieg mit ihren Kleidern unvorsichtigerweise einen Spirituslocher um. Die Kleider gerieten in Brand und das Mädchen erlitt so schwere Brandwunden, daß es im Krankenhaus starb. — Aus unbekannter Ursache hat sich in Dresden das 1801 geborene Handmädchen Vina Wilhan die Kehle durchgeschnitten. Es erlag seiner Verletzung. — Auf dem Alt-Schmiedgäßchen waren mehrere Arbeiter damit beschäftigt, von einem Eisenbahnwagen Bretter abzuladen. Infolge eines Schwindelanfalls fiel der 50 Jahre alte Handarbeiter Reiter vom Wagen. Er schlug mit dem Kopf so heftig auf den Erdboden auf, daß er einen schweren Schädel-

bruch davontrug, der in wenigen Minuten den Tod herbeiführte. — In Mühlhausen bei Adorf sammelten sich auf dem Eise des Teichs eine Anzahl Schulkinder, als plötzlich ein Schuß fiel. Der 7jährige Sohn Ludwig des Brunnemeisters Emil Schick wurde schwer getroffen zusammen. In die elterliche Wohnung gebracht, starb der Knabe. Der unglückliche Schütze ist der 19jährige Koch Erich Börgel, der aus Unvorsichtigkeit das schwere Unglück verschuldet hat. Er hatte aus dem Keller des elterlichen Gasthofs, der sich in etwa 50 Meter Entfernung von dem Teich befindet, den Schuß abgegeben, angeblich nach Späßen. Die Kinder hat er vom Kellerfenster aus gar nicht gesehen.

Aus den Nachbargebieten.

Die unpolitischen Kriegervereine.

Der Militärverein in Themar (Sachsen-Reinigen) fandte an einen ihm als Mitglied angehörenden Arbeiter, der es wagte, sich gewerkschaftlich zu organisieren, folgendes Schreiben:

Ihnen zur Mitteilung, daß Sie laut Versammlungsbeschluß vom 5. Januar 1913 wegen „sozialdemokratischer Umtriebe“ (1) aus dem Militärverein Themar ausgeschlossen worden sind.

Wer also einem Kriegerverein angehört, hat nicht nur „patriotische Gesinnung“ zu zeigen, sondern man verwehrt es ihm auch, sich einer Gewerkschaft anzuschließen, die für eine materielle Verbesserung seiner Lebenslage eintritt. Deshalb gibt es für einen Klassenbewußten Arbeiter hierin nur eine Parole: „Heraus aus dem Kriegerverein!“

Halle a. S. Als im August die Fleischnot in verschiedenen Orten des teuren Vaterlandes verlebendete Proletarier zum Essen des Fleisches verendeter Tiere trieb, berichtete das Volksblatt auch über einen ähnlichen Fall aus Döbeln, wo bei einem Gelegenheitsfleischer im Keller von der Polizei Fleisch eines verendeten Kindes gefunden sein sollte und der Verdacht bestand, daß die fehlenden Fleischteile als menschliche Nahrung verwendet worden waren. Unser Parteiblatt kritisierte daran eine Kritik, durch die sich der Gelegenheitsfleischer verschleierte, obgleich dieser gar nicht genannt worden war. Das Schöffengericht erkannte gegen den Genossen Rasparel auf 200 Mk. Geldstrafe.

Altenburg. Durch ein größeres Schandensfeuer wurden die Zigarrenfabrikationsräume und das Tabaklager der Firma Gebroder Gleitsmann in Orlamünde eingeeigert. Viel wertvoller Tabak ist mitverbrannt. Eine große Anzahl Arbeiter ist arbeitslos geworden. Es soll Brandstiftung vorliegen.

Deffau. Auf der Straße von Klefen nach Köhla ereignete sich ein schweres Automobilunglück. In der scharfen Kurve am Wege nach Luto stürzte das im laufenden Tempo fahrende, mit 6 Personen besetzte Automobil um. Alle Insassen kamen unter das Auto, das total zertrümmert wurde. Ein Fräulein Behrens aus Hamburg erlitt schwere Verletzungen und wurde hierher transportiert; die anderen Reisenden blieben unverletzt.

Aus der Jugendbewegung.

Beiträge zur preussischen Volkseultur.

In Essen wird die organisierte Arbeiterjugend hart verfolgt. Gleich zwei Strafmandate erhielt der Kreisvertrauensmann der Freien Arbeiterjugend des Essener Kreises, der Genosse Rabbich. Einmal, weil er eine öffentliche Jugendversammlung abgehalten und dann, weil er ein „politisches“ Jugendfest veranstaltet haben soll. Die Genossin Gumprecht wurde ebenfalls mit einem Strafmandat bedacht, da sie auf dem Jugendfest rezitiert und als Leiterin des Festes die Teilnehmer aufgefordert hatte, sich zu Ehren der Opfer der Arbeit auf der Redde Lothringen von ihren Plätzen zu erheben. Dadurch sollte das Fest den Charakter einer politischen Kundgebung erhalten haben, an der Jugendliche unter 18 Jahren nicht teilnehmen dürfen! — Auf die beantragte richterliche Entscheidung hin hat jetzt das Essener Schöffengericht den Genossen Rabbich einmal mit je 30 Mk. und die Genossin Gumprecht mit 10 Mk. Geldstrafe belegt. Für den Genossen Rabbich fiel „erschwerend“ ins Gewicht, daß er wegen „gleicher Delikte“ schon mehrfach verurteilt ist.

Die Arbeitereltern sollten diese Volkseultur-Scandalosa ihren herauswachsenden Söhnen und Töchtern einbringlich zur Kenntnis bringen. Sie bieten drastisches Anschauungsmaterial zur Beleuchtung der preussisch-deutschen Volkseulturs im allgemeinen und der offiziellen „Jugendpflege“ im besondern.

Grosser Inventur-Ausverkauf

Die Preise sind teilweise noch billiger wie in meinem Radikalverkauf

KRAWATTEN

Ein Posten **Binder, Schließen u. Regattes** durchweg Stck. 10
 Ein Posten **schmale Binder**, Seide, durchweg . . . Stck. 25
 Ein Posten **breite Binder**, Seide, einfarbig und gemustert
 8 Stück 1.00 1 Stück 35
Regattes u. Schließen, Seide, für Steh- u. Umlegekragen
 8 Stück 1.00 1 Stück 35
Regattes u. Schließen, schwarz, Seide jetzt Stück 50 u. 35
Elegante seidene Binder und Regattes, Wert bis 1.25
 jetzt 8 Stück 1.40 1 Stück 50
Neueste seid. Muster in jeder Form 8 Stück 2.10 1 Stück 75
 Ein Posten **schwere Seiden-Binder** Wert bis 3.50
 jetzt 1.90 1.65 1.35

SERVITURS UND GARNITUREN

Serviturs, weiss, Piquéfalt jetzt 55
Spezial-Genre: Seiden-Batist, Serviturs weich jetzt 75
Garnituren, Servit. weich, mit Mansch., helle Dess. jetzt 95 75
Garnituren, Waschseide, neue elegante Muster jetzt 1.35

Ein Posten **elegante Nachthemden**, regulärer Wert bedeutend höher jetzt 4.90 3.90 und 2.90

OBERHEMDEN

Ein Restposten, farbig, mit u. ohne Manschetten früher 2.90 bis 3.90 jetzt 1.95
 Weiss, mit farb. Streif. u. klein. Effekten, m. fest. u. los. Manschett, streng modern jetzt Stück 2.90
 Ia. Qualitäten in neuest. Dessins, m. fest. u. m. los. Mansch., Ersatz-Mansch. jetzt Stück 4.90 u. 3.90
 Weiss, Piqué-Falt. u. weich Seidenbat., hocheleg. u. dauerhaft mit Mansch. 4.90 ohne Mansch. 3.90

Waschseide mit fest. u. 1 Paar Ersatz-Mansch. oder mit losen Manschett. jetzt 4.65

HERREN-KRAGEN

Stehkragen ganz geschlossen 35 3 Stück 1.00
 4fach . . . Stück
Stehkragen angebogen, 4fach 35 3 Stück 1.00
 Stück
Umlegekragen 4fach . . . Stück 35 3 Stück 1.00
Amerikanische Form Stück 50 1/2 Dtzd. 2.90



1/2 Dutzend Mk. 2.90 3 Stück Mk. 1.00
MANSCHEITEN. 4fach . Paar 45 3 Paar 1.20
 Leinend. Paar 55 3 Paar 1.50

DAMEN-HANDSCHUHE

1 Posten div. lange und kurze **Handschuhe** zum Aussuchen, durchweg Paar 10
Ringwood, warm, gestr., farbig, weiss 85 65 25
Trikot mit Futter, Leder imitiert und Seide Paar 85 und 65
 Lange seidene **Fingerhandschuhe**, weiss und schwarz-weiss 1.45 und 1.10
 Lange seidene **Halbhandschuhe**, weiss und schwarz 85 und 65
 Lange **Halb- und Fingerhandschuhe** jetzt 85 65 45 und 25

HERREN-HANDSCHUHE

Ringwoods, warm gestrickt, bunt, weiss jetzt Paar 1.25 u. 85
Trikot, warm gefüttert, farbig, 1 Druckkn., jetzt Paar 85 u. 75
Ullster-Handschuhe, warm und elegant jetzt Paar 1.45

HERREN-SOCKEN

Nahtlos, schwarz, braun, macco jetzt 8 Paar 70 Paar 25
Vigogne, nahtlos, nicht einlaufend jetzt 8 Paar 1.00 Paar 35
Vigogne, Ia. wollgemischt jetzt 8 Paar 1.25 Paar 45
Reine Wolle, gew., nahtl., schw., farb. jetzt 8 Paar 1.80 Paar 65
Reine Wolle, stark gestr. u. Kamelhaar jetzt 8 Paar 2.70 Paar 95
„Seide“ in all. Farb., verstärkte Sohle jetzt 8 Paar 2.70 Paar 95

DAMEN-STRÜMPFE

mit gesticktem Seidenzwickel Paar 45
Reine Wolle, englisch lang, nahtlos Paar 85
Schleier-Flor, 4fache Sohle und Rand Paar 95
Seide in allen Farben jetzt Paar 1.35

Ein Posten **Florstrümpfe**, div. Qualität, englisch lang, repassiert 3 Paar 1.—, Paar 35

UNTERZEUGE

1 Posten **Normalhemden**, wollgemischt jetzt 1.95
 1 Posten **Normalhosen**, gute Qual., jetzt 1.95
Gesundheitswäsche: Jacken jetzt 1.35
 weiss, Macco **Beinkleider** jetzt 1.65
 1 Restposten **farbige Garnituren** statt 3.75, jetzt 1.90

Annäh-Füsse nahtlos jetzt 6 Paar 95
 reine Wolle jetzt 2 Paar 95



Der grosse Erfolg unseres

Inventur-Räumungs-Verkaufs

rechtfertigt die gewaltigen Ermässigungen ohne Rücksicht auf den früheren Preis.

Abteilung A:

Streng moderne Herren- und Knaben-Konfektion aus letzter Saison.

Winter-Paletots, englische Ulster, Bozener und Auto-Mäntel, Pelermäntel, Herren-Jackett-Anzüge, Gehrock-, Smoking- und Frack-Anzüge, Beinkleider, Fantasie- und Ball-Westen, sämtliche Konfektion für Jünglinge und Schüler, Konfirmanden-Anzüge, Hochaparte Kinder-Anzüge, Knaben- und Burschen-Hosen.

Ferner: Herren-Winter-Joppen, Burschen- und Knaben-Winter-Joppen, Haus- und Sport-Joppen, Sport-Anzüge, Havelocks, Kragen- und Hohenzollern-Mäntel, Jünglinge- und Knaben-Paletots, Kinder-Paletots und Pyjacks, Jagdwesten, Strickwesten, Hüte.

Für Kostümfeste: Tiroler Kostüme und Gebirgstrachten! Auch einz. Teile: Joppen, Lederhosen, Träger, Hüte etc.
Strand-, Tennis- und Sportkleidung bis 40% Rabatt!

Für Anfertigung nach Mass tritt während der Vorsaison gleichfalls eine bedeutende Ermässigung ein. — Muster umgehend. — Fernsprecher 4202.

Grösstes Spezial-Modenhaus

Gebr. Rockmann

L.-Reudnitz
Dresdner Str. 73-75

Inh. Gottfr. Kühne
Strassenbahn-Haltestelle: Reudnitzer Depot (Fahrzeit 7 Minuten vom Augustusplatz)

Enormer Preissturz!

Vollständige Räumung des Lagers!

Rabatt 15%

Rabatt 20%

Rabatt 15%

Abteilung B:

Vorjährige und ältere Bestände.

Ganz aussergewöhnlich billige Angebote, nur solange Vorrat vorhanden.

Grosse Posten	Paletots	Jetzt nur Serie		
		I	II	III
Grosse Posten Herren-Anzüge	Mk. 9.20	14.60	21.50	
Grosse Posten Herren-Beinkleider	Mk. 1.65	3.75	5.40	
Grosse Posten Herren-Frühl.-Paletots	Mk. 6.40	12.80	18.70	
Grosse Posten Fantasie- u. Ballwesten	Mk. 1.40	2.80	4.20	
Grosse Posten Herren-Winter-Joppen	Mk. 3.90	5.20	9.80	
Grosse Posten elegante Knaben-Paletots und Ulster (für 9-16 Jahre) Inventurpreis Mk.		6.70		
Grosse Posten dunkelblaue Knaben-Pyjacks (für 2-8 Jahre) Inventurpreis von Mk.		2.40		

Sämtliche letztjährigen Sommer- und Wasch-Garderoben, Lüster- und Leinen-Artikel, Knaben-Wasch-Anzüge usw. **bis 50 Proz. Rabatt**

Wir verkaufen unsere

Rest-Posten

zu herabgesetzten Preisen. [711]

1 Posten Flausch-Morgenröcke	3.95
1 Posten Barchent-Morgenröcke	3.25 und 2.50
1 Posten Kinder-Waschkleider alle Grössen	2.95
1 Posten Russenkittel aus Barchent	0.85
1 Posten Spitzen-Blusen	2.75
1 Posten Seiden-Blusen	3.95
1 Posten Woll-Popeline-Blusen gefüttert	2.50
1 Posten Popeline-Kleider	15.00
1 Posten Kostüme aus Stoffen engl. Art	19.50
1 Posten schwarze Frauenmäntel	18.00
1 Posten Ulster	15.00

Modelle bis 75% unter Preis.

Gebr. Hirschfeld

Spezialhaus für Damen- u. Kinder-Konfektion

Petersstr. 42 Leipzig Petersstr. 42

Sonnabend, den 18. Januar 1913

beginnt mein großer

Inventur-Ausverkauf

Herren- u. Knaben-Garderobe

Hüten, Mützen, Herren-Artikeln usw.

Die Preisherabsetzungen sind ganz bedeutend und betragen teilweise über **50%**

Richard Siebert

Leipzig-Reudnitz
Dresdner Str. 79, pf. u. I. Et.

Leipzig-Stötteritz
Schwarzackerstr. 2, Ecke Papier-
mühlentstraße

Ratenzahlung ohne Preisauflschlag!

Von unten auf

Ein neues Buch der Freiheit

Gesammelt u. gestaltet von
Dr. FRANZ DIEDERICH
Mit 26 künstlerisch bedeutenden
sozialen revolutionären Bildern und
Bildwerken

Preis: 2 Bände gebunden 6 Mark

Gegen wöchentliche Zahlung von 50 Pfg. Bestellungen nehmen unsere Geschäftsstellen und die Austräger der Volkszeitung entgegen.

Leipziger Buchdruckerei A. G.
Abt. Buchhandlung. [10405*



Bernhard Richter
Pegauer Strasse 19
empfeht fein reichhalt. Lager in Schmucksachen
Herrenuhren u. 3 M an
Damenuhren u. 5 M an
Froschwing. u. 17 M an
Ringe in 1000 verschied.
Mustern von 1 M an.
Herren- u. Damen-Uhrketten
in jeder Preislage. 1 M
Gold, Trauringe, P. u. 3 M an.

Kranke welche nach wissenschaftlicher Methode gründlich untersucht und naturgemäss behandelt zu werden wünschen, wollen sich wenden an
M. Müller, Institut Salus
Reitzenhainer Str. 34. Telephon 7718. Sprechzeit: 8-9, 1-3, Sonnt. 9-10, Mittw. u. Sonntags. a. abds. 7-8 Uhr.

Bei Stuhlverstopfung, Haemorrhoiden-
krankheit, infolge schlech. Stuhlg., leichten unangenehmen Dienste, der angereicht mit, aber nachhaltig wirkende „Water Whiskyp“ Wasserreinigungsmittel u. -Wissen 1 St. in Apotheken u. u. Autogen-Kabonatorium Spitzschmiedstr. 20 in Leipzig: Engel, Körner, Carola, Sophia, Hof-Apothek.

Dringliche Reformen

Eine vier Bogen starke Broschüre, worin einige dringliche Reformen der Leipziger Gemeindepolitik behandelt werden, vor allem die dringliche Wahlrechtsreform. Preis 50 Pfg. Zu beziehen durch die
Leipziger Buchdruckerei A. G.

Bitte versuchen Sie unsere
Biskuits, Lebkuchen, Makronen etc.
Leipziger Biskuitfabrik, Lutherstrasse 16 :: Tel. 15283.

Bade- u. Schwimm-Anstalten

Königin Neu eingerichtet: Dampf- u. Lichtbad
Carola-Bad [Dampf- u. Herren- u. jed. Tages Schwimmbad, Schwimm-Unterricht, Dienst. 20-24]
Dufourstr. 14b. Kind. u. 2-011.154, Wannen- u. Kurbad.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 17. Januar.

Geschichtskalender. 17. Januar 1812: Ludwig Windthorst in Osterkappel geboren († 1891). 1893: Friedrich König, Erfinder der Buchdruckerpresse, in Oberzell bei Würzburg gestorben (* 1774). 1910: Der Physiker Friedrich Rohrbach in Würzburg gestorben (* 1840). 1911: Gabriel Löwenstein in Nürnberg gestorben.

Sonnenaufgang: 8,5, Sonnenuntergang 4,16. Monduntergang: 2,34 vorm., Mondaufgang: 11,10 vorm.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 18. Januar. Südwestwinde, wolkig, etwas wärmer, zeitweise Niederschlag, meist Schnee.

Der Umschwung.

Die Veteranenunterstützung durch die Gemeinden wird in der nächsten Zeit die Öffentlichkeit noch vielfach beschäftigen. Dabei wird aber die Reichsregierung wie der patentierte Patriotismus gerade keine rühmliche Rolle spielen; sind sie es doch gerade, die eine vom Reich zu gewöhnliche Veteranenbeihilfe verhindert haben, und zwar mit der für sie beschämenden Ausrede, das Reich habe nicht genügend Mittel dafür. Aber alle von den Gemeinden gewährte Veteranenunterstützung ist nicht nur unzulänglich, sie nimmt auch den Almosencharakter an und demütigt so die Empfänger. Daran ändert auch der Umstand nichts, daß die Unterstützung diesmal mit einer Huldigung für Wilhelm II. verbunden wird, im Gegenteil, gerade dadurch gewinnt die Unterstützung den Wohlthätigkeitscharakter. Nicht weil die Veteranen für die Dienste entschädigt werden sollen, werfen die Städte die Unterstützung aus, sondern weil Wilhelm II. in dieser Form geehrt werden soll. Die lustigsten Vorkämpfer macht aber jetzt der Rat und das Leipziger Tageblatt. Nachdem die Bürgerchaft durch das Vorgehen der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion erst erfahren hat, was los ist, kommt der Rat und läßt Stellen aus seiner Vorlage im Tageblatt abdrucken, worin er erklärt, „daß er glaubte, im Sinne der gesamten Bürgerchaft zu handeln, wenn er das Regierungsjubiläum des Kaisers zum Anlaß nimmt, weitere Mittel für die Unterstützung der Kriegsveteranen zur Verfügung zu stellen“.

Herr Tobias sagte sogar, daß die Vorlage deshalb geheim behandelt werden sollte, damit die andern Städte nicht erfahren, welche Summe Leipzig auswirft. Die Nachrichten aber weisen Herrn Tobias mit seiner Geheimnistuerei ab und bringen einen Leitartikel mit der Ueberschrift: Leipzig voran! Wie könnte Leipzig den andern Städten vorangehen, wenn die Vorlage hinter verschlossenen Türen verhandelt worden wäre? Die Nachrichten gehen aber so weit, einzugehen, daß den Gründen, aus denen die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion die Vorlage ablehnte, ein inneres „Recht“ nicht fehle. Dagegen glaubte sich der alte neue Richterfater des neuen liberalen Tageblatts bei seinem Brotgeber mit einem hanebüchernen Schwindel über die Sozialdemokratie anbieten zu müssen.

„Daß die Sozialdemokraten bei allen Vorlagen wegen der Veteranenunterstützung grundsätzlich Opposition machen, ist bekannt, daß die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion die ersten städtischen Veteranenunterstützungen bewilligt hat, dann aber die späteren Unterstützungen ablehnte, als bekannt wurde, daß die Reichsregierung sich der Pflicht durch Umwälzung auf die Gemeinden entzog. Bekannt ist, daß die Sozialdemokratie grundsätzlich für die Veteranenunterstützung ist und daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion entsprechende Anträge im Reichstage gestellt hat. Nur der Tageblattschmod braucht das nicht zu wissen. Es geht doch nichts über die Bestimmungstüchtigkeit.“

Schweineerei in einer Bäckerei.

Schon vor einiger Zeit haben wir über Unsauberkeiten in Leipziger Bäckereien berichtet, von denen die Öffentlichkeit erst etwas erfuhr, wenn sich die in den Betrieben beschäftigten Gesellen mit den Bäckerinhabern vor dem Gewerbegericht stritten. Durch einen solchen Streit wurden jetzt wieder geradezu haarsträubende Schweineereien aus einer Bäckerei bekannt. Vor dem Gewerbegericht der Amtshauptmannschaft Leipzig klagte der Bäckermeister M. gegen den Bäckermeister Conrad Lehner in Wahren, Königsstraße 70. Er forderte Entschädigung in Höhe von 28,94 Mk., weil er von dem Meister geblödt beleidigt und daher gezwungen worden sei, die Stellung sofort aufzugeben. Der Geselle hatte angeblich seinen Weihnachtserlass unterschrieben, daher waren Geselle und Meister in Streit geraten, in dessen Verlauf der Meister den Gesellen einen Lumpenjungen genannt und ihn mit Schlägen bedroht haben soll. Der Meister bestritt, diese Aeußerung getan zu haben, er habe den Gesellen nur Vorwürfe gemacht, weil dieser bei der Arbeit nicht sauber gewesen sei. Der Geselle habe den bei der Wärgung über den Badtrug herausgelaufenen Teig wieder zusammengegrafft und in den Trug getan. Dieser Vorwurf der Unsauberkeit war dem Gesellen mächtig in die Nase gefahren, deshalb fiel er dem Meister ins Wort, er solle nur nicht über Sauberkeit reden, er wisse doch die Geschichte mit der Maus. In dem Streite kam dann heraus, daß bei dem Bäckermeister einmal im Teige eine tote Maus gefunden wurde. Der Meister ließ diesen Teig trotzdem verarbeiten, die daraus hergestellten Backwaren wurden auch verkauft. Der Meister versuchte nun, die Schuld auf die „faulen Gesellen“ zu schieben, die trotz seiner Anweisung das Mehl vor der Verarbeitung nicht sieben. Uebrigens sei der Kläger immer so schmutzig und zerissen gekleidet gewesen, daß die im Hause des Bäckers wohnenden Leute gedroht hätten, sie würden nichts mehr bei ihm kaufen, solange der Geselle dort beschäftigt werde. Nun spielte der Geselle einen noch stärkeren Trumpf aus. Bei dem Meister sei es überhaupt schmutzig, und wenn der Meister sage, er (der Geselle) sei zu faul das Mehl zu sieben, so wolle er nur antworten, daß bei dem Meister in den 28 Wochen, in denen er dort beschäftigt war, das Mehl überhaupt nicht gesiebt, sondern mit allen Unsauberkeiten verarbeitet worden sei. Wenn das Mehl in den Säcken klumpig war, dann wurden die Säcke in die Badstube gelegt und mit den Füßen darauf herumgetreten. Das alles habe der Meister gewußt. Er habe auch gewußt, daß das Mehl nie gesiebt wurde, obwohl Einrichtungen zum Sieben in der Badstube vorhanden seien. Der Meister habe selbst dabei gestanden, wie das Mehl aus den Säcken direkt in den Badtrug geschüttet wurde. Auch das Kost- und Logiswesen erfuhr bei diesem Streite eine scharfe Beleuchtung. Die Weiten seien schmutzig, meinte der Geselle, worauf der Meister antwortete: weil Sie sich ungewaschen mit allem Mehlstaub am Körper ins Bett legen. Man kann mit Verhältnig-

baraus schließen, welche Schweineereien sich aus einem solchen Zustand ergeben; denn wenn es möglich ist, daß ein Geselle von der Arbeit weg ungewaschen zu Bett geht, dann ist es auch sehr leicht möglich, daß er vom Bett weg ungewaschen zur Arbeit geht. Das alles wäre so gut wie ausgeschlossen, wenn er nicht beim Meister in Kost und Logis wäre. Lehner gehört zu den Meistern, die sich heftig gegen die Abschaffung des Kost- und Logiswesens stränden, er hat sich auch stets geweigert, den Tarif der Bäckerorganisation anzuerkennen. Man kann aus vorliegendem Beispiele ersehen, daß der Kampf der Bäckerstellen um die Vereinfachung des Kost- und Logiswesens zugleich ein Kampf um die Reinlichkeit in den Bäckereien ist und es fällt ein recht bezeichnendes Licht auf die Bäder, die sich dagegen wehren. Man sieht auch, daß es gar keine Gewähr auf Sauberkeit bietet, wenn in einer Werkstelle die erforderlichen Einrichtungen vorhanden sind, denn auch beim Bäckermeister Lehner waren die Einrichtungen zum Sieben vorhanden, sie wurden aber nie angewendet. Dabei ist diese Bäckerei ein mittlerer Betrieb, mit drei oder vier Gesellen; Herr Lehner läßt seine Produkte mit einem Auto in Leipzig ausfahren. Der Streit vor dem Gewerbegericht wurde vertagt, weil erst noch Zeugen in der Sache gehört werden sollten. Der Geselle sagte, die Zeugen, die ich benenne, können auch über die Schweineereien in der Werkstelle ausfragen. Zum zweiten Termin erschien von den streitenden Parteien niemand, der Meister hatte es vorgezogen, die geforderte Summe zu bezahlen. Es hat den Anschein, als habe sich die Bäckerinnung ins Mittel gesetzt und den Meister zur Zahlung veranlaßt. Möglich ist aber auch, daß dem Meister vor den anderen Zeugenaussagen geglaubt hat und daß er deshalb gezahlt hat.

Schädigungen durch den Sport.

Im Verein für Volkshygiene hielt Dr. Jaeger einen Vortrag über die Schädigungen, die durch die Ausübung des Sports eintreten können. Die Bestrebungen nach den höchsten Sportleistungen zielen noch nicht die schädlichsten, weil solche Leute sorgfältige Vorbereitungen und Ausrüstungen haben. Die Ausschleibung der zeretzten Stoffe aus dem Körper werde durch körperliche Arbeit gefördert. Es sei falsch, anzunehmen, daß derjenige, der viel geistige Arbeit leiste, zum Ausgleich auch viel körperliche Arbeit verrichten müsse. Dies räche sich. Es können bei Ueberreizungen Schädigungen namentlich für Lunge, Herz und Nieren und andere Organe eintreten, auch dadurch, daß der Körper schädliche Stoffe aufnimmt. Der Körper muß auf seine Ernährung hin angesehen werden, schlecht Ernährte, wie viele Volkshygiener, dürfen zu Sportleistungen nur mäßig herangezogen werden.

Nur vor großen körperlichen Leistungen darf man keine schwer verdaulichen Speisen, wie Eiweiß (Fleisch) essen. Bei nur kurzen Warkspausen, während deren der Darm keine Zeit zur Verdauung schwerer Speisen hat, soll man nur leichte Speisen essen. Auch es ist nicht gut, gleich nach großen Leistungen Eiweiß zu essen, da man die Zeit abwarten soll, wo das Blut wieder mehr nach der Mitte des Körpers zurückgegangen sei, denn der Verdauungsapparat braucht das Blut. Ueberübungen verlangsamen den Verdauungsprozeß, darum soll man nach großen Mahlzeiten keine großen körperlichen Leistungen unternehmen. Wer diese Vorschriften nicht beachtet, bei dem seien Schädigungen der Darmtätigkeit wahrzunehmen. Es sei aber auch nicht richtig, den Körper bei großen Leistungen gänzlich ohne Nahrung zu lassen, weil dadurch wiederum der Darm an der Arbeit gehindert würde. Um Störungen zu vermeiden, soll man bei der Teilung von Sport nicht mehr Eiweiß zu sich nehmen, als gewöhnlich. Man kann nach sportlichen Leistungen Alkohol zu sich nehmen. Bier und Wein sind vorzuziehen Getränke, aber nur in sehr geringen Mengen. Die Jugend soll gar keinen Alkohol genießen.

Die Atmung wird durch den Sport günstig beeinflusst. Wer aber bei starken Übungen nicht mehr durch die Nase atmen kann, der darf keinen Sport treiben, weil sonst die Gefahr besteht, daß schädliche Bestandteile in die Luftröhre gelangen. Bei den Damen haben sich die Reformkleider durchaus nicht als praktisch erwiesen, weil sie die Atmung hemmen; die Kleider sollen daher an den Bedengürtel geknüpft werden.

Bei anhaltenden Geräuschbelastungen und beim Ringen wird die Lungenentzündung gefördert; dadurch kann Lungenverwässerung hervorgerufen werden. Beim Radfahren ist eine wenig vornüber geneigte Haltung günstig, aber bei weit vornüber geneigter Haltung ist keine gute Atmung mehr möglich. Die Wettkämpfe sind besonders für schlecht Ernährte schädlich. Nach großen körperlichen Leistungen soll die Atmung in 15 Minuten wieder normal sein, wenn dies nicht der Fall ist, sollen solche Übungen nicht wieder gemacht werden, denn der Betroffene ist dann zu weit gegangen. Das Rauchen ist zu unterlassen, weil es der Lunge schädlich ist, Lungenkrankheiten sollen Sport nur nach ärztlicher Vorschrift treiben. Die Wettkämpfe sind außerordentlich gefährlich, weil die Teilnehmer über ihre Kraft hinausgehen. Schwere Schädigungen führt das Radfahren gegen den Wind herbei. Vorsichtig müssen auch Skitourne sein. Sie sollen nur auf ärztlichen Rat Sport treiben. Nervenanfälligen können durch Ueberübungen gehelbt werden, weil die Nerven lernen, die übrigen Organe zu beherrschen. Indessen müssen kranke Sporttreibende Personen immer unter ärztlicher Aufsicht stehen, da Schädigungen dadurch eintreten, daß sie Ermüdungen zu spät bemerken, was beim Gesunden nicht der Fall ist. Herrätend wirken Sportveranstaltungen wie das letzte Sechstagerennen, deren Teilnehmer sich dadurch zu höchsten Leistungen befähigen, daß sie Säfte wie Koffein und Strichnün zu sich nehmen, um ihre Müdigkeit zu bekämpfen. In Luft- und Lichtbädern wird viel Nutzen getrieben, weil sich die Menschen dort zu lange aufhalten, so daß Eiweißausscheidungen und andere Schädigungen eintreten. Ein etwas problematischer Gesundheitslehrling ist der folgende: Die Unfallgefahr ist nicht so groß, wie vielfach angenommen wird. Aber der Mensch muß sich Gefahren aussetzen, damit er tüchtig wird, ihnen zu begegnen.

Internationale Bauausstellung in Leipzig. Die Beser der Leipziger Volkszeitung sind unterrichtet, daß die bremische Bürgerchaft vor kurzem einen Antrag des Senats ablehnte, daß Bremen sich mit Modellen und Plänen seiner Bauwerke an der Städtebauausstellung in Leipzig beteiligen und auch einige Baubeamte zur Besichtigung entsenden solle. Sang- und Klanglos, ohne Debatte und einstimmig entschied die Bürgerchaft in diesem Sinne. Es war eine Demonstration, ein deutliches Mißtrauensvotum wegen verschiedener baulicher Verfehlungen: Ein Weiser-Schleusenbau war zusammengeschlagen, eine im Bau begriffene Volkshaus zeigte große Risse. Der Senat ist aber hartnäckig, ihm war das Verhalten der Bürgerchaft noch nicht verständlich genug; er kam mit der Vorlage wieder an die Bürgerchaft; dieselben Pläne und Modelle sollten ausgestellt werden, bis auf den Plan des Weiser-Schleusenbaues; dieser sollte nicht hingedrückt werden, eben weil der Bau zusammengeschlagen und mit ihm gerade kein Staat zu machen ist. Doch der Senat erllt am letzten Mittwoch eine zweite Niederlage; die Vorlage wurde abermals abgelehnt. Diesmal freilich nicht ohne Debatte und nicht einstimmig. Die sozialdemokratische Fraktion ließ kurz erklären, daß sie zwar den Wert von Ausstellungen schätze, aber doch die Vorlage ablehne: als Demonstration gegen die Baubehörde, dann aber besonders auch deshalb, weil der bremische Staat zu solchen Ausstellungen niemals Arbeiter entsende. Zwei Senatskommissare und ein Mitglied der Bürgerchaft, das gleichzeitig Syndikus der bremischen Handelskammer ist, verfluchten vergebens, die Vorlage zu retten; nur einige wenige Vertreter der Gelehrten- und der Kaufmannsklasse stimmten für die Vorlage. Was wird der Senat nun tun?

In einer unangenehmen Situation ist er schon deshalb, weil er, wie er in der Begründung der Vorlage der Bürgerchaft mitteilte, dem Ausstellungskomitee schon zugestimmt habe, daß sich Bremen an der Ausstellung beteiligen werde. Hamburg und Lübeck werden vertreten sein, Bremen nicht! Die bremische Baubehörde und der Senat haben den von der Bürgerchaft zweimal erteilten Beschlüssen wirklich verblüht. Uebrigens verlaniet, daß zum 1. April drei leitende Baubeamte des bremischen Staatsdienstes um ihre Pensionierung einkommen wollen.

Für Kongressveranstalter. Die Leitung der Internationalen Bauausstellung schreibt uns, daß sie beabsichtigt, ihre Kongresssäle und sonstigen Räume den in diesem Jahre in Leipzig stattfindenden Kongressen kostenlos zur Verfügung zu stellen. Es dürfte sich für die hiesigen in Frage kommenden Ortsgruppen und Ausschüsse empfehlen, die Termine der Tagungen im Einverständnis mit den Gesamtvorkänden baldigt festzusetzen und die Belagung der Säle vorzunehmen. Auf diese Weise könnte den jeweiligen Wünschen am besten entsprochen werden. Für die Kongressteilnehmer werden kurzfristige Dauerarten ausgegeben.

Veranstaltungen der Jugendvereine vom 17. bis 23. Januar. Allgemeines: Sonntag, nachmittags 8 Uhr, Lichtbildvortrag in der Turnhalle Lindenau, Calovstraße. — Leipzig, Freitag, abends 9 Uhr: Funktionärskongress. Sonntag: Vortrag in Lindenau, Abmarsch 1/3 Uhr. Mittwoch: Vortrag (Arbeiterkämpfe im Anfang der industriellen Entwicklung). Donnerstag: Vortrag (Die Dichtergeneration Das junge Deutschland). — K. G. Freitag, Sonntag: Besuch des Lichtbildvortrags in Lindenau. Donnerstag: Vortrag. — L. G. Freitag, Sonntag: Lichtbildvortrag in der Lindenauer Turnhalle. Abmarsch nachmittags 8 Uhr. Donnerstag: Vortrag. — L. Kleinischer. Sonntag: Allgemeine Veranstaltung. Donnerstag: Vortrag (Die Entwicklung der Jugendbewegung). — Nordbezirk. Montag: Unterricht in Geschichte im Gohliser Jugendheim. — L. Modern. Sonntag: Lichtbildvortrag in der Lindenauer Turnhalle. Abmarsch 1/3 Uhr. Dienstag: Arbeitsstunde. Donnerstag: Diskussionsabend. — L. D. Sonntag: Beteiligung am Vortrag in Lindenau. Sammeln um 2 Uhr auf dem Volksmarsdorfer Markt. Mittwoch: Rezitationsabend. — L. Wagner-Lindenau-Schleswig. Sonntag: Lichtbildvortrag in der Turnhalle. Montag: Spielabend für Genosseninnen. Scharberkursus. Mittwoch: Vortrag für die Oberstufe (Funktionen der Staatsgewalt und Wesen der Staatsverfassung). — L. Stöcker. Sonntag: Lichtbildvortrag in der Lindenauer Turnhalle. Abmarsch 8 Uhr. Abends im Vereinslokal. Mittwoch, abends 1/9 Uhr: Vesperabend. — L. S. Sonntag: Beteiligung am Lichtbildvortrag in Lindenau. Abmarsch 8 Uhr vom Landhaus. Mittwoch: Vesperabend. — L. S. Sonntag: Allgemeine Veranstaltung in der Lindenauer Turnhalle. Abmarsch 1/3 Uhr. Donnerstag, abends 1/9 Uhr: Diskussionsabend. — L. Thonberg. Sonntag: Besuch des Lichtbildvortrags in der Lindenauer Turnhalle. Abmarsch 1/3 Uhr vom Dkplatz. — Böhlisch-Chrenberg. Sonntag: Museumsbesuch. Mittwoch: Vortrag. — Brandis. Sonntag: Spiel- und Vesperabend. Freitag: Turn- und Spielabend. — Großhischer. Sonntag: Gefelliges Beisammensein. Anfang 8 Uhr. Donnerstag: Probeabend zur Christbescherung. — Holzhausen-Judelhausen. Sonntag: Lichtbildvortrag in der Turnhalle Lindenau. Abmarsch 2 Uhr. Donnerstag: Vesperabend. — Leusch. Sonntag: Lichtbildvortrag in der Lindenauer Turnhalle. Abmarsch 1/4 Uhr vom Vereinslokal. Donnerstag: Vortrag. — Liebertsdorfer. Sonntag: Gefelliges Beisammensein. — Markran. Sonntag: Ausflug nach Lindenau. Abmarsch 2 Uhr vom Vereinslokal. Mittwoch: Vortrag über Erziehung und Bildung der Arbeiterjugend. — Modau-Heßla. Sonntag: Vereinschristbescherung. Dienstag: Vortrag. — Deßsch-Gaußsch. Sonntag: Vortrag über J. G. Seume. — Paunsdorf. Sonntag: Gefelliges Beisammensein. Mittwoch: Vortrag über Seumes Leben. — Schönefeld. Sonntag: Vortrag für die Leipziger Jugendvereine in der Lindenauer Turnhalle. Mittwoch: Vortrag. — Taucha und Umgegend. Sonntag: Besuch des Museums. Donnerstag: Spielabend. — Wahren. Sonntag, 3 Uhr: Abmarsch zum Vortrag in der Lindenauer Turnhalle. Mittwoch: Halbjahrsgeneralversammlung. — Zwenkau. Freitag: Diskussionsabend.

Die Theatervorstellung — Hauptmanns Weber — findet am Sonntag, den 23. Februar, früh 11 Uhr, statt.

Der Herr Staatssekretär.

Daß jetzt Herr Delbrück wie ein Landsknecht kocht, Daß er durch Mädchen aller Art verführt, Vom Kern die Blide lüthig abzulenken, Daß er sich fragt: „Was fällt den Leuten ein? Warum senkt man gerade mich hinein?“ Wer will dem armen Teufel das verdienen?

Wenn solch ein Blatt es auf den Schreibtisch weht, So schiere's und wenig, wer darunter steht. Was sollen da entwürfelte Traben? Nur wie die „Vormacht“ mit dem Reiche spielt, Nur darauf war der Angriff abgeleitet — Und Delbrück hat den Klumpfuß ausbaden. R. L.

Polizeinachrichten.

Abhanden gekommener Hund. Entlaufen oder gestohlen worden ist einem Schankwirt in Neuschönefeld ein wertvoller schwarzer Dobermann-Müde mit 2 gelben Flecken über den Augen. Er hüt auf den Namen Lord und hat Maulkorb sowie mit Metallplatten beschlagenes Lederhalsband, an dem die Steuermarkte 12538/1 hing, getragen.

Gewarnt wird vor einem Einmissetrieb, der sich unter irgend einem Vorwande Eintritt in Familienwohnungen verschafft und dort in einem unbeobachteten Augenblick Diebstahl. Der Gauner ist etwa 56 Jahre alt, 1,55 bis 1,60 Meter groß, unterlegt, ha graumelkerten Schnurrbart und fast weißes Haupthaar. Er soll südlischen Dialekt sprechen.

Diebstahl. Gestohlen wurde aus dem Vorführraum eines hiesigen Lichtspielhauses eine Kondensatorlampe mit der Firmenbezeichnung Raupold u. Bräuner.

In einem Restaurant der inneren Stadt ist einer Dame ein Stola aus Sealsiam, die mit Seide abgefüttert war und an jeden Ende einen Schwefel hatte, abhanden gekommen. Wahrscheinlich ist sie gestohlen worden. Vor Ankauf wird gewarnt.

Verhaftungen. In Haft genommen wurde ein 32 Jahre alter Handlungsgehilfe aus Wlter-Waltersdorf, der sich seit ungefähr drei Jahren in hiesigen größeren Geschäften Kupfer und andere Metalle auf unehrliche Weise angeeignet hat. Der unredliche Angestellte hat das gestohlene Gut an einen hiesigen Rohproduktenhändler verkauft, der wegen Fehlerlei zur Verantwortung gezogen werden wird.

In Haft kamen im Laufe des gestrigen Tages ein 33 Jahre alter Kontorist aus Wagedburg, der sich hier Betrüchlichkeiten zu schulden kommen lassen hat, drei von der hiesigen Staatsanwaltschaft gefaschte Personen und ein galizischer Arbeiter, der einer Arbeitskollektion bestohlen hatte. Es wurde weiter aufgegriffen ein aus dem Freigestift entwischener Fürsorgezögling, der außerhail Leipziger Diebereien verübt hat.

Aus der Umgebung.

Gaugsch. Gemeinderats-Sitzung vom 10. Januar. Der Gemeindevorstand begrüßt die Vertreter zur ersten Sitzung im neuen Jahre, besonders die neugewählten Herren Darnisch und Pfleger. Er drückt den Wunsch aus, daß bei den Beratungen die persönlichen Interessen vor denen der Allgemeinheit zurücktreten mögen. Unter Mitteilungen wird bekanntgegeben, daß der dritte Schulmann, Herr V. Böner aus Mittweida, seinen Dienst angetreten hat. Weiter wird Kenntnis genommen von einer Einladung des Gemeinderats zur Generalversammlung der Feuerwehr, sowie von einer vorgenommenen Nahrungsmittelkontrolle, die ohne Beanstandung verlaufen ist. Von dem Vertreter Herrn A. Leube war eine Interpellation eingegangen, worin Ansuchen verlangt wurde über die Unterlagen, die bei Anstellung der Wählerlisten zur Gemeinderatswahl gebildet haben. Es ging im Orte das Gerücht um, daß bei der letzten Wahl, namentlich in der 2. Klasse der Anwesenden, mehrere Nichtstimmige gewählt hätten. Da in dieser Klasse das Resultat auf des Messers Schneide stand, würde eine eventuelle Neuwahl schließlich ein anderes Ergebnis zeitigen. Der Vorstand berichtet, daß als Unterlagen die alten Wählerlisten unter Zuhilfenahme der Weidellisten, in denen jeder selbst seine Staatsangehörigkeit angibt, gebildet haben. Ein Verfahren, das anderwärts auch üblich sei. Es wird beschlossen, das alte Verfahren beizubehalten. In den Wahlausschüssen zur Vorbereitung der Neuwahlen werden gewählt die Herren Darnisch, Seidel, A. Leube, Genosse Merisch und der Vorstand. Der Umbau verschiedener Straßen, die die Gemeinde von den Reedischen Erben übernommen hat, soll bis Ende 1913 möglichst erledigt sein; die Steinarbeiten wurden dem Herrn E. Bognadt, die Mauerarbeiten Herrn Baummeister Hempel übertragen. Der Punkt Verschmelzungsdangelegenheit wird auf die nächste Sitzung vertagt, da der Gemeinderat nicht vollzählig ist. Es wird hierzu nur ein von Leuch eingegangenes Schreiben verlesen, worin der Gemeinderat von Leuch seine Bereitwilligkeit erklärt, auf die von Gaugsch gemachten Vorschläge einzugehen; nur ersucht er zunächst den Gemeinderat von Gaugsch um Auskunft über die Gründung eines eigenen Wasserwerks und die an verschiedenen Orte gerichtete Anfrage wegen Abnahme von Wasser. Zur Neuwahl des Schulvorstandes stellte Genosse Bauer den Antrag, denselben auf 10 Mitglieder zu erhöhen, und außerdem einen Vertreter als Vertreter zuzulassen. Der Gemeinderat hält sich nicht für zuständig, eine solche Änderung vorzunehmen. Es wird darauf ein Antrag unserer Genossen angenommen, das Protokoll über diesen Punkt dem Schulvorstand zu überweisen, worin zum Ausdruck kommt, daß der Gemeinderat die Zulassung eines Vertreters in den Schulvorstand im Interesse der Schule und der Kinder für wünschenswert hält, sowie die Erweiterung desselben dem Ermessen des Schulvorstandes anheim gibt. Ein Antrag A. Leube, jeder Klasse eine Vertretung im Schulvorstand einzuräumen, fand Annahme. Es wurde beschlossen, aus der 1. Klasse 2, jeder andern Klasse einen Vertreter und den Gemeindevorstand in den Schulvorstand zu entsenden. Die hierauf vorgenommene Wahl hatte folgendes Ergebnis: 1. Klasse: die Herren Hanemann, Darnisch, Darnisch, 2. Klasse: A. Leube, 3. Klasse: Luise, 4. Klasse (nach zwei Wahlgängen): Genosse Bauer und in der 5. Klasse: Genosse Pfleger. Es ziehen somit in diesem Jahre fünf Vertreter neu in den Schulvorstand ein; die Anwesenden, sowie die 3. Klasse der Anwesenden, die bisher ohne Vertretung waren, haben nunmehr solche erlangt. Als Vertrauensmann für die land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft wird Herr A. Mühlberg, als Ersatzmann Herr J. Mohland gewählt. Von einer Sparcassenrevision wird Kenntnis genommen. Ein hiesiges Grundstück wird mit 11 000 Mk. an zweiter Stelle beliehen. Wegen Beanspruchung ausländischer Forderungen lag von der Amtshauptmannschaft eine Mitteilung vor, wonach das Ministerium dagegen keine Bedenken hege. Der Vorstand hatte sich um Auskunft an die Stadt Leipzig, sowie an die hiesigen Fleischmeister gewandt. Diese lehnten sämtlich den Verkauf ab, weil das Fleisch angeblich von schlechter Qualität und zu fett sei. Auch betrüge die Verbilligung nur 8-10 Pf. pro Pfund. Dem widersprachen unsere Vertreter und stellten den Antrag, den Verkauf durch die Gemeinde zu übernehmen. Hierbei stellten sich aber Schwierigkeiten heraus, die nicht unbeachtlich sind. Es wurde deshalb der Vorstand beauftragt, den Verbrauch von Fleisch in der Gemeinde festzustellen, sowie bei verschiedenen Stellen Erkundigungen über die Qualität des Fleisches einzuholen, hierauf nochmals an die Fleischmeister heranzutreten und in nächster Sitzung Bericht zu erstatten. Die Gemeindeführer für 1913 werden dem Führerbesitzer Weich übertragen. Der letzte Punkt, Unterstellung der Gemeinde unter die Sonderverordnungen der neuen Landgemeindeordnung, wurde ebenfalls auf die nächste Sitzung vertagt.

Weglig. Den Lokalkampf, den die Genossen seit Jahren in Ermittlung führen, besteht unverändert fort. Da am Sonntag, den 10. Januar der bürgerliche Gesangverein eine Veranstaltung getroffen hat, sei erneut darauf hingewiesen, daß organisierte Arbeiter dort nichts zu tun haben. Genossen, Arbeiter von Ernst und Umgebung, übt Solidarität. Laßt die Herren vom Biergarten alleine. Nur so können wir das Lokal erobern. Wir stehen kurz vor der Landtagswahl. Es muß alles versucht werden, das Lokal frei zu bekommen.

Klein-Pölig. Am Sonnabend, den 11. Januar, trat der Gemeinderat zum erstenmal in seiner neuen Verfassung zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte der Vorstand die ver-

sammelten Mitglieder und verpflüchtete die beiden Neugewählten. Als Vertreter für die forst- und landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft wurde der Gutbesitzer Frohne und als Ersatzmann der Gutbesitzer Brande bestimmt. Ferner wurde Kenntnis davon genommen, daß seit dem Jahre 1910 der Bedarf der Gemeinde jährlich mit einem erheblichen Defizit abgeschlossen habe. Nachdem die Gemeinderatsrechnung einer sachlichen Prüfung unterzogen worden war, wurde der Haushaltsplan für das Jahr 1913 mit seiner spezialisierten Zusammenstellung und unter Berücksichtigung der hohen Schullasten, die sich um rund 800 Mk. für die Gemeinde Klein-Pölig erhöhen, mit rund 7500 Mk. vorgelesen. Zum Schluß gab es noch lebhaftere Auseinandersetzungen wegen den von einigen Einwohnern geforderten Anliegerleistungen, die zwangsweise eingetrieben werden sollen. Die Sache ist deswegen interessant, als die Schöpfer des Ortsgesetzes, auf Grund dessen die Leistungen erfolgen sollen, selbst die Betroffenen sind, aber nicht zahlen wollen.

Gerichtssaal.

Landgericht.

Sparcassenbühlerdiebstahl. Der eine Ingeklagte wollte ein Milchgeschäft, der andre ein Produktionsgeschäft gründen und die Frau des einen wollte dazu das Ihrige tun, und das brachte ihnen schwere Strafen ein, denn sie waren arme Teufel und bestahten einen Nebenmenschen, um ihre hochfliegenden Pläne auszuführen. Der Kaufmann Friedrich Richard Ehardt und der Geschäftsführer Hermann Seidelmann waren auf dem Rittergute Pantersbach bei Naunitz beschäftigt. Sie wußten, daß der im selben Hause wohnende Privatmann Kunath vier Sparcassenbücher besaß und beschloßen, sich diese anzueignen. Zuvor inserierten sie in einer Zeitung die Anfrage, wer Sparcassenbücher besitze. Darauf meldete sich der Agent J. in Leipzig. Nachdem mit diesem Rücksprache genommen war, gingen E. und S. an die Ausführung des Diebstahls, den sie in der Weise vornahmen, daß S. den Kunath außerhalb seiner Wohnung in ein Gespräch zog, währenddessen E. sich in die Wohnung Kunaths begab und die vier Sparcassenbücher über zusammen 10 000 Mk. an sich nahm. Um die Gefahr abzuwenden, daß ein Postzeichen die Spur finde, soll E. Pfeffer in die Stube gestreut haben. S. reiste nun mit den Sparcassenbüchern nach Leipzig und begab sich mit dem Agenten J. zusammen zur Kreditanstalt, um die Bücher in Pfand zu geben. Die Kreditanstalt ließ die Bücher sperren und ließ 8000 Mk. darauf. S. fuhr nun nach Gethain, auf Station Lauterbachstieg E. in den Zug und nun teilten sie die Scheine, wobei S. dem E. noch zwei Tausendmarktscheine von seinem Anteil zur Verwahrung übergab. E. erwartete nun das ersehnte Milchgeschäft in Podelwitz und gab dann seiner Mutter noch 3000 Mk. zum Aufheben. Als er erfuhr, daß der Verdacht des Diebstahls sich auf ihn gelenkt hatte und er seine Verhaftung befürchtete, übergab er den Rest von 1000 Mk. noch einer Fabrikarbeiterin in Taucha zum Aufbewahren. Diese sowohl wie seine Mutter und der Agent J. haben nichts von dem unrechtlchen Erwerb gewußt. In Leipzig hatte sich S. gegenüber dem Agenten und der Bank als Kunath ausgegeben. Frau S. hat sich der Beihilfe zu dem Verbrechen dadurch schuldig gemacht, daß sie einen Brief schrieb und mit „Kunath“ unterzeichnete, um zu erreichen, daß ein an ihren Mann unter diesem falschen Namen nach Leipzig adressierter Brief nach Lauterbach postlagernd dirigiert werde. Endlich hat Ehardt noch die falsche Eintragung eines Mädchens und deren zweier Kinder als seine Frau und seine Kinder bewirken lassen und sich auch dadurch strafbar gemacht. Er war als rückfälliger Dieb zu behandeln und erhielt 2 1/2 Jahre Zuchthaus und 6 Jahre Ehrverlust subditiert; außerdem wurde Vollzeitschlichter für zulässig erklärt. Seidelmann kam mit neun Monaten und 1 Woche Gefängnis, seine Frau, die sich einen Dundermarktschein in einen Mark eingetauscht hatte, mit vier Wochen Gefängnis davon. Die Kreditanstalt hat bei dieser Affäre einen ungefähren Schaden von 1800 Mk. erlitten.

Schöffengericht.

Helratschwindler. Der Gärtner Dähne, der von seiner Frau, einer Kellnerin, getrennt lebt, bandelte mit einem älteren Mädchen, das eine Helratsannonce erlassen hatte, an und verpackte ihr die Ehe. Das Mädchen ließ sich dadurch bewegen, ihm 170 Mk. zu borgen, da er arbeitslos war, obwohl er ihr erzählt hatte, daß er sich ein kleineres Vermögen erpart hätte. Als das Mädchen erfuhr, daß es hintergangen war, stellte es Strafantrag. Der des Betrugs Angeklagte verflüchtete, daß es ihm ernst mit der Helrat gewesen sei, da er geglaubt habe, die Scheidung von seiner Frau leicht durchsetzen zu können, weil diese einen unstilligen Lebenswandel führe. Das Schöffengericht verurteilte ihn zu sechs Wochen Gefängnis.

Soziale Rundschau.

Die ungarische Arbeiterversicherung im Jahre 1911.

Aus Budapest wird uns geschrieben: Die ungarische Landes-Kranken- und Invalidenversicherungskasse, die Hauptstelle der hiesigen Kranken- und Invalidenversicherungskassen, hält soeben ihre Generalversammlung ab, der ein ausführlicher Bericht über den Stand und die Tätigkeit der Kassen im Jahre 1911 vorgelegt wurde. Danach

besitzt die Zentralstelle 182 örtliche Organe, und zwar 97 Ortskassen, 83 Unternehmungs- (Fabriks-) Kassen und 2 Privatkassen. Die Mitgliederzahl betrug in der Krankenunterstützungsabteilung 1120002, in der Invalidenunterstützungsabteilung 850 677. Die meisten Mitglieder gehören den Bezirkskassen an, nämlich 948 399. Die Gesamteinnahmen der Zentralstelle betragen 20852832 Kronen. Die Ausgaben verteilten sich wie folgt:

Krankenunterstützung	10 438 021 Kronen
Wahnerinnenunterstützung	172 875 "
Gebammen	390 814 "
Medikamente	3 981 301 "
Sterbeunterstützung	500 366 "
Krankenhäuser	1 090 503 "
Kuranstalten	905 460 "
Kerze	5 453 197 "
Verwaltungskosten und Verschriebenes	5 426 438 "

Summe 20 257 479 Kronen

Die Zahl der Krankentage betrug 7 240 145. Die Kasse hat mit einem Dreimillionen-Defizit zu kämpfen, weil die Unternehmer mit etwa acht Millionen Kronen Beiträgen, die sie zur Hälfte von den Löhnen der Arbeiter schon abgezogen haben, im Rückstand sind.

Von Nah und Fern.

Folgeschwere Dynamitexplosion.

Wolfsch, 16. Januar. Bei einem Begebau ereignete sich heute vormittag durch Unvorsichtigkeit eines Arbeiters eine Dynamitexplosion. Zwei Arbeiter wurden sofort getötet, sieben weitere Arbeiter schwer verletzt. Von ihnen schweben vier noch in Lebensgefahr. Der schuldige Arbeiter, der eine mit Dynamit gefüllte Büchse in die Nähe eines offenen Feuers gebracht hatte, wurde verhaftet.

Deckeneinsturz im Kino.

Berlin, 17. Januar. In einem Kino stürzte gestern abend kurz vor Schluß der Kindervorstellung der mittlere Teil der Kabine mit lautem Getöse in den Zuschauerraum. In dem Theater waren ungefähr 30 Personen, darunter 20 Kinder, anwesend. Sie kamen mit dem bloßen Schrecken davon. Nur eine Frau erlitt eine leichte Brustquetschung und mußte nach der Unfallstation übergeführt werden.

Die Mordtat im Oberbruch.

Frankfurt a. D., 17. Januar. Sternickel, der seit Dienstag in seiner Zelle angegeschlossen ist, verlangte von seinem Fußfessel befreit zu werden, sonst sage er nichts aus. Seine Helfershelfer blieben bei ihren Auslagen, nur Kersten erweiterte sein Aussage dahin, daß sie alle drei summe Zeugen des Mordes gewesen seien.

25 Grad Kälte.

Sarajewo, 16. Januar. Seit den letzten Tagen der vorigen Woche ist in ganz Bosnien und namentlich in der Herzegowina ein außerordentlich starker Frost aufgetreten, wie er in dieser Stärke seit Jahren nicht zu verzeichnen gewesen ist. In einigen Gegenden der Herzegowina herrscht sogar seit gestern eine Kälte von mehr als 20 Grad Reaumur. Unter der rauhen Witterung haben namentlich die detachierten Truppen sehr zu leiden, doch wurden von der Militärverwaltung alle Vorkehrungen getroffen, um den Soldaten den Aufenthalt im Freien (1) wenigstens nach Möglichkeit erträglich zu machen. Sämtliche Fußtruppen wurden mit warmer Wollwäsche sowie mit wollenen Sweatern beliefert. Die Mäntel werden erst über den wollenen Sweatern getragen. Die berittenen Truppen tragen außer der gewöhnlichen Equipierung noch extra starke Lodenmäntel. Nichtsdestoweniger haben sich in den letzten Tagen mehrere Fälle von Frostbeulen bei Wachtposten ereignet, die aber einen normalen Verlauf nehmen. Am ersten ist der Frost in der Gegend von Mostar, wo gestern eine Kälte von 25 Grad Reaumur herrschte.

Zur gefälligen Beachtung!

Unsere verehrten Leser wollen bei Bezahlung der Leipziger Volkszeitung darauf achten, daß auf der Quittung sowohl der Name oder Stempel des Austrägers, als auch der Name des Abonnenten vermerkt ist. — Bei eventueller Beschwerde über unpünktliche Zustellung, die wir direkt an die Expedition erbitten, wolle man den Namen des Austrägers mit angeben. Die Expedition.

Montag letzter Tag! **Montag letzter Tag!**

Nur noch zwei Tage!

Sonnabend und Montag dauert unser grosser Inventur - Ausverkauf

Keine Hausfrau sollte versäumen sich die ganz enormen Preisvorteile noch zunutze zu machen!

Steigerwald & Kaiser

Lebensfreude.

Von Gustav Wied.

Es sollte Erntefest sein auf Die Kanstrups Hof. Bierzehn Tage vorher hatte Madam Kanstrup ihre Vorbereitungen getroffen. Die besten Borräte des ganzen Hofes hatte sie beiseite geschafft.

— Wo, Deibel, ist der gute Käse hingelommen? fragte der Mann, als er eine strohtrockene Rinde zum Besper erbulden mußte — und die fetten Kackwürst, Sofie? sagte er. — Was ist das für 'n Käseleffen, das du mir vorlegst?

— Die sind fürs Erntefest weggeschickt, Ole. — Höre, Sofie, fuhr der Mann einschmeichelnd fort — wenn ich nur hier diese Habelspäne und dieses rote Häcksel kauen soll (er deutete auf die Käferlinde und etwas gehackte Schafsteule), könnte ich nicht wenigstens 'n Schnaps von dem Johannisbeererum bekommen, du weißt schon?

— Ja, zum Erntefest, Ole. . . Und dann müssen wir zwölf Pfund Weizenmehl und sechs Pfund Puderzucker und vier Pfund Kandis haben! lehrte sie plötzlich los und trug resolut den Krieg hinüber in Feldes Land — und ein Pfund Rosinen und ein Viertel Zitronat und dann Zwetschen zu den Gänsen, wenn Sören morgen mit den Schweinen nach der Stadt fährt. Kaffee und Zucker kriegen wir gestern.

— Sind denn sonst keine Kleinigkeiten? fragte Ole und hieb die Zähne kräftig zusammen, um den Käse zu zerbroschen. — Ja, da sind ja noch Lichte, nicht die Madam — die hätte ich beinahe vergessen! Und dann ein Glas Anchovis!

— Ach was, Anchovis! meinte Ole. — Das Zeug ist ja doch feiner;

— Bei Mittel Hansens Brühen hatten sie neulich Anchovis!

— So, hatten sie sie da! Ja, dann mußt du ihnen natürlich auch die Gattliche vorlegen, hihi! Ist noch mehr?

— Heute nicht, das ich wüßte. . . Wollt ihr Punsch haben?

— Gewiß wollen wir Punsch haben!

— Ja, da ist ja Rum. . . Und dann ist's wohl auch das Beste, daß wir ein paar Pfund von dem Putzucker bekommen?

— Höre, Sofie, ich spiele Konkurs!

— Ach.

— Ja, hol mich der Deibel, ich spiele Konkurs!

— Psui, du mußt du nicht klagen!

— Na, dann gib mir 'n Johannisbeer, hi!

— Da. . . sagte der Madam. Aber sie stand doch auf und holte den Johannisbeer.

Der Saal war mit Tannenlaub ausgeputzt, Tannenlaub mit Ästern und Georginen. Der Saal war auf lange Striche gebunden und als „Gwirlanden“ unter der blaugelblichen Decke angebracht rings um den ganzen Raum. Zwischen den Fenstern an beiden Seiten und der Gartentür waren Lichthalter aufgehängt: krumme Nester, in die Pöcher gehöhrt waren (sie waren schon alt, konnte man sehen, denn es sah Salz darin vom Vorkjahr). Und in der Mitte der Decke hing eine „Krone“, umwunden mit Fasern, Gerste-, Weizen- und Roggenähren. Aber Lichte konnten in der Krone nicht brennen, denn die Decke war zu niedrig.

Unter den Fenstern auf jeder Seite des Raumes stand ein Tisch, rechts ein größerer und links ein kleinerer. Als Tischler hatte man frischgeschasene Beistühle genommen.

Marthe, die Tochter des Hauses, und Johanne, das Dienstmädchen, flogen aus und ein und „hellten auf“.

Marthe, die auf einem großen Hof viele Meilen fort diente, hatte übrigens erst Erlaubnis erhalten nach Hause zu kommen, nachdem Sofie folgenden Brief an ihre Frau geschickt hatte:

Den 24. September 1891.

Frau Dinge.

Entschuldigen Sie daß ich ihnen Schreibe es ist bloß weil Marthe nach Haus geschrieben hat sie kann nicht nach Haus kommen zu unserm Erntefest den 28. September, darum bitte ich Sie vor Ihr ob Sie nicht Erlaubnis kriegen kann auf 8 Tage zu Weisen kürzer kann sie es nicht machen Sie muß denn Freitag Morgen Weisen wenn sie zeitlich genug kommen soll.

Ich hoffe sie sind so freundlich und lassen sie reisen Ich möchte auch hoffen sie sind so gut und geben Ihr 5 Kronen von Ihrem Lohn und Reisen ohne Geld kann sie ja nicht die Reise hier ist ja 14-15 Meilen hier der Es wäre uns sehr unangenehm wenn Marthe nicht dürfte reisen sie ist das einzige Kind

Hoch Erwarte ich ihre Einwilligung

Ergebenst dich

ich mich

Sofie Kanstrup,

Marthes Mutter.

Marthe bekam natürlich sofort Erlaubnis zu reisen. Freitag nacht um zwei war sie nach Haus gekommen. Die war mit dem Federwagen drin gewesen, um sie abzuholen, obwohl der Hof nur eine gute Viertelmeile vom Ort lag. Und so froh war er über den Besuch, daß er bereitwillig seinen Platz in dem großen Ehebett abtrat, „damit die Frauenzimmer sich ausquaffeln konnten“.

Und nun war also Marthe und Johanne damit beschäftigt, das Essen auf die Tische im Saal zu stellen.

— Es muß Platz bleiben für das Ochsenfleisch auf dem großen Tisch in der Mittel! rief Sofie aus dem Brauhaus — den soll Schuhmacher Hansen aufschneiden.

Sie stand und legte Klöße in die Suppe, die im Herdkeßel kochte. Alle Töpfe waren zu klein. Sie war fertig mit den „Kollöthen“, die sie in ihren hohlen, mehlspeiberten Händen gerollt hatte, und war nun bei den „abgestochenen Klößen“, die mit einem Löffel in die Suppe gelegt wurden.

Sie schleppten und schleppten, Marthe und Johanne, daß sie nur so prusteten. Aber Spaß machte es doch.

Die stand mitten im Zimmer unter der „Krone“ und sah dem Aufbeden zu:

— Versucht noch 'mall sagte er und das Wasser ließ ihm im Munde zusammen — so 'ne Federzeiten!

Mit der Suppe sollte angefangen werden. Und dann kam das Ochsenfleisch mit Meerrettichsauce. Und dann gab es Kalbsbraten und Kambraten und drei Gänse, mit Puderzucker bestreut. Und all ihr Eingemachtes hatte Madam Kanstrup herausgegeben: rote und schwarze Johannisbeeren und Stachelbeeren, ganz und in Gelee. Und Quitten gab es und saure und süße Salz- und Pfeffergurken und rote Mören.

— Du mußt dich 'n bißchen 'ranhalten, Sofie, denn nu fangen sie an zu kommen! sagte Ole, er war einen Moment nach der Einfahrt gewesen und hatte den Weg entlanggesehen.

— Jeesel! schrie Sofie.

Und in den Hof rollte der erste Wagen. Es waren die Gäste: Schuhmacher Hansen, Schneider Rasmussen und Tischlermeister Valbrian mit Frauen und Kindern. Sie hatten sich Fuhrmann Bruhns großen Charabank geborgt.

— Gutenag, Gutenag, Kanstrup, hudd, hudd! summte Schuhmacher Hansen, noch bevor der Wagen hielt.

Der Schuhmacher ging auch unter dem Namen: Hummel, wegen dieses Summens: hudd, hudd!

— Gutenag, Hansen. . . Gutenag, Rasmussen. . . Gutenag, Valbrian!

Die ging umher und gab die Flosse und half den Madams und den Kindern 'runter.

Tischler Valbrian war Rutscher. Er sah steif in hohem Zylinder und schwarzen Handschuhen, als ob er eine Leiche kutscherte. Er war Abstinenzler.

Sören, der Knecht, kam im Sonntagsgewand angaloppiert und nahm die Pferde. Erst da stieg Valbrian vom Bod.

— Bitte schön, geht doch 'rein, sagte Ole zu den Mannsleuten — bitte schön!

Die Damen durften für sich selber sorgen.

— Feines Wetter, sagte Schuhmacher Hansen und rieb sich die Hände — prächtige Jahreszeit, hudd, hudd! Weder zu kalt, noch zu warm.

Nun kam Wagen auf Wagen durch die Einfahrt gerollt. Und auch Gäste zu Fuß kamen. Paarweis oder in Gruppen kamen sie von allen Seiten über Feld und Steg gewandert. Alle waren sie in ihren guten Sachen und alle hatten sie frohe, erwartungsvolle Gesichter und Wangen.

Aber Landwirtschaftsbelevé Benediktisen von Staftegaarden kam mit Sporen angeritten.

Die stand im Hof und bot buchstäblich willkommen mit beiden Händen.

— Hier kommen schon Leute heute zusammen! sagte der Gemeinderatsvorsitzer, der dicke Rasmus Nielsen. — Ja, ja, die Ernte ist ja auch gut gewesen!

— Aber die Preise sind schlecht! piff ein kleiner, bleicher Baueremann, ein gestricktes Tuch fünfzehmal um den Hals geschlungen.

— Das sind sie, Mads Pedersen; aber sie wären noch schlechter gewesen, wenns Korn auch schlecht gewesen wäre!

Es war Gedränge in den Stuben. Die Weibskente standen in der Gartenstube und der Schlafkammer aufgestellt, die Mannskente in der Wohnstube und dem Gang.

Sofie bohrte sich von Zeit zu Zeit aus der Küche hinein, um zu begrüßen. Und dann bohrte sie sich wieder zurück.

— Wir können gern essen, Ole! sagte sie das legtemal, als sie drin war.

— Na. Ja, na bitte, Herrschaften, bitte! sagte Ole zu den Männern — kommt rein und nehmt 'n Happen Brot und 'nen Schnaps.

Schuhmacher Hansen hatte sich von selbst in den Saal gefunden, wo er stand und Marthe und Johanne was vorsummte. Schuhmacher Hansen schätzte das Weib sehr.

— Ach, bitte schön, Madam Rasmussen! Bitte schön, Madam Valbrian! Bitte schön doch!

Sofie trieb die Damen in den Speisesaal.

Man setzte sich. Die Männer an den großen Tisch und die Frauen an den kleinen. Die Suppe wurde in großen Tonschüsseln herbeigetragen und jeder schöpfte mit seinem Löffel in seinen Teller. Es lagen Löffel für alle da, Binnlöffel, die vom Kaufmann geliehen waren. Aber ein paar alte Bauern wickelten ihre privaten Holzlöffel aus ihren Taschentüchern und begannen still gleich aus den großen Schüsseln zu luppen. Sie waren ganz braun und blank von langjähriger Gebrauch, die Löffel.

Ole ging herum und goß den Schnaps ein. Man trank allesamt aus demselben Glas. Und nachdem er den Männern eingeschänkt hatte, ging er 'rüber an den Tisch zu den Frauen.

— Ihr sollt auch von dem Most kosten, Frauenzimmer! Das ist gut fürs Zwerchfell.

Und mehrere von den Madams sagten: Danke, danke! und verhafteten den Schnaps.

Aber Tischlermeister Valbrian machte das Zeichen des Kreuzes. Sofie und Marthe und Johanne flogen aus und ein mit leeren und vollen Schüsseln. Der Himmel mochte wissen, wann sie selbst zum Essen kamen!

— Bitte schön, Madam Hansen! Nehmen Sie doch einen einzigen Löffel, Madam Rasmussen!

Sofie war besonders um die Stadtdamen besorgt.

Nun begann Hummel das Meerrettichsauce aufzuschneiden.

— Das ist Fleisch! sagte er und jagte die Gabel in das gelbe, alternde Fett bis ans Pekt — das ist wirklich Knalltauchhut, hudd, hudd!

Die Bauern anstehen und stießen einander in die Seiten: Dört bloß den Schuhmacher! Hansen galt nämlich als ein „Scherzbold“ und konnte infolgedessen nicht den Mund öffnen, ohne daß man lachte.

Das Fleisch wurde von demselben Teller wie die Suppe gegessen.

Und Ole ging wieder mit dem Schnaps.

Die Teller wurden 'rausgetragen und abgewaschen, und man begann mit dem Braten.

— Sind das Enten? fragte der Schuhmacher, als ihm die Gänse zum Ausschneiden hingestellt wurden.

Die Gesellschaft wand sich vor Lachen und Madam Hansen sagte, geschmeichelt über den Erfolg des Mannes:

— Gott, Theobald, wie du dich auch anstellst!

Alle sollten sie von allem kosten, was auf dem Tisch stand; und die Teller wurden bis zum Gulde gefüllt mit Braten, Sauce und Kartoffeln, Eingemachtem, Gurken und roten Mören.

Einige aßen mit den Fingern, die sie nachher am Tuche abtrockneten.

Ole ging immer mit dem Schnaps.

Nun kam der Reisluchen mit Rosinen. Er war draußen in der Küche zerteilt und jeder nahm sein Stück in die Hand und trabserte daran.

Die Stimmung war ziemlich ausgeräumt; man sprach laut, lachte und gestikulerte. Und die alten Bauern mit den Privatlöffeln rülpten still.

Und Ole war wieder mit dem Schnaps da.

— Hudd, hudd! sag Hummel — lang lebe der Traubensaft!

— Danke! sagte Ole und nahm selbst einen Schnaps. — Will keiner mehr Anchen haben, Leute? Bitte schön!

Aber es hatte keiner noch Platz zu mehr.

— Ja, na denn dank schön fürs Essen! sagte Ole; er meinte wohl bekommen's.

Und man stand vom Tisch auf.

Die „Spielekanten“, eine Bioline und eine Klarinette, hatten in der Wohnstube geessen.

Jetzt ging ein Gemurmel durch das junge Volk der Tanz sollte beginnen. Marthe machte schon ein paar Paß draußen in der Speisekammer mit den Gänseln auf einer Tonschüssel.

— Geh du nur 'rein, sagte Sofie — geh du nur 'rein Marthe! Dir stehen doch Hopper in den Beinen!

Marthe sauste in den Saal und räumte sofort die Tische aus. Sechs Freundinnen halfen ihr.

Hinten in der äußersten Ecke hatte man einen Maßhottisch aufgestellt mit einem Wagenkasten darüber. Da sollte auf zwei Stühlen die Musik sitzen. Sie brauchte keine Noten.

Ein paar dienstfertige Frauen halfen Sofie, in der Speisekammer beiseite zu gehen.

— Hudd, hudd! summte Schuhmacher Hansen und steckte den Kopf durch die Tür. — Reste für vierzehn Kindbetten!

Die andern Mannsleute waren 'raus in Scheune und Stall gegangen, um die Wirtschaft zu beschn. Ein paar standen in der Schobereingänge und betrachteten die neun spizen Kornmieten. Tischler Valbrian war unter ihnen. Er hatte wieder den hohen Zylinder auf und sah würdig aus, als ob er einer Leiche attached wäre.

Aber er trank niemals 'was andres als Dännbier, die schwächste Nummer, sagte er.

Pflichtig spielte die Musik im Saal auf, und der dicke Rasmus Nielsen begann mit Schmieb Sörensen drilben im Rufstall zu tanzen.

— Man hat ja doch seine Gastfährigkeit bewahrt! sagte er.

Aber drin im Saal hatte der Landwirtschaftsbelevé von Staftegaarden mit Marthe „losgeleert“. Es war ein Galopp, und die Möde hoben um sie. Sie hatte auf irgendeine wunderliche Weise einen „reinen“ Most anbekommen.

Nun kam Schuhmacher Hansen mit Sofie aus der Küche angestlept.

— Sie sind ja verrückt, Hansen! sagte sie und sträubte sich. Sie hatte die Schürze aufgehoben und Morgenschuhe aus Pflisch an. Aber der Schuhmacher schwang sie im Tanz.

— Hudd, hudd! sagte er dabei. — Sie tanzen wie eine vom Parfett, Madam Kanstrup!

Der Mann meinte wohl vom Ballett.

Mehr und mehr Paare schwangen sich über den Boden dahin. Knecht Sören hatte Johanne gefast, die mit einem Protzford voller Kasselecken herinkam; und nun tanzte sie und Sören und der Anchen mit Galopp.

— Der Kaffee kocht über! brüllt plötzlich Madam Valbrian aus der Küche; und Madam Kanstrup wie Johanne reifen sich los von ihren Kavaliere und stürzen hinaus.

(Schluß folgt.)

Das „Superadditum des Reichthums“.

A. T. So nennt Georg Simmel in seinem Werke Philosophie des Geldes jene zahlreichen, gewissermaßen aus den Imponderabilien des Geldbesitzes erwachsenden sozialen Vorteile und psychologischen Ueberlegenheiten des Reichthens, die weit über den Genuß desjenigen hinausgehen, was er sich für sein Geld an sachlichen Werten beschaffen kann. Der Kaufmann handelt mit dem Reichthens solider und billiger als mit dem Armen; jedermann, auch der nicht von seinem Reichthum profitiert, begegnet ihm zuvorkommender als dem Armen. Die kleinen Bevorzugungen, die dem Benutzer der höheren Eisenbahnklasse eingeräumt werden, das freundlichere Lächeln, mit dem der Kaufmann die teurere Ware verkauft; diese und andre Vorzüge sind eine Art Gratiszugabe, die dem Konsumenten des Willigeren versagt bleibt — versagt bleibt, ohne daß er sich über irgendwelche sachliche Ueberbortellung zu beklagen hätte. Der Reichthens hat eben viel mehr voraus als nur den Genuß eines seiner Lebenskonsumens. „Es schwebt eine ideale Sphäre fragloser Bevorzugung um ihn,“ sagt Simmel.

Es ist, als ob sich diese Bevorzugung auch auf das Gebiet des Moralischen übertrüge. Hat man doch in England die „respectability“ zum selbstverständlichen Attribut der Besizenden gemacht, bezeichnet der populäre Sprachgebrauch doch auch bei uns die wohlhabenden Leute zugleich als die „anständigen“, als „besseres Publikum“, als die „gute Gesellschaft“. Während umgekehrt der Arme behandelt wird, als habe er sich etwas ausshulden kommen lassen; der und jener sagt ihm, wenn er bittet, erzürnt davon, und selbst gutmütige Personen glauben sich zu einer sich von selbst verstehenden Ueberlegenheit über den Armen oder den sozial tiefer stehenden berechtigt. Wenn für die Strahburger Schlossgesellschaft im Jahre 1838 bestimmt wird, der Montagachmittag solle für alle die arbeitsfrei sein, die über acht Kreuzer Lohn hätten, so ward damit den materiell besser Gestellten eine Wohlthat erwiesen, die nach der Logik der Moral gerade den Bedürftigsten hätte zukommen sollen. „Aber zu so perversten Erscheinungen steigert sich mehr als einmal das Superadditum des Reichthums: der praktische Idealismus, etwa äußerlich unbedenklicher wissenschaftlicher Arbeit, wird für gewöhnlich an einem reichen Manne mit größerem Respekt betrachtet, als ethisch hervorragender verehrt, als etwa an einem armseligen Schulmeister.“

Boher dieser Ludiverzins, dieser unverdiente Wertzuwachs (Simmel vergleicht ihn mit dem unearned profit der Bodenrente) des Reichthums?

Er hat, lautet die Antwort, seine Ursache im Wesen des Geldes. Das Geld ist diejenige Bestimmtheit, die eine unbegrenzte Freiheit in der Verwendung zuläßt, im Gegensatz zu allen andern Werten. Das geldliche Vermögen wird von einem Umkreis zahlloser Verwendungsmöglichkeiten umgeben („wie von einem Astraleib, der sich über seinen konkreten Umfang hinausstreckt“): es ist, worauf die Sprache schon ungewandigt hinweist, das reine Können; das Umstandesein, so daß der Vermögliche, der Reichthens, nicht nur durch das wirkt, was er tut, sondern auch durch das, was er tun könnte. Die Möglichkeiten, die der Geldbesitz verleiht, werden eben, wie Simmel es ausdrückt, „psychologisch salbirt“, und sie gerinnen zu dem allgemein empfundenen Eindruck einer nirgendes festumgrenzten Macht, und zwar um so umfangreicher, je beweglicher das Vermögen ist, je leichter es sich jedem Zweck darbietet, das heißt je mehr es Geld, Werkzeug, reines Mittel ist.

Werkzeug, reines Mittel im Sinne beliebiger Verwendung wird das Geld aber erst da, wo es, wie wiederum die Sprache feinfühlig andeutet, in „erschließbarer“ Menge vorhanden, wo es nicht schon von vornherein zur Befriedigung der notwendigsten Lebensbedürfnisse „in Beschlag“ genommen, also „unerwerblich“ ist. Es muß ein Ueberfluß in der Kostenrechnung des Lebens vorhanden sein, damit das Superadditum sich herausstelle — denn erst mit den Ueberflüssen beginnt die endlose Reihe der Verwendungsmöglichkeiten aufzukommen, und erst mit der Unbegrenztheit dieser Möglichkeiten beginnen die dämonischen Zauber der Macht und des Ansehens, die der Reichthum als sein Superadditum verleiht, zu wirken.

Das Uebererschreiten einer gewissen Vermögensgrenze zeitigt nun aber auch rein auf dem Felde des ökonomischen Lebens Vorteile. Simmel leitet sie aus einer Erscheinung her, die er „das Gesetz der konsumtiven Preisbegrenzung“ nennt. Viele Güter sind in solcher Massenhaftigkeit vorhanden, daß sie, um überhaupt abgesetzt zu werden, auch den ärmeren und ärmsten Schichten angeboten werden müssen. Deshalb dürfen derartige Waren nicht teurer sein, als diese Schichten zu zahlen imstande sind; die Zahlungsfähigkeit der mindest zahlungsfähigen Konsumenten begrenzt den Preis gewisser Waren auf ein Minimum. Oder, wie Simmel das umschreibt: eine Ware kann niemals mehr kosten, als die mindestbemittelte soziale Schicht noch bezahlen kann, der sie wegen ihrer Menge noch angeboten werden muß. Diese Preisbegrenzung bedeutet nun für den Wohlhabenden einen Profit: gerade die unentbehrlichsten Güter stehen ihm zu einem weit niedrigeren Preise zur Verfügung, als er dafür erlegen würde, wenn man ihn mehr abverlangte. „Dadurch, daß der Arme die einfachen Lebensmittel kaufen muß, macht er sie für den Reichthens billig.“ Wenn der Reichthens einen verhältnismäßig ebenso großen Teil seiner

Einkommen an die nötigen Bedürfnisse wenden müßte wie der
Arme, so würde er noch immer für Luxuswünsche mehr übrig
behalten — nun aber hat er den zusätzlichen Vorteil, daß er diese
Bedürfnisse, mühen sie auch verfeinert und daher an sich teurer
sein, mit einem relativ viel kleineren Teil seines Einkommens
decken kann. So daß er nun so „billiger lebt“, je höher seine Ein-
kommensbezüge werden, und den Bereich seiner Wahlfreiheit in
der Verwendung des Geldes immer mehr erweitert.

Diese Wahlfreiheit führt nun sehr häufig, wie ein Blick ins
Leben immer bestätigen wird, zu allen möglichen Arten von „Gör-
und Herrlichkeit der Welt“, die nicht so sehr dem selbstgeigenen
Verdienst entspringen, als vielmehr eine sich wie von selbst ein-
stellende Beigabe von „Gut und Geld“ sind. Stimmt man sich
Beispiel auf: wo öffentliche Funktionen nicht besoldet werden,
ist der Erfolg, daß nur wohlhabende Leute führende Stellen be-
kleiden können. So mußte ein englischer oder reichsdeutscher Parla-
mentsmitglied bis vor kurzem ein wohlhabender Mann sein; so
bildet sich in Ländern, die ihre Beamten sehr niedrig bezahlen,
oft eine Art Plutokratie, eine Art Erblichkeit der hohen Ämter in
wenigen Familien heraus. „Während die Unbesoldetheit der
Stellungen das Selbstinteresse von dem Interesse des Dienstes scheit-
ren zu wollen, wird so gerade die Beamtenstellung mit allen
Ehren, Macht und Chancen, die sie bietet, zu einem Kunnz des
Reichtums.“ Hier läßt also das Superadditum des Reichtums auf
den Nachbesitz der führenden Ämter hinaus. „Und mit diesen
ist nun wieder das weitere Superadditum des Ruhms patriotischer
Aufopferung verbunden, der sicher oft verdient ist, aber auch auf
ganz andere als ethische Motive hin dem bloßen Geldbesitz so zu-
sagen auf rein technischen Wege zu Gebote steht.“

Wohl am zutreffendsten beobachtet Stimmt die hier in Rede
stehende Erscheinung nach der rein psychologischen Seite hin. Bei
dem Reichen spielt die Frage nach dem Kostenpunkt eines begehrten
Gegenstands gar keine oder eine doch nur nebensächliche Rolle.
Auf keinen Fall ist bei ihm jede besondere, unvorhergesehene
oder Luxusausgabe mit dem Gedanken der für sie erforderlichen
Geldauswendung verbunden — wie dies bei allen denen der Fall
zu sein pflegt, deren Einkommen für bestimmte Verwendungen
festgelegt ist. „Der Reiche über ein bestimmtes Maß hinaus besitzt,
genannt damit noch den zufälligen Vorteil, es verachten zu
können. Die Lebensführung, die nach dem Geldwert der Dinge
überhaupt nicht zu fragen braucht, hat einen außerordentlichen
ästhetischen Reiz, sie kann sich über Erwerbungen nach nur sachlichen,
ausschließlich von dem Inhalt und der Bedeutung der Objekte
abhängigen Gesichtspunkten entscheiden. Wo also selbst der etwas
weniger Vermittelte denselben Gegenstand kaufen kann, wie der
ganz Reiche, genießt dieser noch das psychologische Superadditum
einer Leichtigkeit, Unmittelbarkeit, Unabhängigkeit des Erwerbs
und des Genusses, die jenseit durch die vor- und mitleidende Geld-
opferfrage getrübt wird.“

Der Georg Stimmt einigermassen kennt, weiß, daß er kein
einseitiger Wahrnehmer und Deuter der Dinge ist, daß er den
Erscheinungen in ihr Doppelaspekt sieht und an ihnen oft auch
mehr als zwei Gesichter aufzudecken vermag. So sucht er in seiner
Philosophie des Geldes überall die Rolle des Geldes in ihren
Kontraströmungen nahe zu bringen, und auch dem zuletzt ge-
schilderten psychologischen Superadditum des Reichtums weiß
er eine schattenhaft dunkle Begleiterscheinung des großen Geld-
besitzes an die Seite zu stellen: die so leicht mit dem mitleidigen
Festbegreifen sich einstellende Abströmung gegen die Besonde-
rheiten und sachlichen Reize der Dinge — die Wasterei. Auch
das freudige Bewußtsein, das Erworbene selbst erworben zu haben,
eine Freude letzten Endes an der persönlichen Kraft, kennt ja der
Reiche nur in geringerer Maße oder gar nicht; denn es ist natür-
lich durchaus nicht dasselbe, wie das Gefühl, eben reich zu sein, das
sich in seinen widerlichsten Formen als Probenbewußtsein ver-
spotten oder hassen.

Sodann aber stellt Stimmt an einer andern Stelle seines Buchs
der Gesamtercheinung des Superadditum des Reichtums ein Gegen-
stück gegenüber, dessen wenigstens Erwähnung getan werden soll.
Wie es hier dem Charakter des Geldes entspricht, daß es unbegrenzte
Möglichkeiten eröffnet, aus deren psychologischen Salbung seinem
Besitzer wie aus verborgenen Quellen ein so bedeutendes und un-
verkündetes Mehr an Geltung, persönlichem Gewicht, moralischer
Einkünfte, ökonomischem Vorteil, psychologischer Lebenserlei-
drung austritt, so entspricht es dort seinem Charakter, daß es
gewissen Werten gegenüber vollständig verloscht, nichtsbedeutend und
ohnmächtig ist: nämlich gegenüber den Persönlichkeitswerten. Alle
Darbietungen persönlicher Natur heischen nach einem Plus, nach
einem „Superadditum“, das ihnen aber gerade aus und mit dem
Gelde nicht zu wachsen kann — nach einem Plus über ihr Geld-
äquivalent hinaus. Der Künstler ist mit dem Geldlohn nicht zu-
frieden gestellt — er will auch Beifall; der Minister verlangt nicht
nur den Gehalt, sondern auch den Dank der Nation; der Lehrer,
der Geistliche nicht nur die Bezüge, sondern auch Pöbel und An-
hänglichkeit; der Schriftsteller nicht nur sein Honorar, sondern auch
Anerkennung; und auch der bessere Kaufmann will nicht nur Geld
für seine Ware, sondern auch, daß der Käufer zufrieden sei. Ja,
es kann die Intonanz zwischen persönlicher Leistung und Geld-
entlohnung so störend empfunden werden, daß die Annahme der
letzteren dem feinfühligsten Menschen fast wie eine Entwürdigung
der ersteren erscheint. So wissen wir von Lord Byron, daß er
Verlegerhonorare nur mit den peinlichsten Empfindungen an-
genommen hat. Gegenüber allen aus dem Innersten der Persön-
lichkeit quellenden Verdiensten kann man eben „seinen Lohn nicht
dabei“ haben. Es besteht zwischen den Werten, in denen sich die
individuelle Persönlichkeit verkörpert, und dem Geldwert eine tief-
gehende und nie ganz aufzuhebende Unangemessenheit, die in ihrer
fortwährenden Gegensätzlichkeit etwas Grauenhaftes an sich hat, aber
dem Leben doch auch wieder einen unerlöschlichen Reiz und Reichtum
verleiht. „Daß die personalen Werte durch das Geld, für das sie
dargestellt werden, gar nicht ausgeglichen werden, kann einerseits
der Grund von unzähligen Ungerechtigkeiten und tragischen Situa-
tionen sein; aber andererseits erhebt sich doch gerade daran das
Bewußtsein von dem Werte des Persönlichen, der Stolz des indi-
viduellen Lebensinhalts, sich durch keine Steigerung bloß quanti-
tativer Werte aufzuwiegen zu lassen.“

Kleines Feuilleton.

Verzehntes Gewandhauskonzert (Generalexprobe). Das
Programm enthält außer einer kleinen Novität: Eisenreigen von
Friedrich Klose, und dem Andante spianato mit der großen Es-Dur-
Polonaise, Opus 22, von Chopin, zwei Werke der französischen
Schule: die Sinfonie fantastique von Berlioz und das Klavier-
konzert in G-Moll, Opus 44, von Camille Saint-Saëns.

Dektor Berlioz, der größte Sinfoniker Frankreichs, war der
erste Komponist, der mit klarem Bewußtsein den Weg betrat, auf
dem die Musik aufhörte, Selbstzweck zu sein, und zur Veranschau-
lichung realer Vorgänge benützt wird; er war der erste Komponist,
der die Programmmusik zu seinem Schaffensprinzip erhob. Ist er
hierin für viele seiner Nachfolger, besonders für Liszt und Richard
Strauß, vorbildlich gewesen, so ist es ferner auch sein unbestrittenes
Verdienst, die Ausdrucksmöglichkeit des Orchesters fast bereichert zu
haben. Er hatte, wie kaum ein Meister vor ihm, die Natur jedes
einzelnen Instruments aufs eingehendste studiert und erzielte durch
die gehörige Ausnutzung der Klangfarbe und durch die aparte Zu-
sammenstellung der Instrumente bis dahin ganz unbekannte Klang-
effekte, und wenn unsre modernen Meister die Orchestertechnik in so
unerhörtem Maße gesteigert haben, so war es Berlioz, der ihnen den
Weg dazu gewiesen hat. Nicht so groß wie auf den Orchesterlag ist
der Einfluß Berlioz auf die Entwicklung der sinfonischen Form
gewesen. Wohl jehet wir ihn da, wo der poetische Gedanke es er-
fordert, die überkommenen Formen durchbrechen; aber sein großer
Nachfolger Franz Liszt ist in dieser Beziehung doch viel weiter ge-
gangen als er und hat mit der Einführung der sinfonischen Dik-
tion als Kunstform sein Vorbild weit hinter sich gelassen. Denn

Berlioz, sagt Reinhard, glaubte im Gegensatz zu Liszt noch an die
Verrechtlichung und Notwendigkeit einer formrechten Gestaltung
seiner nichtmusikalischen Vorwürfe. Nichtmusikalische Vorwürfe sind
es allerdings zum größten Teil, die Berlioz für seine Kon-
schöpfungen gewährt hat, und die bei dem Bekanntwerden seiner
Werke in Deutschland auch den meisten Widerspruch fanden. Es
gibt auch wohl keinen zweiten Komponisten, dessen Werke so innig
mit dem Leben ihres Schöpfers verknüpft sind, wie das bei Berlioz
der Fall ist, und wie das auch seine Sinfonie fantastique lehrt.
Es war im Jahre 1827, als er im Odeon-Theater in Paris der Eng-
länderin Harriet Smithson begegnete. Vergewisserte er sich
Reizung zu gewinnen, und so sah er den klugen Plan, ein großes
Werk zu schaffen, um damit neben ihrer Anerkennung auch zu-
gleich ihre Liebe zu erringen. So entstand die Sinfonie fantastique,
die Episode de la vie d'un artiste, die am 5. Dezember 1828 ihre
Uraufführung erlebte. Dem Werk liegt folgendes Programm zu-
grunde. Ein junger Künstler, in dem wir natürlich den Schöpfer
der Sinfonie selbst zu erblicken haben, nimmt aus Liebesgram
Opium, das ihn aber nicht tötet, sondern in einen Schlaf versetzt,
in welchem ihm die ungeheuerlichsten Traumbilder erscheinen.
Berlioz verwendet in diesem Werke, ebenfalls vorbildlich für die
spätere Zeit, auch eine Art Leitmotiv, von ihm Idee fixe genannt.
Das leidenschaftliche Allegro setzt mit kurzen Fortissimostrichen ein,
denen ein kurzes Pianissimo folgt, und nun erklingt in Flöte und
Violine die Idee fixe, die, wie den ersten Satz, so auch die ganze
Sinfonie beherrscht. Sie verläuft über alle die Gestalt der Gelebten,
die dem Helden der Sinfonie überallhin folgt, sogar bis auf das
Schloß. Denn wenn der unglückliche Träumer im vierten Satz
das Schloß bestiegt, erklingt die Idee fixe ganz verloren in der
G-Marinette. Da laßt aber auch schon das Weib des Helden her-
nieder: ein kurzer heftiger Schlag des ganzen Orchesters, und das
Haupt des Unglücklichen rollt zur Erde. Streift Berlioz schon in
diesem, der Gang zum Nichtsplatz überschreitenden Satz hart die
Grenze des ästhetisch Zulässigen, so wirkt der Schlusssatz direkt ab-
stoßend, so sehr man auch die geniale Behandlung des Orchesters und
die Kühnheit, mit der hier die trasse Walpurgisnachtmusik mit dem
Dies irae verbunden wird, bewundern mag. Ein freundliches Bild
bietet uns der Komponist dagegen im dritten Satz, Szene auf dem
Rande, mit seinen Schmelzelementen und der trefflichen Tonmalerei
am Schluß: das Schwanken zwischen Furcht und Hoffnung drückt
deutlich der Wechsel zwischen F-Moll und F-Dur aus, und das Tre-
molo der drei Pauten zeichnet den fernem Donner mit größter Sinn-
fülligkeit.

Die Aufführung der Sinfonie bietet heute in technischer Be-
ziehung keine besondern Schwierigkeiten mehr, um so mehr aber in
rein musikalischer Hinsicht. Soll das Orchester hier gleichsam die
Rolle eines Rezitators übernehmen, so bedarf es einer scharfen
Präzision im Rhythmus und Ausdruck, eines scharfen Heraus-
melkens des leitenden Gedankens. Bei dem Vortrag des ersten
Satzes vermehrte man das aber einigermassen, und ich kann mich
entsetzen, gerade diesen Satz unter einem andern Dirigenten —
Ramen tun nichts zur Sache — viel eindringlicher gehört zu haben.
Erst gegen den Schluß hin, nach der Fermate, wurde man intensiver
necessit. Der zweite Satz, Auf dem Walde, bot vielen Genuß, ließ
er auch gleich den gehörigen Schwung ein wenig vermissen. Im
dritten Satz zeigte sich wieder die große Kunst Professor Rittschs im
Schaffen romantischer Stimmungen und in dem sicheren Aufbau von
Steigerungen, worin er auch von seinem Orchester in trefflicher
Weise unterstützt wurde. Der Gang nach dem Nichtsplatz wurde ein-
dringlich gegeben. Die Idee fixe klang an der oben erwähnten
Stelle als auf der G-Marinette gelassen sowie als Ausdruck des
poetischen Gedankens fast zu weich, und auch die das Herunterfallen
des Kopfes insulierenden Vagante-Töne konnten wohl etwas
härter genommen werden. Im letzten Satz zeichnete Herr Rittsch
mit den entsprechenden Farben, großen Farben und brachte so auch
das Dämonische, das in diesem Satz steckt, ganz zur Geltung.

Im Traffesten Gegensatz zur Sinfonie stand das zweite Or-
chesterwerk, der Eisenreigen von Friedrich Klose, der an dieser Stelle
zum erstenmal gespielt wurde. Friedrich Klose gehört zu den begab-
testen Mitgliedern des Münchner Kreises, wovon nicht auch bei ihm
nicht selten die glänzende Orchesterkunst den Ideenreichtum und
die Bodenständigkeit der Erfindung überträgt. Der Eisenreigen ist
ein in die berückendsten Farben getauchtes Orchesterstück, dessen
Hauptthema, ein anmutiger Walzer, ebenso wie das Seitenthema
von Steigerungen, worin er auch von seinem Orchester in trefflicher
Weise unterstützt wurde. Der Gang nach dem Nichtsplatz wurde ein-
dringlich gegeben. Die Idee fixe klang an der oben erwähnten
Stelle als auf der G-Marinette gelassen sowie als Ausdruck des
poetischen Gedankens fast zu weich, und auch die das Herunterfallen
des Kopfes insulierenden Vagante-Töne konnten wohl etwas
härter genommen werden. Im letzten Satz zeichnete Herr Rittsch
mit den entsprechenden Farben, großen Farben und brachte so auch
das Dämonische, das in diesem Satz steckt, ganz zur Geltung.

Es ist nicht ganz richtig, Camille Saint-Saëns als einen aus-
gesprochenen französischen Komponisten zu bezeichnen; denn seine
Werke weisen mit ihrem Inhalt doch weit über die blau-weiß-roten
Grenzfälle hinaus. Saint-Saëns gehört zu denjenigen Kompo-
nisten, bei denen sich die Fähigkeit, die bedeutendsten Werte in sich
aufzunehmen, mit der gehörigen Gestaltungskraft vereint, um we-
derum Werke hervorzubringen, die, wenn sie auch den Einfluß
anderer Meister erkennen lassen, doch niemals den Eindruck wirklicher
Nachahmung machen. Dabei besitzt Saint-Saëns ein feines ästhe-
tisches Empfinden, das ihn auch nie die Grenzen des Musikalisch-
Schönen überschreiten läßt, freilich nicht immer zum Vorteil einer
stärkeren, nachhaltigeren Wirkung seiner Musik steht, zeigt auch sein
Säns unter dem Einfluß deutscher Musik steht, zeigt auch sein
viertes, sein G-Moll-Klavierkonzert, in dem wir, wenn auch nur
ganz leise, an Beethoven und selbst an Wagner erinnert werden.
Das Werk zählt neben dem zweiten Konzert zu den besten unter
den fünf, die der Meister geschrieben hat, und zwar insofern
seiner schönen Themen und der alle Vorteile der Technik des Instru-
ments ausnützendem Behandlung des Klaviers ebenso, wie namentlich
auch infolge der wirklich ganz ausgezeichneten Behandlung des
Orchesters, dessen Satz oft einen sinfonischen Charakter annimmt.
Gespielt wurde das Konzert von Herrn Alfred Cortot, einem
Künstler, der in seinem Spiel alle Vorzüge der französischen Schule
vereint. Man wird nicht so bald einem ähnlichen sauberen und
eleganten Spiel begegnen. Die Tauterlen folgerten und stin-
merien die Töne im Piano, und im Forte wurde nie das Maß der
Schönheit überschritten. Und wie im Technischen, so zeigte sich auch
in der Auffassung der französischen Welt. Es gibt einzelne Fremd-
wörter, die eine Sache präziser bezeichnen, als ganze Sätze es ver-
mögen, und so wird man das Spiel des Herrn Cortot nicht besser
und treffender bezeichnen können, als mit dem Wort spirituell. Sein
Spiel ist ungemein feinsinnig, ohne dabei durch starke pathetische Züge
innerlich zu erweichen. Das zeigte sich ebenso wie in dem von dem
Künstler ganz prächtig gespielten Konzert, in dem Andante spianato
von Chopin, und erst in der diesen folgenden großen Es-Dur-
Polonaise zeigte sich ein stärkeres Temperament. Das Orchester
begleitete das Konzert sehr gut, die Polonaise dagegen etwas schwer-
fällig.

**Felix Weingartner's Lustige Ouvertüre für Or-
chester (Opus 53)** erlebte gestern in einem Konzert des Bunde-
steinerorchesters ihre erste Aufführung in Leipzig. Das im Verlag
von Breitkopf u. Härtel erschienene Werk, das in wenigen Minuten
bahnt, trägt seinen Namen zu Recht. Wenn man es hört, tauchen
böckische Wald- und Fabelwesen vor dem Geiste auf, ausgelas-
senes Spiel und Tönen auf der Waldwiese im Mondenschein von
struppigen Waldböckchen und feingliedrigen Elfen, ein brülliges
Durcheinander von sich neckenden und jagenden, sich schießenden
und munteren Wesen, ein brüßliches Liebeswerben von gro-
tesker Unbesonnenheit, ein schallendes Gelächter als Antwort, ein
Alptraum der von Liebessehnsucht, Mondschmelze, Blütenduft und
Walenzelt trunkenen Faune und ein anmutvolles Dahinständeln
weißer Elfenröschen, die mit feinen Silberstimmen die Töne
immer von neuem antönen. Endlich Waffensplänkel und ein Sch-
recken. Der Mond verschwindet hinter Wolken; irgendwer aus
dem Menschenreiche kommt, und das übermüdete Waldvolk flüchtet
und zerstreut.

Weingartner's Lustige Ouvertüre ist voll von Charakteristischer
Melodie, deren Gegensätzlichkeit etwa in obengezeichnetem Sinne
ohne weiteres ins Ohr fällt, freilich auch nicht lange darin behalten
wird. Daß der freundliche Walsput wirksam instrumentiert ist,
bedarf bei Weingartner keiner besonderen Erwähnung. Hier und
da empfindet man das Gefüge des Ganzen als etwas lose, als mehr
aneinander und nebeneinander gesetzt denn innerlich verschmolzen
und verbunden. Die Lustige Ouvertüre wurde bei ihrer gefrigen
Leipziger Erstaufführung mit viel Beifall aufgenommen. F.

Ein Plagiat. Dr. Albert Hahn in Bonn hatte gegen die Ver-
lagsfirma August Cranz in Leipzig auf Vernichtung der vor-
handenen Exemplare des Textes der Operette: Der Weiber-
feind von Bernhard Buchbinder geklagt. Zur Begründung be-
hauptete er, diese Operette sei eine unzulässige Verarbeitung des
Schwanks: Billet de logement (Einquartierung) von Mars. Die
gesamte Szenenfolge, die Charakterisierung der einzelnen Personen,
die psychologische Entwicklung, die Schaffung und Lösung der
Konflikte seien in beiden Werken durchaus identisch. Vor dem
Schöffengericht Leipzig wurde geltend gemacht, daß als Vorlage
für beide Stücke Otto Erich Hartleb's Novelle: Der gastfreie
Vater gebient haben könne. Inwiefern hat sich die Sachverständigen-
kammer für Werke der Literatur in Leipzig dahin ausgesprochen,
daß Hartleb's Novelle und die Einquartierung ganz verschiedene
Motive aufweisen, während bei Einquartierung und Weiberfeind
Uebereinstimmung herrsche. Der Sachverständige, Verlagsbuch-
händler Dr. Reinicke, sprach sich dahin aus, daß hier ein Plagiat
vorliege. Das Schöffengericht schloß sich dieser Ansicht an und
verfügte die U n d e r a u s d a r a u f g a b e aller im Besitz der Firma
August Cranz befindlichen Exemplare mit Ausnahme der Ge-
sangstexte 1 bis 10 und des anhängenden Liedereffes.

Allgemeines Arbeiterbildungsinstitut.

Altes Theater. Sonntag, 2. und 9. Februar, nachmittags 2 Uhr:
Wilhelm Tell. Schauspiel in 5 Akten von Friedrich Schiller.
Doppelpflege 1.40 Mk., Einfache 70 Pfg., Stehpflege 40 Pfg.,
III. Rang 15 Pfg.

Neues Operetten-Theater. Montag, 20. Januar, abends 8 Uhr:
Alt-Wien. Operette in 3 Akten von G. Kadelburg und J. Wilhelm.
Musik nach Motiven von Joseph Lanner.

**Montag, 2. Februar, abends 8 Uhr: Der Kaskaden-
Operette in 3 Akten von Viktor Bon. Musik von Franz Lehár.
Doppelpflege 2.20 Mk., Einfache Pflege 1.10 Mk., Nummerierte
Galerie 50 Pfg., Stehpflege 25 Pfg.**

Leipziger Schauspielhaus. Sonntag, 26. Januar, nachmittags
3 Uhr: Die im Schatten leben. Drama in 4 Akten von E. Rosenow.
Karten sind in den bekannten Verkaufsstellen zu haben.

Neues Theater. Sonnabend, 7 Uhr: Hoffmann's Erzählungen.
Sonntag, 7 Uhr: Iphigenie. Montag, 1/8 Uhr: Uubine (7. volks-
tümliche Operenvorstellung). — **Altes Theater.** Sonnabend, 8 Uhr:
Peterchen's Mondfahrt (ermäßigte Preise), 8 Uhr: Die fünf Frank-
furter. Sonntag, 8 Uhr: Peterchen's Mondfahrt (ermäßigte Preise),
1/8 Uhr: Die Generalprobe (Erstaufführung). Montag, 8 Uhr: Die
Generalprobe. — **Operetten-Theater.** Sonnabend, 8 Uhr: Der Frauen-
freier. Sonntag, 1/8 Uhr: Vorstellung für den Ortsverband
deutscher Gewerkschaften Leipzig-West (Wiener Blut), 1/8 Uhr:
Don Cesar. Montag: Vorstellung für das Arbeiterbildungsinstitut
(Alt-Wien).

Die beiden Gastspiele des Kaiserl. russischen Ballets im Neuen
Theater am Mittwoch und Freitag nächster Woche sind bei auf-
gehobenem Abonnement, auch bei den Billettpreisen in Aussicht
auf die großen Rollen dieses Gastspiels erhöht werden. Der Billet-
verkauf beginnt am Montag und erfolgt in der üblichen Weise.

Leipziger Schauspielhaus. Sonnabend, 1/4 Uhr: Der gelbe
König (halbe Preise), 1/8 Uhr: Die im Schatten leben (Erkauf-
führung). Sonntag, 11 Uhr: Matinee für die Untern Postbeamten
(Der gelbe König), 1/4 Uhr: Der gelbe König (halbe Preise),
1/8 Uhr: Die im Schatten leben. Montag, 8 Uhr: Der guttische
Frad. Dienstag, 8 Uhr: Hinter Mauern. Mittwoch, 1/4 Uhr: Der
gelbe König (halbe Preise), 8 Uhr: Die im Schatten leben.
Donnerstag, 8 Uhr: Fuhrmann Henschel (halbe Preise). Freitag,
8 Uhr: Die im Schatten leben. Sonnabend, 1/4 Uhr: Vereins-
vorstellung (Kolberg), 1/8 Uhr: Jannys erstes Stück (Erkauf-
führung). Sonntag, 26. Januar, 8 Uhr: Vorstellung für das
Arbeiterbildungsinstitut (Die im Schatten leben), 1/8 Uhr: Jannys
erstes Stück. Montag, 27. Januar, 8 Uhr: Der guttische Frad.

Baitenberg-Theater. Sonnabend, Sonntag, nachmittags: Schnee-
wittchen, abends: Der Zauberkünstler. Montag: Hier Weiler, wer
dort? Dienstag: Der Zauberkünstler. Mittwoch, nachmittags:
Schneewittchen, abends: Hier Weiler, wer dort? Donnerstag: Der
Zauberkünstler. Freitag: Doktor Klaus. Sonnabend, nachmittags:
Schneewittchen, abends: Hier Weiler, wer dort? Sonntag,
26. Januar, nachmittags: Schneewittchen, abends: Doktor Klaus.

Konzerie. Sonnabend, 1/8 Uhr: im Kaufhaus: Nieder- und
Duettenabend von Gertha Dehm low und Hjalmar Krilberg.
— Sonntag, 11 Uhr, im Kaufhaus: Matinee Ignaz Friedmann;
7 Uhr, im Kaufhaus: vierter Kammermusikabend des Böhmischen
Streichquartetts (mit Severin Eisenberger).

Heilung der Basedow'schen Krankheit mit Röntgenstrahlen. Die
Röntgenstrahlen haben für die Behandlung von Krankheiten die
hochgepriesenen Erwartungen, die bald nach ihrer Entdeckung auf sie
gesetzt wurden, nicht erfüllt. Das haben auch vernünftige Leute nicht
zu hoffen gewagt, weil eben die Natur dem Menschen selten oder nie
ein Mittel in die Hand gibt, das mit einem Schlag alle Krankheiten
besiegt oder wenigstens erheblich zurückdrängt. Gewöhnlich tritt
dann nach den ersten Enttäuschungen eine zu weitgehende Entmuti-
gung ein. Jetzt kann man von den Röntgenstrahlen sagen, daß sie
immerhin in sehr vielen Fällen der höchsten Leiden einen großen
Nutzen bewährt haben. Zu den Krankheiten, deren Behandlung
einen wesentlichen Vorteil durch sie erfahren haben, gehört die berück-
tete Basedow'sche Krankheit, die bekanntlich mit der Schilddrüse
zusammenhängt und sich äußerlich durch ein mehr oder weniger
starkes Hervortreten der Augen kennzeichnet. In einem bedenklichen
Zustand der Patienten pflegte man zur Operation zu greifen, die zu
einer ziemlich schnellen Besserung und Heilung führen kann, aber an
sich gefährlich bleibt. Die Röntgenstrahlen versprechen einen weni-
ger raschen Erfolg, aber auf einem sichereren Weg. Eine reiche Er-
fahrung mit dieser Behandlung hat Dr. Stoney am Neuen Frauen-
hospital in London gesammelt und im Archiv für Röntgenstrahlen
veröffentlicht. Im ganzen umfaßt sein Material einundvierzig Fälle.
Von diesen wurden 26 oder fast neun Zehntel so weit hergestellt,
daß die gewöhnliche Lebensweise wieder aufgenommen werden
konnte, vier wurden wenigstens gebessert, und nur einer der
Ankranken starb. Bei einem chronischen Bestand des Leidens kann
die Behandlung auch ohne Unterbrechung der Arbeit des Patienten
vor sich gehen, während in sehr akuten Fällen, bei denen eine starke
Verzerrung besteht, eine Bettruhe für mehrere Wochen durch-
aus notwendig ist. Andererseits ist die Behandlung schwierig, wenn
der Kranke in beständiger Unruhe lebt, überarbeitet und unzuläng-
lich ernährt ist. Die Heilwirkung der Röntgenstrahlen beruht wahr-
scheinlich darauf, daß die Schilddrüse verkleinert wird, obgleich dies
sicherlich auch noch andere Einflüsse hinzukommen. Je mehr den Kranken
Ruhe und gute Nahrung zugeführt werden kann, auf desto schnellere
Heilung kann gerechnet werden. —

Erster Verbandstag des Deutschen Bauarbeiterverbands.

k. Jena, 15. Januar.

Dritter Verhandlungstag.

Das erste einleitende Referat zur Statutenberatung

hielt Paeplov-Hamburg, der die Abänderungsvorschläge des Vorstandes ausführlich begründete. Einige Punkte, meinte der Redner, dürften zu heftigen Auseinandersetzungen führen, ein Vorbeispiel hierfür sei in den Versammlungen und Konferenzen gegeben worden. Auf besonderen Widerspruch wäre der Vorschlag über die Neueinrichtung der Gauvorstände gestossen. Diese Vorschläge gehen dahin, daß für bestimmte Gebiete Bezirksräte (bisher Gauvorstände) gebildet werden. Der Bezirksrat soll aus dem Zweigvereinsvorständen des Bezirksvorortes sowie aus acht auf dem ordentlichen Verbandstage zu wählenden Mitgliedern und beauftragten Bezirkssekretären bestehen. Der Bezirksrat soll nach Möglichkeit aus Mitgliedern aller Berufsgruppen des Verbandes zusammengesetzt sein. Die Amtsdauer des Bezirksrates währt von einem Verbandstage bis zum andern. Einem nötig werdenden Erfahrungsmann wählt der Zweigverein des Bezirksvorortes, sofern nicht Bezirkssekretäre in Frage kommen. Die Geschäfte der Bezirksräte werden von den Sekretären (bisher Gauleiter genannt) geführt. Den Bezirksräten steht das Vorschlagsrecht zu, wobei nach Möglichkeit die verschiedenen Berufsgruppen des Verbandes zu berücksichtigen sind. Die Anstellung erfolgt durch den Verbandsvorstand, der jedoch den Bezirksrat zu hören hat. Die Bezirkssekretäre haben in periodischen Sitzungen dem Bezirksrat Bericht zu erstatten über alle Vorgänge, die ihrer Beobachtung und Überwachung unterstehen, sowie dem Verbandsvorstand auf dessen Ansuchen und aus eigener Initiative Informationen über die Vorgänge und Verhältnisse in den Zweigvereinen des Gauces zu erteilen und die Rassenführung der Zweigvereine zu überwachen. Ueber die Erfüllung der Aufgaben und über alle wichtigen Vorkommnisse im Gau ist alljährlich Bericht zu erstatten. Zur Erleichterung der Aufgaben können unter Zustimmung des Verbandsvorstandes Personen aus dem Gauvorstand beauftragt werden. Werden in einem Gau zwei Beamte angestellt, dann muß einer derselben den Reihigen der ungeleiteten Arbeiter entnommen werden. Es sollten mehr Bezirke als bisher eingerichtet werden, betonte Paeplov, in denen nach Möglichkeit nur ein Sekretär anzustellen sei. Die eventuell notwendige Verschlebung der Bezirke und die Anstellung der Sekretäre soll dem Vorstand überlassen werden. Die besondere Rassenführung der Gauvorstände soll aufgehoben werden. — Diese Vorschläge hätten die Zustimmung der Gauvorstände und des Ausschusses nicht erhalten. Der Vorstand habe es aber als seine Pflicht gehalten, die Vorlage dem Verbandstage trotzdem zu unterbreiten.

Der Vorstand soll von 11 auf 13 Mitglieder erweitert werden. Silber Schmidt und der Vorsitzende des literarischen Bureau werden als neue Vorstandsmitglieder des Vorstandes in Vorschlag gebracht. Dem Vorsitzenden sollen zwei (bisher ein) Stellvertreter zur Seite stehen.

Ein weiterer wichtiger Vorschlag des Vorstandes ist die Einsetzung eines Beirats. Dieser soll aus dem Vorsitzenden des Verbandsausschusses und aus Kollegen, die der Verbandstag aus der Zahl der Bezirkssekretäre wählt, bestehen. Bei der Auswahl der Beiratsmitglieder sollen nach Möglichkeit alle Berufsgruppen und alle Verbandsgebiete berücksichtigt werden. Der Beirat soll zweimal im Jahre (Frühjahr und Herbst) zu ordentlichen Sitzungen mit dem Verbandsvorstand von diesem einberufen werden. Im Bedarfsfalle kann der Verbandsvorstand außerordentliche Sitzungen mit dem Beirat veranstalten. Auf Beschluß des Verbandsausschusses muß eine außerordentliche Sitzung des Vorstandes mit dem Beirat stattfinden. Der Mitberatung und beschlußfassung des Beirats unterliegen: a) die Vorbereitung besonderer agitatorischer Maßnahmen; b) die Vorbereitung von allgemeinen Lohnbewegungen und Tarifverträgen; c) Erhebung von Extrabeiträgen; d) die Abhaltung und die Verhandlungsgegenstände von Bezirks- und Berufskonferenzen; e) Anträge des Verbandsvorstandes auf Änderung des Statuts, Ort und Tagesordnung der Verbandstage; f) die etwa nötige Ergänzung des Verbandsvorstandes bis zum nächsten Verbandstage. — Die Beschlüsse der gemeinsamen Vorstand- und Beiratspersönlichkeit zu c und d bedürfen zu ihrer Durchführung der Dreiviertelmehrheit der Anwesenden. In allen andern entscheidet einfache Majorität. — Ein Beirat, wie ihn der Vorstand vorschlägt, bestesie ja bereits, doch sollte dies nun gesetzliches Recht werden. Die heutige Personengruppe bei diesen Konferenzen sei aber zu groß, darum sollten die Beiratsmitglieder vom Verbandstag aus der Reihe der Gauleiter gewählt werden.

In Stelle der bisherigen 12 Beitragsklassen schlägt der Vorstand nur 6 Klassen vor, wodurch die Arbeiten wesentlich vereinfacht würden. Die Beiträge sollen je nach der Höhe des Stundenlohnes 40 bis 90 Pfg. — ohne Anteil der Zweigvereine — betragen. Bisher betragen die Beiträge inklusive des Anteils der Zweigvereine 35—90 Pfg.

Ueber die

Einführung der Arbeitslosenunterstützung

referierte Redakteur Winnig-Hamburg, der einleitend die Entwicklung des Kapitalismus schilderte. Der Kapitalismus habe den feudalistischen Grundsat, Fürsorge für den Einzelnen, niederzulegen; dafür habe er persönliche Freiheit gebracht, die Freiheit der Ausbeutung durch das Kapital. Die Folge war eine namenlose Verelendung der Massen. Da wurde dann der Gedanke laut, daß der Staat, die Gesellschaft sich um die sozialen, wirtschaftlichen Verhältnisse der Einzelnen zu kümmern hat. Und aus dieser Selbstbestimmung der Gesellschaft heraus wurde auch das Koalitionsrecht der Arbeiter geboren. Die Welle des sozialen Gedankens schwell immer mächtiger an, und seine Macht blieb auf die Deffektivität nicht ohne Einfluß, sie mußte ihm Rechnung tragen. Der Arbeiter steht heute nicht mehr als Einzelner dem Kapital gegenüber, er ist dem Unternehmertum gegenüber kein isoliertes Wesen mehr. Ihn verbindet die Gemeinschaft mit seinen Klassengenossen. Er besteht dank seiner Organisation durch Verträge geschützte Rechte.

Der Gedanke der sozialen Lebensfürsorge ist auch in unserer Organisation lebendig. Wir sind dazu gekommen, die Mitglieder bei Sterbefällen, bei Krankheit usw. zu unterstützen. In den Organisationen lebt aber der Drang nach vornwärts. Die Mitglieder sagten, warum sollen wir nur bei Krankheit, nicht auch bei Arbeitslosigkeit geschützt werden? So stieg im Laufe der Jahre die Zahl der Organisationen, die die Arbeitslosenunterstützung einführten, ganz gewaltig. Kann nun der Kampfcharakter unserer Organisation bei den Unterstützungsleistungen leiden? Das ist unbedenklich, daß der Kampfcharakter erstarkt werden könnte. Er wird in jeder unserer Versammlungen aufs neue geweckt. Wird die Notwendigkeit des Kampfes nicht jeden Tag auf der Baustelle eingehämmert? Man sagt auch, wir würden mit einer zu großen Belastung durch die Unterstützungsleistungen im Kampf behindert. Die theoretische Möglichkeit läßt sich nicht bestreiten. Die Praxis zeigt aber das Gegenteil. Der deutsche Metallarbeiterverband hat in den Jahren 1910/11 84 Millionen für Lohnkämpfe aus. Das ist doch eine gewaltige Summe. Der Vorstand glaubt auch, in seiner Vorlage die Klappen in dieser Hinsicht glücklich umgangen zu haben.

Ein weiterer Einwand ist, der Staat habe die Pflicht, seine Bürger bei Arbeitslosigkeit zu schützen! Ganz richtig! Aber, es werden noch manche Jahre vergehen, bis der Staat sich dieser Pflicht

unterzieht. Wie lange werden wir beispielsweise noch warten müssen, bevor der preussische Staat sich zu der sozialen Aufassung der Pflichten des Staates bekennt, die wir haben? (Sehr richtig!) Sollen wir uns darauf beschränken, nur die Pflicht des Staates zu betonen, und nicht aus eigener Kraft etwas tun? Da würden wir wie der kleine Junge handeln, der sagte: „Es ist schon recht, daß ich friere, warum laßt mir meine Mutter keine Handschuhe!“ Je mehr die Gewerkschaften aus eigener Kraft etwas tun, um so mehr werden die staatlichen Körperschaften gezwungen werden, um so folgen. (Zustimmung.) Wir sind die Pioniere zur Verwirklichung des sozialen Gedankens auf verschiedenen Gebieten gewesen, und werden sie auch bei der Arbeitslosenunterstützung sein müssen.

Winnig kennzeichnete dann die Vorteile bei der Einführung der Arbeitslosenunterstützung — die moralische Wirkung, Erhaltung und Schaffung von kulturellen Werten, größere Anhänglichkeit an die Organisation — und verlegte dann, durch ziffermäßige Vergleiche mit anderen Gewerkschaften, besonders des Zimmererverbandes, die Möglichkeit der Durchführung der Vorstandsvorlage nachzuweisen. Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung, die nur in den Monaten März bis Dezember bezahlt wird, soll bis 1. März 1914 geschehen. Einen Versuch, die Unterstützung auf das ganze Jahr zu erstrecken, würde der Vorstand unter allen Umständen zurückweisen. Der Zeitpunkt der Einführung soll erst auf dem Verbandstage beschlossen werden, auf dem das Siegel auf den Abschluß des Lohnkampfes gedrückt wird. Der erhöhte Beitrag muß allerdings schon vom März 1913 ab bezahlt werden. (Zuruf: das ist des Pudels Kern!) Jawohl! Die Allgemeinmittel des Verbandes dürfen für die Arbeitslosenunterstützung nicht in Anspruch genommen, es muß dafür ein besonderer Fonds geschaffen werden. Die Kollegen werden sich mit der Beitragserhöhung ausfinden; dies wird um so leichter sein, als wir ihnen ja etwas dafür bieten. Der Vorstand hält eine Zweidrittelmehrheit für seine Vorlage notwendig. Er glaubt, sonst ihre Durchführung nicht verantworten zu können. Sehen wir mit Bedachtsamkeit und Selbstvertrauen in die eigene Kraft ans Werk! (Stürmischer Beifall.)

Es gehen mehrere Anträge ein, das Referat Winnig als Druckschrift für die Mitglieder bruden zu lassen.

Es wird beschlossen, zunächst nur über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung zu debattieren.

Bei Beginn der Diskussion sind bereits 50 Redner eingezzeichnet. Sie seht gleich äußerst lebhaft ein. Die Gegner der Vorstands-vorlage ließen gegen diese heftig Sturm. Einer der Redner um den andern erklärte, zwar im Prinzip für die Arbeitslosenunterstützung zu sein, sie hätten aber den gegenwärtigen Zeitpunkt für ihre Einführung für sehr ungeeignet. Vor allem müsse die Lohnbewegung zu Ende geführt werden. Man wisse noch gar nicht, betonte ein Redner unter Zustimmung, wie diese ausgeht, ob sie den Verband zu sehr in Anspruch nehme. Sehr starken Widerspruch fand besonders die Bestimmung der Vorstands-vorlage, daß nur für 44 Wochen Unterstützung gewährt wird. Das sei ein Stillstand, die Unterstützung müsse auch in den Wintermonaten bezahlt werden. Das Vorstandsmitglied Paeplov betonte jedoch, daß dies eine weitere Anwendung von 3 1/2 Millionen Mark für diesen Unterstützungszweck zur Folge habe, während für die vorgeschlagenen 10 Monate nur eine Ausgabe von ca. 2 1/2 Millionen Mark veranschlagt seien. Daß die Mitglieder schon ab 1. März die erhöhten Beiträge bezahlen sollen, ist ein weiterer großer Stein des Anstoßes. Vorge schlagen wurde, die Statutenberatungskommission solle einen Gegenvorschlag ausarbeiten, der einem späteren Verbandstag zur Entscheidung vorgelegt werden soll. Auch die Vornahme einer Abstimmung wurde verlangt. Für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung traten nur wenige der zahlreichen Redner ein. Sie unterstützten, zum Teil recht wirksam, die Ausführungen Winnigs, die aber auch von anderen Rednern lobend erwähnt wurden. Die Redner verfochten mit mehr oder weniger Lebhaftigkeit ihren Standpunkt.

Nachdem 21 Delegierte gesprochen hatten, wurde mit geringer Mehrheit ein Schlußantrag angenommen. 47 Redner, die noch eingezzeichnet waren, kamen nicht mehr zum Wort.

Im Schlußwort ging Winnig auf die Ausführungen der Diskussionsredner des näheren ein. Er betonte, es habe niemand versucht, nachzuweisen, inwiefern die gegenwärtige Stellung des Verbandes in der Lohnbewegung durch die Einführung der Arbeitslosenunterstützung beeinträchtigt wird. Der Haupteinwand sei, daß man die Beitragserhöhung nicht schon in wenigen Wochen, am 1. März, in Kraft treten lassen könne. Aber gerade dieser Zeitpunkt sei der günstigste. Er könne sich keinen Bauarbeiter denken, der in dieser Stunde der Gefahr den Verband verlassen würde. Zwei Möglichkeiten seien gegeben, wie der Verbandstag im Interesse der Arbeitslosenunterstützung entscheiden könne: 1. daß er die Einführung mit der Maßnahme beschließt, daß die nötige Beitragserhöhung am 1. März d. J. in Kraft tritt, 2. daß er die Entscheidung über die Vorlage bis zu dem Verbandstage vertagt, der nach der Bewegung stattfindet. Redner bittet, im Sinne der ersten Entscheidung zu beschließen.

Die Abstimmung, die namentlich ist, wird morgen früh vorgenommen. Beschlossen wurde, das Referat Winnigs in Broschürenform herauszugeben.

Dann wurde die Verhandlung auf Donnerstag, vertagt.

k. Jena, 16. Januar.

Der vierte Verhandlungstag

beginnt mit der Abstimmung über die Arbeitslosenunterstützung. Mit großer Mehrheit lehnte der Verbandstag ab, die Vorstands-vorlage an eine Kommission zu überweisen. In namentlicher Abstimmung erklärte sich dann der Verbandstag mit 201 gegen 97 Stimmen im Prinzip für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Mit großer Mehrheit stimmte nunmehr der Verbandstag einem Antrage Berlin zu, daß nach Abschluß der Lohnbewegung ein außerordentlicher Verbandstag einberufen werden solle, um die Form und den Inhalt einer entsprechenden Vorlage zu entscheiden und das Datum des Inkrafttretens der Zahlung der höheren Beiträge, sowie auch den Beginn der Auszahlung der Unterstützung bestimmt.

Hierauf begann die

Generaldebatte zum Statut,

die Paeplov mit der Bitte einleitete, trotz Ablehnung der Vorlage für die Arbeitslosenunterstützung den Teil der Vorlage, der die Arbeitslosenunterstützung betrifft, sofort in Kraft treten zu lassen. Die bisherigen Bestimmungen für die Arbeitslosenunterstützung seien sehr verbesserungsbedürftig. (Zustimmung.) Paeplov erwiderte ferner, unabhängig von der Arbeitslosenunterstützung, die vom Vorstand vorgeschlagene Klassifizierung der Beiträge vorzunehmen, da dies eine Notwendigkeit sei. Gleich nach Beginn der Debatte lief ein Antrag ein, die Beratung des Statuts mit den beantragten Abänderungen zurückzustellen bis zur Erhebung der Arbeitslosenunterstützung und bis dahin das jetzige Statut in Kraft zu lassen. Mit großer Mehrheit lehnte jedoch der Verbandstag diesen Antrag ab.

Die weitere Debatte war sehr ausgedehnt, sie füllte noch einen guten Teil der Nachmittags-sitzung aus. Da kamen alle die großen und kleinen Wünsche der Mitglieder für eine Änderung der Statuten zum Ausdruck. Wenn man aus den zahlreichen Neben einen Schluß ziehen darf, finden manche vom Vorstand vorgeschlagene Änderungen nicht die Mehrheit des Verbandstages. Bei den Debatten gab es auch — was ja erklärlich ist — Nachklänge der Differenzen zwischen dem Vorstand und der Mehrheit der Gauvor-

stehenden. Besonders die vorgeschlagene Neuorganisation der Gauorganisation rief die Gauleiter und auch andre Redner auf den Plan, um ihren gegenseitigen Standpunkt mit Schärfe zu präzisieren. Es liegt nicht das geringste Bedürfnis vor, eine Änderung der bisherigen Bestimmungen, die sich bewährt hätten, vorzunehmen. Welche Notwendigkeit sei gegeben, anstatt Gauvorstände „Bezirksräte“ und für Gauleiter „Bezirkssekretäre“ zu setzen? Paeplov habe selbst erklärt, betonte Ullrich, an der bisher geübten Praxis solle nichts geändert werden; dann könne man auch ruhig alles beim alten lassen. Daß die Aufstellung der Gauleiter künftig nicht mehr auf den Bezirkskonferenzen, sondern durch den Vorstand, nach Anhörung des Bezirksrats, geschehen soll, rief ebenfalls starken Widerspruch hervor. Die Redner fürchten dann eine gewisse Abhängigkeit der Gauleiter vom Vorstand, die vermieden werden müsse. Die Gauleiter würden dann auch, wurde betont, draußen im Lande auf gewisse Schwierigkeiten stoßen. — Die vorgeschlagene Einsetzung eines Beirats fand fast allgemein Zustimmung, wenn auch nicht allseitig eine freudige. Verlangt wurde, daß der Beirat sich nicht nur aus Gauleitern, sondern auch aus Kollegen, die noch im Beruf sind, zusammensetzt. Für die Vorstands-vorschläge bezüglich der Neuorganisation der Gauverwaltungen trat besonders warm Desp-Darmstadt ein. Die Kollegen aus dem Gau Frankfurt a. M. ständen auf dem Standpunkt der Vorlage. Odenthal-Hamburg hat, einem Vorschlag der Statutenkonferenz zuzustimmen, daß den Spezialgruppen gestattet werde, einen höheren Beitrag zu zahlen, der dem höheren Stundenlohn entspricht, und wodurch sie auch einen höheren Unterstühtungsanspruch erwerben. Odenthal wünscht ferner, daß die Arbeitslosenunterstützung für das ganze Jahr eingeführt wird, wie sie die Vorlage des Vorstandes vorseht. Damit würde den berechtigten Wünschen der Statutenkonferenz entsprochen werden.

Durch Schlußantrag wurde die Debatte beendet. In die Rednerliste waren noch 40 Delegierte eingezzeichnet. Die Vorstands-vorlage und sämtliche Anträge hierzu wurden einer Mitglieder-Kommission überwiesen.

Den Bericht der Kommission, die die Differenzen zwischen Vorstand kontra Ausschuss und Gauvorstehenden untersuchte, gab nun Thabor-Köln. Er verlas folgende Erklärung:

Die bei den Streitfragen in erster Linie hervorgetretenen Kollegen Paeplov, Silber Schmidt und Daehne geben für ihre Person die Erklärung ab, daß keiner von ihnen die Absicht gehabt hat, durch seine Maßnahmen den andern zu verletzen. Paeplov und Daehne erklären zugleich für den Verbandsvorstand und den Verbandsausschuss, daß keine dieser Körperschaften die Absicht gehabt hat, durch ihre Maßnahmen Gegenseitige herauszufordern, wie sie scheinbar auf dem Verbandstage hervorgetreten sind.

Die drei genannten Kollegen erklären ferner, daß sie kein Interesse daran haben, sehtellen zu lassen, zu welcher Zeit und bei welcher Frage ein Schatten von Entfremdung auf die Verhandlungen des Ausschusses bezw. der Gauvorstehenden mit dem Verbandsvorstand gefallen ist. Alle drei Kollegen erklären, daß es ein Komplex von Fragen war und daß Meinungsverschiedenheiten über den Anfang der Mißbilligkeit berechtigt sind.

Mit diesen Erklärungen betrachten die Kollegen Paeplov, Silber Schmidt und Daehne die auf dem Verbandstage vorausgegangenen Erklärungen und scharfen Bemerkungen für erledigt.

Frei Paeplov, A. Daehne, S. Silber Schmidt.

Der Berichterstatter betont hierzu, die Kommission betrachte dadurch die Angelegenheit als erledigt; sie spreche den dringenden Wunsch aus, daß nunmehr alle Bitternisse ausgeblüht sind und nun alle Kollegen wieder einmütig im Interesse des Verbandes zusammenarbeiten. (Lebhafter Beifall.)

Der Verbandstag erklärt damit diese Angelegenheit als erledigt, Zur Beratung steht nun der Punkt

Lohnbewegung 1913.

Referat ist Silber Schmidt-Berlin, der einleitend betont, angesichts der Tatsache, daß man mitten in der Lohnbewegung stehe, sei es geboten, in seinen Ausführungen mancherlei Beschränkungen einzuhalten. Die Lohnbewegung bedeute nicht nur eine rein materielle Frage, sondern ein Mittel, die Schäden der heutigen Gesellschaft zu beseitigen, und sei darum eine Kulturbewegung u. u. g. Durch sie suche man zum höheren Genuß der Kultur zu gelangen und das krafftlose Elend zu beseitigen. Die Lohnbewegung kann nur verstanden werden, wenn man die Bedürfnisse der Beteiligten kennt, sie birgt in sich Kulturforderungen. Die Ergebnisse dieser Lohnbewegung haben sehr große volkswirtschaftliche Bedeutung. Die deutsche Nation hat durch das Streben der Arbeiter, einen größeren Anteil an den Gütern der Kultur zu haben, außerordentlich Nutzen, es sind dadurch ganz gewaltige volkswirtschaftliche Neuererscheinungen aufgetreten. Die Lohnbewegung ist aber nicht nur eine materielle Frage, sondern eine Erscheinung im Volkswesen, die mit Recht beanspruchen darf, als eine große Kulturerscheinung der gegenwärtigen Zeit betrachtet zu werden. (Sehr richtig!)

Der Redner ging dann kurz auf die Kämpfe 1908 und 1910 ein. Er erinnerte, daß die Unternehmer bei den letzten Lohnkämpfen einen Gewaltstreik auslösen wollten, um die Arbeiterorganisation zu zertrümmern und die Arbeiterschaft in der Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu hindern. Deutschlands Bauarbeiterchaft habe aber alle Kämpfe siegreich bestanden. Die Unternehmer erklärten nach der Bewegung 1910, unter keinen Umständen mehr einen Schiedsspruch anzuerkennen. Dies zeigt, wie unzufrieden sie mit dem Ausgang der Bewegung waren. Für den bevorstehenden Kampf haben sie sich gerüstet, ein Kriegsschiff wurde angelegt, die Materialsperrre soll zur Anwendung kommen und Arbeitsnachweise sind — als Mittel, die Arbeiter bei Kämpfen niederzuhalten — gegründet worden. Dazu komme noch eine Reihe von Maßnahmen, auch solche, die sich auf das gesetzliche Gebiet beziehen. Die Streikklause wird nicht mehr als ausreichend angesehen und „besserer Schutz für die Arbeitswilligen“ wird verlangt. Dabei üben diese Herren den schärfsten Terror gegen ihre eignen Berufsgenossen! Bei der Durchführung der Tarifverträge üben die Unternehmer oft passive Resistenz, sie versuchen fortwährend die tarifrechtlichen Bestimmungen abzuändern. Da kann man die Vermutung nicht unterdrücken, daß in diesem Vorgehen ein Klagel über Verhältnisse der Unternehmer gegen die Tarifverträge liegen. Der Arbeitsgeberverband erklärte neulich, an eine friedliche Regelung der Tarifbewegung sei nicht zu denken, die Arbeiter ständen dem Tarifgehabanten feindlich gegenüber. Das ist unrichtig! Diese Behauptung muß als stillschweigend zurückgewiesen werden, sie ist eine große Täuschung der Deffektivität und muß als eine schwere Verleumdung der in Betracht kommenden Gewerkschaften zurückgewiesen werden. (Stürmische Zustimmung.) Wir wollen nicht den Krieg, sondern die Wesserstellung unserer Mitglieder; der Krieg ist nur als äußerstes Mittel bezeichnet worden. — Von den Verhandlungen in München haben die Unternehmer falsche Nachrichten verbreitet. Es wurde gesagt, unser Vertreter habe erklärt, wir verlangten eine 50prozentige Lohnerhöhung. Mit dieser falschen Notiz soll die Deffektivität gegen die „unversöhnten Forderungen der Arbeiter“ aufgerufen werden. Dadurch wird von vornherein das Kampffeld bedeuten verschoben. Wir haben dem Arbeitgeberverband von dieser falschen Nachricht Mitteilung gemacht und erwarteten Antwort. Der Arbeitgeberverband nimmt dieselbe Stellung wie früher bei dieser Bewegung ein. Ihm kommt es auf die Niederringung der Arbeiterorganisation an. Er wird die Bedeutung der Lohnfrage nicht von den idealen Momenten aus betrachten. Herr Raab hat gesagt, die Arbeiter dürften es nicht riskieren, mit einer Lohnforderung zu kom-

men. Da müssen wir sagen, eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ist eine Notwendigkeit!

Unsere grundsätzliche Stellung zur Lohnbewegung liegt in meinen bisherigen Ausführungen. Die Konjunktur im Baugewerbe ist gut, sie wird, wenn der Krieg zu Ende ist, noch besser werden. Was unsere Forderungen betrifft, so steht fest, daß wir diese nicht aus Mitleid aufstellen, sondern gezwungen durch Maßnahmen des Staates und der herrschenden Gesellschaft. Als Sachwalter unserer Mitglieder müssen wir dafür sorgen, daß die Lebenshaltung dieser unserer Schutzbesohlenen nicht weiter heruntergedrückt werden. Es ist ein Gebot der Pflicht, aus Menschlichkeitsgründen für unsere Mitglieder dahin zu wirken, daß ein Ausgleich zwischen der Verteuerung der Lebensmittel und den Löhnen geschaffen wird. Die Steigerung der Warenpreise ist enorm, das mußten selbst amtliche Stellen zugeben. So sind unsere Forderungen von außerordentlichen Verhältnissen diktiert. Wir müssen eine allgemeine Lohnerhöhung und einen Ausgleich in den Gebieten, wo die Löhne sehr verschiedene sind, verlangen. Eine Arbeitszeitverkürzung ist in den Gebieten durchzuführen, wo sie sich notwendig erweist; und daneben erstreben wir eine Änderung des Vertragsmusters. Auch die Bestimmungen über die Akkordarbeit müssen geändert werden. Es muß der Grundsatz aufgestellt werden, daß nur dort durch Vertrag die Akkordarbeit gestattet wird, wo sie tatsächlich üblich ist. Wie die Bestimmung lautet, daß überall Akkordarbeit gestattet ist, ist sie ein Mittel, die Kollegen zur Akkordarbeit anzuhalten. Die Frage des Arbeitsnachweises muß einer gründlichen Regelung und Änderung unterzogen werden.

Silberschmidt geht nun auf die diesjährigen Tarifverhandlungen ein. Die Arbeiter verlangten die Festlegung eines bestimmten Lohnminimums. Die Unternehmer erklärten aber, daß sie nicht in der Lage seien, ihren Mitgliedern im Lande vorzuschreiben, eine Lohnerhöhung zu gewähren. Wir werden aber nicht eher in örtliche Verhandlungen eintreten, bis uns eine Lohnerhöhung garantiert ist. Das ist die erste Forderung, über das Vertragsmuster wollen wir später reden. Es muß bei den künftigen Verhandlungen zunächst eine Grundlage für die Bezirks- oder örtlichen Verhandlungen geschaffen werden. Bezüglich der Arbeitszeit müssen sich die Unternehmer bereit erklären, die Hindernisse, die sie 100% angesetzt haben, daß die Arbeitszeit nicht unter zehn Stunden betragen darf, zu beseitigen.

So friedlich auch die Sache heute aussteht, so muß doch an unsere Kollegen die Warnung gehen, daß es nicht immer friedlich gehen wird. Wir müssen uns so rüsten, und so klar zum Gesichte machen, daß wir jeder Situation gewachsen sind. Geben wir uns keiner allzu großen friedlichen Stimmung hin. Bleibt der Friede erhalten, so freuen wir uns, und komme es aber zum Kampf, dann werden auch diesmal die deutschen Bauarbeiter in alter Einmütigkeit und Disziplin ihren Mann stellen. (Stürmischer Beifall.)

Auf Antrag wird beschlossen, um den Eindruck der Rede Silberschmidts nicht abzuschwächen, von einer Debatte Abstand zu nehmen.

Einmütig nimmt der Verbandstag folgende Entschliessung an: Der Verbandstag stimmt den bisherigen Maßnahmen des Verbandsvorstandes in Sachen der Lohnbewegung zu; er beauftragt den Vorstand, in Verbindung mit dem Aktionsausschuss die notwendigen Verhandlungen weiterzuführen und hat das Vertrauen zu den Verbandsvorstehern, daß sie die Interessen der Bauarbeiter in jeder Hinsicht wahren werden.

Der Verbandstag erneuert die früheren Beschlüsse, wonach die endgültige Entscheidung über Annahme oder Ablehnung etwaiger Angebote und Vergleichsvorschläge nur durch den Verbandstag getroffen werden kann.

Damit ist dieser Punkt erledigt.

Die Verhandlungen werden auf Freitag vertagt.

Außerordentliche Internationale Bauarbeiterkonferenz.

k. Jena, 15. Januar.

Die zweite Sitzung der Konferenz tagte erst heute abend, da gestern die Tagung des Bauarbeitererbands die Teilnehmer zu lange zusammenhielt. Zu Beginn der Sitzung wurde zur Sprache gebracht, daß in Dänemark für die Aufnahme in den Verband immer noch die Vorlegung eines Schreibens verlangt wird, was von den bisherigen internationalen Konferenzen bekämpft worden sei. Der dänische Delegierte erklärt hierzu, daß sein Vorstand dafür wirken wolle, daß diese Bestimmung auf dem nächsten Verbandstag ihrer Organisation aufgehoben wird.

Zur Beratung gelangen dann mehrere Anregungen der Föderation der Bauarbeiter Frankreichs. In der ersten wird zunächst dargelegt, wie das gesamte Unternehmertum im Baugewerbe sich immer mehr zusammenschließt, mächtige Zentralverbände gründet und auch eine internationale der Bauunternehmer schuf. Es sei daher notwendig, daß auch das Proletariat sobald wie möglich in diesem Sinne, der Unternehmerorganisation die feste Macht, eine einheitliche internationale Industrieorganisation gegenüberzustellen. Augenblicklich seien die Arbeiter des Baugewerbes in verschiedene internationale Sekretariate: Bauarbeiter, Zimmerer, Pfisterer, Maler und Steinarbeiter, zerpalte. Nach der Meinung der französischen Kollegen würde es aber viel zweckmäßiger sein, wenn die fünf Organisationen sich in ein einziges internationales Industriesekretariat vereinigen könnten. Die Existenz- und Kampfmittel des internationalen Sekretariats würden dann viel reichhaltiger sein und es könnte dadurch allen weit größere Dienste leisten. Auch in den einzelnen Ländern sollten sich diese Organisationen langsam zu großen Industrieverbänden verschmelzen. Dann würde jene Zersplitterung der Arbeiterkräfte aufhören, die den Klasseninteressen der Bauarbeiter verhängnisvoll sei.

In der Erörterung dieses Vorschlags erklärten einzelne Delegierte, in diesem Sinne in ihrem Lande wirken zu wollen. Vorstehender Paeplov sagte als Ergebnis zusammen, daß die Konferenz den dringenden Wunsch ausdrückt, daß die Zersplitterung beseitigt wird, und die einzelnen Organisationen in ihren Ländern mehr als bisher für den Zusammenschluß der einzelnen Verbände zu einer großen Bauarbeiterorganisation wirken. Das internationale Sekretariat wurde beauftragt, den Vorschlag der Franzosen und die Ansicht der Konferenz sämtlichen angeschlossenen Organisationen zu unterbreiten. Auf dem nächstjährigen ordentlichen Kongress soll dann diese Frage erneut behandelt werden.

Ein weiterer Antrag der Franzosen geht dahin, eine internationale Gewerkschaftsmarke einzuführen, wodurch sich kontrollieren ließe, ob eine Organisation, mit der man korrespondiert, auf dem Boden des Klassenkampfes steht, ferner, ob ein reisender Fachgenosse einer der angeschlossenen Gewerkschaften angehört.

In der Debatte behauerte Quangelino-Italien, daß Frankreich noch keine internationalen Mitgliedsblätter, die den gleichen Zweck haben, eingeführt hat. Die Farbe der Gewerkschaftsmarke müßte wohl jedes Jahr geändert werden; nur so könnte man es verhindern, daß italienische sozialistische Sekten, die sich vom Zentralverband lösen, im Ausland anerkannt werden.

Die Konferenz ist der Ansicht, daß heute über die Einführung der Marke noch kein Beschluß gefaßt wird, die einzelnen Organisationen sollen sich zunächst einmal mit dieser Frage beschäftigen.

Der letzte Antrag von Frankreich will, daß die internationalen Konferenzen mehr zu größeren Kongressen ausgebaut werden, an denen nicht nur Sekretäre der gewerkschaftlichen Landeszentralen teilnehmen. Die jetzigen Konferenzen seien mehr administrativer Art, es könnten bei ihnen die verschiedenen Tendenzen in der Gewerkschaftsbewegung nicht zum Ausdruck gebracht werden. Wirk-

liche Gewerkschaftskongresse würden aber die Genossen der verschiedenen Länder leicht miteinander in Verbindung bringen und so einen Vergleich der verschiedenen Methoden und Taktik ermöglichen, und zur Entwicklung der internationalen Arbeiter-solidarität, somit zur Wegnahme des Mißtrauens, bedeutend beitragen.

Vorstehender Paeplov-Deutschland erklärte hierauf im Einverständnis der Delegierten, die Konferenz könne nur den Wunsch ausdrücken, daß die französischen Kollegen die internationalen Arbeiterkongresse besuchen. — Es wurde beschlossen, auf der nächsten ordentlichen Konferenz diese Frage weiter zu beraten.

Als internationaler Sekretär wurde Paeplov gewählt, der provisorisch bis zur nächsten ordentlichen Konferenz die Geschäfte des internationalen Sekretariats führen soll. Sollte Paeplov durch event. Veränderung seiner Stellung im Bauarbeiterverband hierzu nicht mehr in der Lage sein, soll der Vorstand des deutschen Bauarbeiterverbandes den Organisationen davon Kenntnis geben und einen andern Kollegen in Vorschlag bringen. Damit wären die Arbeiten der Konferenz beendet.

Die beste Befämpfung der Schundliteratur

ist das Werben neuer Abonnenten für die Volkszeitung!

Warum grad an der „Juno“ Cigarette hängt er, der Raucher, fest wie eine Klette? Warum die „Juno“ nur von früh bis spät? Die Antwort liegt im Worte: Qualität.

10 Stück 20 Pfg. Juno Cigarette

4 Haupt-Tage unseres Inventur-Ausverkaufs

Freitag Sonnabend Montag Dienstag

Zurückgesetzte Sommer- und Winterwaren | Grosse Gelegenheits-Posten
zu Preisen ohne Rücksicht auf den früheren Wert. zu nie wiederkehrend billigen Preisen.

Reste!

Seiden-Reste
Wollen-Reste
Waschstoff-Reste
Barchent-Reste
Leinen-Reste
Schürzen-Reste
Gardinen-Reste
Portièren-Reste
Spitzen-Reste
Band-Reste
Stickerei-Reste

Normal-Beinkleider jetzt 1.25 1.10 95 ¢
Normal-Beinkleider
Prima Qualität jetzt 2.50 2.25 2.00
Gefütterte Beinkleider
jetzt 2.25 2.00 1.65

Normal-Hemden jetzt 1.50 1.25 98 ¢
Normal-Hemden
Pa. Qualität jetzt 2.50 2.25 1.85

Normal-Kinder-Anzüge
in Normal-Qualität oder gefüttert
Gr. 55-100, jetzt von 55 ¢ an
Herren-Strickwesten jetzt 2.25 2.00 1.65
Damen-Westen jetzt 1.25 1.10 95 ¢

Weisswoll. Damen-Serviteurs 78 ¢
jetzt 98 85

Weisse Trikot-Hemd-Hosen 1.05 1.38
Directoire-Hosen alle Farben jetzt 2.75 98 ¢
Taillen-Tücher (Plaids) jetzt 1.05 1.50 95 ¢

Kniwärmer, Lungenschützer, Leibbinden
Kopfschals, Kopftücher, Ohrenschtzer.

Mehrere 1000 Paar Handschuhe und Strümpfe

1 Posten eleg. Damen-Handschuhe
Wert bis 1.25 jetzt 58 ¢

1 Posten Herren-Handschuhe
Trikot oder gestrickt sonst 1.45 jetzt 75 ¢

Pa. reinwollene Damen-Strümpfe
englisch lang, schwarz und ledfarbig
regulärer Preis 2.00 u. 2.50, jetzt 1.25 und 95 ¢

Reinwoll. dicke Damen-Strümpfe
zum Selbstanstricken jetzt 95 ¢

3 Posten Herren-Socken schwarz u. grau
jetzt 95 ¢ jetzt 48 ¢ jetzt 38 ¢

1 Posten schwarze Frauen-Strümpfe
nur schwarz jetzt Paar 38 ¢

Elegante Kleiderschürzen 1.75
früherer Wert bis Mk. 3.50 jetzt 2.25 1.95
Türkische Teeschürzen 48 ¢
früher bis Mk. 1.50 jetzt 95 ¢
Blusen-Mieder-Schürzen 95 ¢
jetzt 1.05 1.25

Mehrere hundert Kinderschürzen
schwarz Alpaka und farbig Leinen, bis
10 Jahre jetzt 1.25 u. 95 ¢

Kimono-Blusen regulärer Wert bis
Mk. 2.50 jetzt 1.38 u. 98 ¢

Reinwollene eleg. Blusen 2.95
jetzt 3.95 u.

Eleg. weisse Blusen Stickerei od.
Klöppel jetzt 2.75 1.95 98 ¢

Grösste Leistungsfähigkeit! jetzt
Damen-Hemden, Beinkleider, 1.45
Nachtsachen darunter sehr elegante
Sachen mit Stickerei oder
imitiert Madras 1.95

Für Konfirmanden:
Stickerei-Röcke, Hemden, Beinkleider,
Handschuhe, Taschentücher, Korsetts.

I. Etage: Glas, Porzellan, Emaille, Wirtschaftswaren, darunter viel Partiewaren.
zu ausserordentlich billigen Inventur-Preisen

1 Waggon Steingut

Schusters Warenhaus

Eisenbahnstrasse 39/43 Leipzig-Neustadt Eisenbahnstrasse 39/43

Der billige
Lebensmittel-
Verkauf
dauert fort.

Beachten Sie
unsere neuen
Schaufenster-
Auslagen:

Zwecks umfangreicher Vorbereitungen zu unserem Montag, den 20. Januar beginnenden ersten Inventur-Ausverkauf bleiben unsere Lokalitäten heute Sonnabend nachmittag von 3 Uhr ab für den Verkauf geschlossen.

Bamberger & Herz

Ecke Grimmische Strasse — Augustusplatz

Leipziger
Aktiengesellschaft



Buchdruckerei
Leipzig, Tauchaer Str.

In unserem Verlage sind erschienen und durch unsere Buchhandlung sowie durch die Filialen und durch die Austräger der Volkszeitung zu beziehen:

- Bebel-Porträt. Kunstblatt. Bildgröße 30/40 cm, Kartongröße 60/80 cm Mk. 2.50
- Borchardt, J., Einführung in die Nationalökonomie. Volkssätze Mk. 0.10
- Borchardt, J., Die Grundbegriffe der Wirtschaftslehre. Eine populäre Einführung. 2. umgearb. Aufl. Mk. 0.50
- Böttcher, P., Spielbuch für die arbeitende Jugend Mk. 1.—
- Ewald, A., Ausgewählte Märchen Gebunden Mk. 1.50
- Fischer, A., Soldaten sein schön. Bilder aus Kaserne und Lazarett . . . Broschierl 1.—, Gebunden Mk. 1.50
- Sennig, G., Sonntagsspaziergänge in Leipzigs weitere Umgebung. I. Folge Mk. 0.50
- Sennig, G., Sonntagsspaziergänge in Leipzigs weitere Umgebung. II. Folge Mk. 0.60
- Sennig, G., Sonntagsspaziergänge in Leipzigs weitere Umgebung. Zwei Teile in einem Bande Mk. 1.—
- Saech, G., Die Internationale. Festschrift zur 40jährig. Gründungsfeier der International. Arbeiter-Assoziation am 28. September 1904. Broschierl Mk. 1.50. Gebunden Mk. 2.—
- Internation. Organisation der sozialistischen Jugend Mk. 0.20
- Karski, J., Die Brandschätzung des Volkes durch indirekte Steuern in Deutschland Mk. 0.50
- Karski, J., Krieg, Zusammenbruch und Revolution Mk. 0.10
- Karski, J., Schutzoll—Raubzoll Mk. 0.10
- Karski, J., Teuerung, Warenwucher und Klassenstaat Mk. 0.10
- Kautsky, A., Patriotismus und Sozialdemokratie Mk. 0.20
- Labriola, Antonio, Zum Gedächtnis des kommunistischen Manifests. Eingeleitet und überseht von Fr. Mehring Kartonierte Mk. 1.—
- Lench, Dr. Paul, Sozialistische Literatur Mk. 0.15
- Lüttich, A., Führer durch das sächsische Einkommensteuergesetz Broschierl Mk. 0.15
- Lugemburg, A., Sozialreform oder Revolution. 2. Aufl. Mk. 0.50
- Mehring, Franz, Sena und Tiffi Mk. 1.—
- Mehring, Franz, Schiller. Ein Lebensbild für deutsche Arbeiter. Zweite Auflage Mk. 1.—
- Pannekoek, Anton, Marxismus und Darwinismus Mk. 0.25
- Pannekoek, Anton, Der Kampf der Arbeiter. 7 Aufsätze Mk. 0.20
- Pannekoek, Anton, Ethik und Sozialismus. Umwälzungen im Zukunftsstaat Mk. 0.20
- Parvus, Die Kolonialpolitik und der Zusammenbruch Mk. 0.50
- Spezialkarte von Sachsen mit eingezeichneten Reichstagswahlkreisen. Gef. Mk. 0.60. In Buchf. Mk. 1.25
In Buchform auf Leinwand aufgezo-gen Mk. 1.75
- Wendel, S., Sozialdemokratie und antikirchliche Propaganda. 2. Auflage Mk. 0.20
- Zieh, L., Zur Frage des Mutter- und Säuglingschutzes Mk. 0.25
- Zieh, L., Die Frauen und die Reichstagswahlen. Politische Gespräche zwischen zwei Frauen Mk. 0.10

Achtung!
Wegen Ueberfüllung m. Kleiderlagern von feinsten Herren- u. Damen-Garderobe ver-kaufe zu noch nie dagewes. billigen Preisen:
Sachell-Anzüge 10, 14, 18, 24 Mk.
Wilder u. Paletots 10, 14, 18, 22 Mk.
Gesellschafts-Anzüge zu jeder Festlichkeit, sehr billig, auch leihweise.
Nur Friedmann
Sainstr. 24, I. Tel. 14100.
Sonnab. bis 5 Uhr geschl.

Alle Herren können sich hoch-eleg. u. f. bill. Kleiden. Aus- u. von jhr. Anz., Frack., Hos., Wint.-Pal., Gesellsch.-Anz. a. leihw.
Monatsgarderobe Schaul
Grosse Fleischergasse Nr. 10
Goldne Krone, im Hause der städtischen Speiseanstalt.

Ebels
Monatsgarderobe.
Von Herrschaften wenig ge-tragene eleg. Anzüge, Paletots, Wilder 10, 16, 20, 24 u. Gehrock-, Frack- u. Smoking-Anzüge, auch leihweise, sowie eleg. Damengarderobe sehr billig. Ebels, Brühl 19, I.

Bericht über den Schlachtviehmarkt

auf dem städtischen Viehhofe zu Leipzig am 18. Januar 1913.

a) **Auftrieb:**
178 Minder u. zwar 31 Ochsen, 30 Bullen, 11 Kalben, 66 Röhre, 4 Fresser, 810 Rälber, 278 Schafe; 1870 Schweine; zusammen 3145 Tiere.
b) **Marktpreise für 50 kg in Markt:**

Vierzahl	Bezeichnung	Lebendr-Gezwint	Schlacht-Gezwint
Ochsen	1. vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwerts bis zu 6 Jahren	—	80—84
	2. junge, fleischige, nicht ausgemästete, — ältere ausgemästete	—	84—88
	3. mäßig genährte Junge, gut genährte ältere	—	—
	4. gering genährte jeden Alters	—	—
	5. mäßig genährte ältere	—	—
Bullen	1. vollfleischige ausgewachsene, höchsten Schlachtwerts	—	86—87
	2. vollfleischige jüngere	—	88—89
	3. mäßig genährte jüngere und gutgenährte ältere	—	80—82
	4. gering genährte	—	78—79
	5. ältere ausgewästete Röhre und gut entwickelte jüngere Röhre und Kalben	—	82—86
Kalben	1. vollfleischige, ausgemästete Kalben höchsten Schlachtwerts	—	78—81
	2. vollfleischige, ausgemästete Röhre höchsten Schlachtwerts bis zu 7 Jahren	—	70—75
	3. ältere ausgewästete Röhre und gut entwickelte jüngere Röhre und Kalben	—	—
	4. gut genährte Röhre und mäßig genährte Kalben	—	—
	5. mäßig u. gering genährte Röhre u. gering genährte Kalben gering genährtes Jungvieh im Alter von 3 Monaten bis zu einem Jahre	—	78—79
Rälber	1. Doppellender	—	—
	2. beste Mast- und Saugtälber	63—66	—
	3. mittlere Mast- und gute Saugtälber	60—62	—
	4. geringe Rälber	45—55	—
	5. Mastlamm- und jüngere Masthammel	46—48	—
Schafe	1. Mastlamm- und jüngere Masthammel	43—45	—
	2. ältere Masthammel	38—42	—
	3. mäßiggenährte Hammel und Schafe (Merzschafe)	65—68	82—88
	4. vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahr	65—67	82—84
	5. Fleischschweine	68—69	70—81
Schweine	1. fleischige	61—62	70—78
	2. gering entwickelte	61—62	70—78
	3. Sauen und Eber	53—58	68—73
	4. Sauen und Eber	53—58	68—73
	5. Sauen und Eber	53—58	68—73

c) **Ueberstand:** Minder 24, davon Ochsen 8, Bullen 5, Röhre 11, Kalben —, Rälber 4, Schafe —, Schweine 6.
d) **Geschäftsgang:** Minder langf., Rälber mittel, Schafe mittel, Schweine mittel.

Der Verein für Mutterschutz
Vandankstiftung: Grimmischer Steinweg 6, II.
Montag, Mittwoch, Freitag 10—12 Uhr erteilt unehelichen und ehelichen Müttern Rat besonders in der Zeit vor und nach der Entbindung und gibt in geeigneten Fällen Unterstützung. [15318]

Deutsch-kathol. freie Religionsgemeinde.
Sonntag, den 19. Januar, nachmittags 4 Uhr, in der Schule für Frauenberufe, Schillerstraße 9: **Öffentlicher freireligiöser Vortrag.** Prediger Dr. Kippenberger.

Öffentliche Versammlung
Sonntag, den 19. Januar 1913, vormittags 11 Uhr
Großer Saal des Zoologischen Gartens.

Kirchenreform im Sinne Traubs und Jathos
oder **Kirchenaustritt?**
Redner: Prediger **Wilh. Klauke**, Frankfurt a. M.
Versammlungsleiter: **Wilhelm Ostwald.**
Freier Eintritt! Freie Aussprache!
Reservierte Plätze zu 50 & bei H. A. Coppins, Petersstr. und am Saaleingang.
784] **Deutscher Monistenbund**
Ortsgruppe Leipzig.

Familien-Nachrichten
Für die herzlichste Teilnahme beim Beimgange unfrer lieben Tochter
Elly
sagen wir allen unsern innigen Dank.
Nockau, den 17. Januar 1913.
Familie Freund.

Am Sonntag abend verchied plötzlich infolge Herzschlags unsere gute Tochter **Herta.**
Wir sagen allen für die liebevolle Teilnahme und für Beehrung durch reichen Blumenschmuck unsern herzlichsten Dank.
Groß-Bötzig, den 16. Januar 1913.
Familien **Altmann** und **Engelhardt.**

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten hierdurch die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser herzensguter Vater, Schwiegersohn, Schwager und Onkel
Friedrich Hermann Heyder
am Mittwoch durch den Tod von seinem langen schweren Leiden erlöst wurde. [720]
L. Kleinzschöcher, Würzburger Str. 20.
In tiefem Schmerz **Anna verw. Heyder nobat Kindern.**
Beerdigung Sonnabend 1 Uhr auf hiesigem Friedhof.

Nach langem schwerem Leiden entschlief am 16. Januar meine geliebte Frau, unsere gute Mutter
Johanna Pöpel geb. Bohne
im 40. Lebensjahr. [728]
L. Lindemann, Gemeindeamtstr. 16.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Wilhelm Pöpel und Sohn.
Beerdigung Sonntag, den 19. Januar, mittags 1/2 12 Uhr, vom Trauerhause aus.

Allen Freunden und Bekannten hierdurch die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau
Marie Rauschenbach geb. Winter
am 15. Januar entschlafen ist. [719]
L. Kleinzschöcher, Würzburger Str. 4.
In tiefem Schmerz **Ernst Rauschenbach.**
Einäschung Sonntag, nachm. 2 Uhr, Südfriedhof.
Etwa zugebacht Blumenpenden w. dank. abgelehnt.

Die rote Feldpost | Gebett Federbetten
von J. Belli. — Gebunden 1 Mark. neu, 14 Mk., billig. [7]
Leipziger Buchdruckerei A.G., Tauchaer Str. 19/21, Elisabeth Hofers, Otto-Schill-Str. 2

Reichstag.

92. Sitzung. Donnerstag, den 16. Januar, nachmittags 1 Uhr. Am Bundesratsitz: Dr. Delbrück.

Reichsamt des Innern. Vierter Tag.

Abg. Dr. Haegy (Wf.) spricht über den Fall Wetterlé. Mit der Zentrumspartei des Reichstags hat Wetterlé nichts zu tun. Im übrigen liegen authentische Berichte über seine Reden in Frankreich noch nicht vor. Die elsass-lothringischen Abgeordneten haben die Aufgabe, verständig zwischen Frankreich und Deutschland zu wirken. Sollte Herr Wetterlé auf französischem Boden die Revanchegedanknisse aufgestachelt haben, so würden wir darüber unser lebhaftestes Bedauern ausdrücken. Von dergleichen will bei uns niemand etwas wissen. (Bravo!) Uebrigens hat Herr Wetterlé, als er die unerwartete Zensur seiner Vorträge bemerkte, die Tournee abgebrochen. Wir wünschen freundschaftliche Beziehungen mit Frankreich. Die Elsass-Lothringern möchten das glückliche Bündnis einer freundschaftlichen Entente sein, in der die endliche Sicherung des Weltfriedens eine feste Basis finden könnte. Wir meinen, der Krieg von 1870 möchte der letzte gewesen sein, der die glücklichen Gefühle am Rhein mit dem Blut zweier Völker tränkte, die dazu geschaffen sind, sich zu verstehen und Hand in Hand an den Werken der Kultur und des Fortschritts der Kultur zu arbeiten. Herr Camp meinte, Herr Wetterlé gehöre nicht mehr in den Reichstag, das muß er ihm schon überlassen. Wenn ein solcher Diktatorismus gelten sollte, dürfte auch ein anderer Abgeordneter, der die Vertretung einer französischen Zeitung übernommen hat, nicht Mitglied des Reichstags bleiben. (Bravo! im Zentr.)

Abg. Koch (Soz.): Es ist einfach ein Gemeinplatz geworden, daß der Ausbau unserer sozialpolitischen Gesetzgebung weit hinter dem Notwendigen zurückbleibt. Das erkennt auch das Wochenblatt der bürgerlichen Sozialpolitik, die Soziale Praxis, unumwunden an. Der Staatssekretär verwies auf die Reichsverversicherungsordnung, aber auch bei ihr ist nicht erreicht worden, was erreicht werden konnte, wenn wir eine Zentrumspartei hätten, die wirklich eine Vertretung der Arbeiterinteressen wäre. In bezug auf den Arbeiterlohn hat sich der Staatssekretär auf die große Zahl von Gesetzen und Verordnungen berufen. Das viele Herumdoktern beweist ja gerade, daß die Grundlage ungenügend ist. Der Staatssekretär hat noch einmal die Kinderarbeit in der Landwirtschaft geregelt, hier ist der Ausbeutung vollständig freies Spiel gelassen. In dieser Session haben wir noch keine sozialpolitische Vorlage bekommen, trotz aller schönen Versprechungen selbst der Konservativen während des Wahlkampfes. Dabei gestalten sich die wirtschaftlichen Verhältnisse so, daß eine entschiedene Sozialpolitik immer notwendiger wird. Immer scharfer wird der Zusammenstoß des Großkapitals. Ende 1911 hatten 168 Großbanken ein Kapital von 15 1/2 Milliarden in Verwaltung. Der Gesamtumfang der Deutschen Bank betrug 1911 120 Milliarden und wird 1912 auf 160 Milliarden gestiegen sein. Nicht nur die Oligopolisierung wird unermesslich gesteigert, sondern auch die Ausbeutung des arbeitenden Volkes. Neben den Lebensmitteln sind durch diese kapitalistische Wirtschaft auch die Preise der anderen Verbrauchsgüter gestiegen, der Kohlenpreis unter eigentümlicher Mitwirkung der preussischen Regierung um 50 Pfa. bis 1 Mr., was für das arbeitende Volk in Deutschland eine

bedeutet. So wird das arbeitende Volk immer mehr gedrückt und vergewaltigt, damit das Großkapital immer neue Profite bekommt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Berliner Großbanken hatten im vorigen Jahre einen Ueberschuß von 142 Millionen Mr. Durch diese riesigen Gewinne werden den Kapitalisten die Mittel zur Verfügung gestellt, in ihren Kreisen den Luxus und die Verschwendung bis auf äußerste, oft bis ins Unnatürliche zu steigern, während das arbeitende Volk immer mehr ausbeutet wird. Unter dieser Ausbeutung leidet auch der Mittelstand. Trotzdem wir zwei gute Geschäftsjahre hatten, sind viele kleine Unternehmer bankrott geworden, andre sind zurückgegangen und in größere Abhängigkeit vom Großkapital gekommen. Hier wird immer erklärt: wir werden den Mittelstand schon retten, er soll nur warten. Das hören wir jedes Jahr mit denselben Worten, wobei der Mittelstand immer mehr und mehr aufgegeben wird. Gesetze zu seiner Rettung sind gemacht worden, aber sie haben nichts geholfen, wie wir vorausgesagt haben. Sie können eben den unvermeidlichen Entwicklungsengang nicht aufhalten. Man mag diese Entwicklung bebauern, aber man darf den Zeiten nicht vortäuschen, daß man sie zurückschrauben könne. (Sehr richtig! bei den Soz.) Es ist eine unfinnige Uebertreibung, zu sagen, die Warenhäuser arbeiten nur mit unläuterer Mittel. Ich will Herrn Werner nicht zu nahe treten, ich glaube aber, ich habe ihn schon selbst im Warenhaus kaufen sehen. (Heiterkeit.) Es ist ja geradezu lächerlich, zu sagen, Berlin erzielt seine Erfolge nur durch unredliche Maßnahmen. Das Willen der Warenhäuser beruht eben auf der Uebermacht des Großkapitals, und diese Entwicklung kann man nicht aufhalten, wenn man dem Großkapital Zwangsmaßnahmen in den Weg legt, sondern man muß sie zum Wohle der Gesamtheit gestalten. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Auch der bäuerliche Mittelstand leidet unter dieser Entwicklung. In meinem Wahlkreise haben wir sämtliche Bauern, auch die die Vieh halten, gefaßt, wenn sie nachrechnen, was ihnen alles durch die Höhe, verteuert ist, und dagegen den Nutzen halten, den sie von den gestiegenen Fleischpreisen haben, so sind sie durch diese Politik weit mehr geschädigt als gefördert. So wird also der gesamte Mittelstand getroffen. Deshalb müssen wir den Kampf gegen das Großkapital aufnehmen, und die Arbeiter stehen in diesem Kampf an der Spitze. Die Arbeiter verdienen noch nicht einmal, was zum notwendigen Lebensunterhalt gehört. Trotzdem sagt man immer wieder: Es ist ja nicht so schlimm, die Sozialdemokraten übertrieben. Demgegenüber erinnere ich an die bedenkliche Tatsache, daß unsere Bevölkerungszunahme zurückgeht. Früher waren wir stolz darauf, daß das deutsche Volk die Kraft hatte, die Bevölkerung in starkem Maße anzuheben zu lassen. Jetzt werden Stimmen laut, die meinen, der Rückgang der Bevölkerungszunahme sei gar nicht so schlimm, die vorhandenen Güter reichen dann besser aus. Eine solche volkswirtschaftliche Anschauung ist längst widerlegt. Der Rückgang der Bevölkerungszunahme ist auf die Steigerung der Preise aller Lebensbedürfnisse zurückzuführen, und das sollte für jeden Sozialpolitiker eine erste Mahnung sein, sich zu fragen, ob nicht neue Wege eingeschlagen werden müssen, um den Forderungen der Arbeiter mehr gerecht zu werden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Statt dessen sagt man den Arbeitern von oben herab: Ihr müßt noch mehr Opfer bringen. Ihr müßt noch mehr hungern, damit der Weidwender der Agrarier gestrichelt wird. Und in derselben Zeit bringt es ein kleines Häuflein allerersterer Leute fertig, auf einen Weltkrieg loszuzurufen, der im letzten Grunde auch nur den Ausbeutungsinteressen einer kleinen Clique dienen soll. In dieser Zeit der allgemeinen Bedrückung des Arbeitervolkes bekommen es die Konservativen fertig, hier und im Abgeordnetenhause den Kampf zu verkünden gegen die Grundrechte der Arbeiter. (Sehr wahr! bei den Soz.) Mit Ausnahmeerscheinungen gegen die Arbeiter ist ja schon Herr Bismarck, der doch schließlich ein ganz anderer Art war als der Graf Bismarck, nämlich gekheitert. Dabei war die wirtschaftliche Entwicklung damals noch lange nicht so weit wie heute. Die Sozialdemokratie war eine ganz kleine Partei. Aber als das Ausnahmefolge schmachhaft zusammenbrach, da hatte die Sozialdemokratie dreimal so viel Stimmen. Also Sie sehen, wir brauchen den Kampf gegen die Ausnahmefolge nicht zu scheuen. Solange Arbeiter vom Großkapital ausgebeutet werden, werden wir auch Sozialdemokraten haben, doch das entgeht uns nicht der Pflicht,

gegen solche Bestrebungen mit aller Kraft anzukämpfen. Im Hinblick auf die Opfer, die unsere Genossen solche ausnahmsweiseigen Zustände auferlegen. Bezeichnend war die Stellung des Herrn Delbrück zu dem Vorstoß des Grafen Westarp. Man kann aus Herrn Delbrück nicht ohne weiteres klug werden. Mit dem einen Auge sieht er nach den Konservativen, mit dem andern schielt er ganz vorsichtig nach der Linken. (Abg. Dertel: Öhr, hört! Heiterkeit.) Er meinte, so dumm — das darf ich ja nicht sagen (Heiterkeit) — in der Weise, wie Graf Westarp die Sache machen will, geht es nicht. Ich meine, er tut dem Grafen Westarp sehr Unrecht, wenn er seine Rede als Entgegnung aufsaßt. Graf Westarp hat sich seine Rede sehr sorgfältig überlegt. Sie hätte nach Inhalt und Form gar nicht anders sein können, wenn er den Befähigungsnachweis hätte erbringen wollen, daß er auch in einer höheren Stelle, etwa als preussischer Justizminister, die Geschäfte der Scharfmacher besorgen könne. (Sehr gut! bei den Soz.) Das Entscheidende ist, daß Herr Delbrück mit dem Grafen Westarp einestimmig hat in das Entziehungsgesetz gegen den Terrorismus der streikenden Arbeiter. Wir geben zu, es ist niemals von uns bestritten worden, daß bei Streiks hier und dort Dinge vorkommen, die besser vermieden würden, und wir bemühen uns auch, diese Dinge möglichst zu verhüten. Ich erinnere nur an die Warnung vor dem Alkoholenkung beim Bergarbeiterstreik und an alle ständigen Warnungen der Gewerkschaftspresse, sich bei Streiks in den gesetzlichen Grenzen zu halten. Aber ist denn das so ohne weiteres möglich? Sehen wir nicht, daß überall, wo gewalttätige Bewegungen die Geister erfassen, die Menschen in ihrer Leidenschaft über das hinausgehen, was sie bei ruhiger Ueberlegung tun würden! Und ein Streik ist eine Angelegenheit, die das Wohl des Arbeiters aufs äußerste berührt, seine ganze Existenz steht auf dem Spiel. Ist es da nicht menschlich erklärlich, wenn er Leute, die ihm bei dem Kampf in den Rücken fallen, als Verräter betrachtet? Sie selbst verachten den Verräter im Kriege und lassen ihn ohne weiteres über die Ätze springen. Und wenn Arbeiter mit Erbitterung erfüllt werden gegen Verräter in ihren Kämpfen und dabei über die Schürz hauen, so kann man das bedauern, aber es ist menschlich verständlich. Herr Delbrück hat ja selbst zugeben müssen, daß beim Bergarbeiterstreik schwere Vergehen nur in ganz geringem Maße vorgekommen sind. Er hätte dabei auch über den Fall sprechen sollen, wo eine Mutter mit ihrem Säugling ins Gefängnis geschickt wurde, weil sie „Pflui! Streikbrecher!“ gesagt hatte. (Hört, hört! bei den Soz.) Ein solcher Rechtszustand ist eine Schmach und eine Schande für unsre Kultur. Wenn der Staatssekretär Verständnis für das Gefühl der Arbeiter hätte, würde er sich vor allem bemühen, solche Gesetze zu mildern, und würde nicht die Strafen haben, die Gesetze noch weiter verschärfen zu wollen. Wir werden ja dafür sorgen, daß die Rede des Grafen Westarp im Volke bekannt wird, und werden hinzufügen die Worte des Staatssekretärs darüber, was die Regierung bei der bevorstehenden Reform des Strafgesetzbuchs beabsichtigt. Das werden wir bei den nächsten Wahlen benutzen und dann wird hoffentlich das arbeitende Volk, das den ersten Schritt getan, die ersten 110 in den Reichstag geschickt hat, die zweiten 110 bald nachfolgen lassen. (Bravo! bei den Soz.) Die Entziehung der Herren über den sogenannten Terrorismus der Arbeiter ist ja noch dazu meist gar nicht ehrlich gemeint, sondern vielmehr eine schamlose Komödie. (Sehr wahr! bei den Soz.) Deshalb entziehen sich denn die Herren sonst nicht auch über den Terrorismus der Unternehmer? (Sehr gut! bei den Soz.) Da ist im letzten Jahre von einem Regierungsrat ein Buch erschienen, das darlegt, welche Kampfmittel die Arbeitgeber gegen ihre Streikbrecher anwenden, und in der Vorrede dieses Buchs in der Sozialen Praxis sagt der Herausgeber dieses Buchs, daß die Kampfmittel, die die Arbeiter gegen ihre Streikbrecher anwenden, durchaus richtig wären, gegenüber diesen Kampfmitteln der Unternehmer. (Hört, hört! bei den Soz.) Damit verabschieden Sie das Auftreten des Grafen Westarp, der sich über den Terrorismus der Arbeiter entsetzt, aber vom Terrorismus der Unternehmer kein Wort redet. Das ist die höhere Gerechtigkeit. Der Herr hat uns bei den letzten Wahlen genug genügt und wird uns noch mehr nützen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Doch es handelt sich nicht um den Grafen Westarp, sondern um einen planmäßigen Vorstoß der Konservativen. Besonders entsetzt hat sich Graf Westarp noch darüber, daß Genosse Fischer und Mittelung machte über eine Ausnahmeforderung zwischen Herrn Delbrück und dem preussischen Minister des Innern. Wer die Geschichte der politischen Parteien aller Länder kennt, weiß, daß von allen Parteien und allen Regierungen das Mittel der Veröffentlichung vertraulicher Mitteilungen aus gegnerischen Kreisen benutzt worden ist. Graf Westarp als früherer Polizeipräsident muß das doch am besten wissen. (Sehr gut! bei den Soz.) In ihrer heutigen Morgenausgabe bringt die Volkische Zeitung die urkundlichen Belege dafür, daß auch die konservativen Junker sich solcher Mittel bedienen haben, und noch viel schlimmer. Wobei der grundsätzliche Unterschied zu beachten ist: mein Freund Fischer hat nichts dazu getan, um sie schriftlich zu bekommen, was aber die Junker und die Regierungen getan haben, um in den Besitz solcher Schriftstücke zu gelangen, ist ja bekannt genug. Ich möchte in diesem Jubiläumjahr die Herren nur an eine ganz besondere Leistung der preussischen Junker erinnern. Wer war es, der vor etwas mehr als 100 Jahren den Herrn v. Stein zum zweitenmal aus dem preussischen Ministerium hat fliegen lassen? Das waren die preussischen Junker, die einen vertraulichen Brief des Ministers, in dem er seinem Herzen über die französische Wirtschaft in Preußen Luft macht, der Franzosenpartei, den Grafen von Dönhofs, ausgeliefert haben. (Hört, hört! bei den Soz.) Ein solches Schandmal in der Geschichte hat keine einzige Partei auf sich sitzen. Aus neuerer Zeit brauche ich ja nur an die Anklage des Herrn v. Marschall in die Öffentlichkeit zu erinnern. Also Sie (noch richtig!) sind am wenigsten berufen, uns Moral zu predigen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Konservativen haben offenbar diese ganze Frage nur angeknüpft und wahlstatistischen Rücksichten, um ihre eigenen Parteinteressen zu fördern. Die Landtagswahlen in Preußen stehen vor der Tür und ihr Gewissen ist so schlecht, ihre Angst so groß, daß Sie trotz der schlechten Wahlrechts sich noch einem Verbot zuwenden. Da war dieser Vorstoß notwendig, um die Nationalisten noch zu gewinnen. Es gab ja eine Zeit, wo die Konservativen noch im Volke wurzelten und Zutragen zu sich hatten. Damals traten auch konservative Sozialpolitiker gegen die Uebermacht des Kapitals auf und verlangten auch das Koalitionsrecht der Fabrikarbeiter. Damals waren die Konservativen noch eine selbständige Partei, heute bilden sie sich immer mehr zu einer

Söldnertruppe des Großkapitals aus (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.), das ihnen ihre Machtstellung in Preußen erlitten soll. Sie wissen, was sie daran haben. Das beklagte ja auch das vom Abg. Fischer vorgebrachte Material. Ohne daß ich dieses kannte, habe ich am Tage vorher in der Budgetkommission darüber Vorn gesprochen, daß das Reichsamt des Innern in der Sozialpolitik vollständig versagt. Da hat der Staatssekretär selbst gesagt: Und sind ja die Hände gebunden, weil Preußen die Stimmen verliert. Ledebour beantragte, die Erklärung des Staatssekretärs ins Protokoll zu bringen. In diesem hat der Finanzminister seine Erklärung freilich abzuweichen gesucht. (Hört, hört! bei den Soz.) Freilich gibt es auch Gesetze, bei denen der Finanzminister von Preußen gebietet wird, so wenn er eine Zusatzenvorlage verlangt oder Uebgaben für die Junker. (Sehr wahr! bei den Soz.) Gehemmt wird er, wenn es sich um Arbeiterrechte handelt. Die Erklärung des Staatssekretärs in der Budgetkommission zeigt, daß das Reichsamt des Innern dem preussischen Ministerium untergeordnet ist, und dieses ist untergeordnet den preussischen Junckern. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Deshalb bin ich dem Abg. Fischer für seine Mitteilung dankbar, denn

sie beleuchtet unsere staatsrechtlichen Verhältnisse und sie zeigt dem preussischen Volk, daß bei den nächsten Landtagswahlen viel mehr auf dem Spiele steht, als es den Ansehen hat. Wollen wir unser Vaterland von dem Alpdruck befreien, unter dem es leidet, wollen wir freie Bahn schaffen für eine gesunde Entwicklung, so müssen alle Kräfte daran gesetzt werden, um mit dem Junckerregiment in Preußen zu brechen und damit in Deutschland aufzuräumen! (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Der Abg. Koch hat sich auf Anschuldigungen von mir in der Budgetkommission bezogen, die auf Wunsch eines Freundes von ihm ins Protokoll aufgenommen und von mir in diesem abgeschwächt seien. Ich stelle fest, daß ich an dem Protokollentwurf, der mir zuzuging, wesentliche Änderungen nicht gemacht habe. Ich habe auch nicht die Absicht gehabt, mich über Schwierigkeiten seitens Preußens zu beschweren, ich habe lediglich darauf hingewiesen, daß die Ausarbeitung von Gesetzentwürfen im Deutschen Reich vermög seiner Verfassung schwieriger ist als in einem Einheitsstaat. Allerdings bin ich auch von anderer Seite mißverstanden worden, wie ein heutiger Artikel des Abg. Gotheim im Berliner Tageblatt zeigt. Ich betone deshalb noch einmal, daß im Bundesrat Anträge nur seitens der Einzelstaaten gestellt werden können. Sogenannte Präzedenzfälle, die in den Reichsämtern ausgegearbeitet werden, können gar nicht anders an den Reichstag gelangen, als durch Ermächtigung des beteiligten Bundesstaats, das ist Preußen. Die Reichsregierung ist also stets genötigt, die Zustimmung des preussischen Staatsministeriums zu einer Vorlage beizubringen. Dieser Zustand darf auch gar nicht beseitigt werden, denn das Reich ist darauf aufgebaut, daß Preußen der führende Staat ist, woraus sich ergibt, daß die preussische und die Reichspolitik nach einheitlichen Zielen zu führen sind. (Abg. Ledebour: Auch das Wahlrecht muß einheitlich sein!) Das Reich hat die Verpflichtung übernommen, die verfassungsmäßigen Einrichtungen der Bundesstaaten zu schützen, deshalb ist die Beziehung auf das Wahlrecht verfehlt. Vor einer Beschlußfassung des Bundesrats müssen die einzelnen Bevollmächtigten ihre Regierungen informieren, bei denen die Vorlagen dann geprüft werden. Darauf ergibt sich eine sorgfältige Durcharbeitung mit Berücksichtigung der verschiedensten Interessen in dem großen Reich. Diese Einrichtung muß bei der großen Zahl der Faktoren, mit denen ich zu verhandeln habe, zu Schwierigkeiten führen, die aber mit in den Kauf zu nehmen sind. Auch Herr Bismarck hat über diese Schwierigkeiten schon geflagt, doch ist ihm nie der Gedanke gekommen, sie durch eine grundlegende Änderung der Verfassung zu beseitigen.

Der Abg. Koch hat dann über die vielen und komplizierten Vorschriften auf dem Gebiete des Arbeiterrechts geflagt. Diese Reglementierung rührt von der tatsächlichen Art her, in der hier Gesetze gemacht werden; für jeden einzelnen Fall soll immer auch gleich ein besonderer Paragraph gemacht werden. Das erschwert natürlich die Anwendung der Gesetze.

Der Abg. Koch meinte, es fehlt ein einheitlicher Unterbau. Auch ich bin der Ansicht, daß eine einheitliche Gestaltung unserer großen Verordnungsgebung für alle Teile besser wäre. Auch Graf Westarowsky hat diese Auffassung gehabt. Daß dieses Ziel nicht erreicht wurde, liegt an der historischen Entwicklung unserer Arbeitergesetzgebung. Herr Koch schwebte, wie ich ihn verstand, vor, daß hier nur große Grundzüge ausgearbeitet und die Anwendung der Gesetze paritätisch zusammengesetzten Instanzen übergeben werde. Wenn die Arbeiter rein sachlich und ohne politische Tendenz handelten, würde die Arbeitergesetzgebung einer solchen Tendenz sich nähernden Weise wohl aufgebaut werden können. Daß das nicht möglich ist, dafür will ich nur an das Gesetz über die Sicherheitsmänner der Bergleute erinnern. Ich habe diese als ein technisches Institut gedacht, so daß bei der Wahl lediglich die technische und persönliche Zuverlässigkeit maßgebend sei. Tatsächlich ist eine politische Einrichtung der Sozialdemokratie daraus geworden, die Wahlen spielen sich als Kampfs zwischen den christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften. Durch die Politisierung der Sicherheitsmänner ist der Zweck dieser guten Einrichtung völlig vereitelt.

Sozial zur Sozialpolitik. In bezug auf die Mittelstandsfragen verweise ich auf meine eingehenden Darlegungen im Vorjahre, die ich heute nicht wiederholen will. Die Lösung vom Mittelstandsproblem ist ganz besonders schwierig. Der Redner sucht dies an einzelnen Beispielen auszuführen. Unfre Handwerkergesetzgebung ist der Revision bedürftig. Eine Vorlage in dieser Richtung wird dem Reichstag zugehen. Unfre bisherige Zoll- und Wirtschaftspolitik werden wir in den alten Bahnen weiterführen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Wiper (Zentr.): Soweit der Theatergesetzentwurf das Bühnenwesen betrifft, haben ihn die Interessenten als brauchbare Grundlage anerkannt; hoffentlich wird er bald vorgelegt werden. Eine Kinoreform ist dringend notwendig. Vor allem muß gegen die rückwärtsgehende und gemeine Klänge mancher Kinos energisch vorgegangen werden. Die Ankündigung eines Entwurfs über die Zigarettenindustrie begrüßen wir; ein gleicher für die Konfektion sollte folgen. Die Gewerbeaufsichtsbereame sollten das Recht erhalten, nicht nur, wenn Gefahr in Verzug ist, selbst Verfügungen zu treffen. Ein Verbot des Streikpostenstehens würde die bei Streiks vorkommenden Ausschreitungen nicht verhindern. Es ist deshalb unvordenklich, und im übrigen auch unerschäft, denn verbietet man das wirkliche Streikpostenstehen, so macht man Streiks überhaupt unmöglich. Dies Verbot würde daher im Volke mit Recht als Klagengefes empfunden werden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Das Reichsamt des Innern sollte der Entwicklung der Tarifverträge freundschaftlich gegenüberstellen. Empfehlenswert wäre die Ausarbeitung einer Denkschrift über die gesundheitlichen und sozialen Wirkungen untre Arbeitergesetzgebung. (Lebh. Beifall im Zentr.)

Abg. Wibel (nat.-lib.): Der gewerbliche Mittelstand hat von der sozialpolitischen Gesetzgebung keinen Vorteil; die Gelegenheitsgeschmäherei schädigt vielmehr das Handwerk ungemein. Ein treffendes Beispiel dafür ist in meinem Beruf die Bäckerordnung. So wenig wie durch Gesetze kann dem Handwerk durch Selbsthilfe allein geholfen werden; Staatshilfe und Selbsthilfe können nur dann ihr Ziel erfüllen, wenn unser Bildungswesen besser wird. So müßten den Fortbildungsschulen vor allem Fachschulen angegliedert werden. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dertel (Konf.): Ob die Ausführungen des Staatssekretärs in der Budgetkommission zweckmäßig waren, scheint mir fraglich, da sie mißverständlich waren und mißverstanden worden sind. Herr Koch meinte, in Preußen kommandieren die Junker. Ich habe davon noch nichts gemerkt; kommandierten wir wirklich, so würde manches ganz anders ausfallen, und die Herren von der äußersten Linken würden ganz andre Empfindungen haben. An den Vorgängen von 1908 ist die konservative Partei unschuldig, denn damals existierte sie noch gar nicht. Auch die Marschallhebe ging nicht von den Junckern aus. Herr Koch meinte, der Zweck untre Vorgehens erkläre sich aus wahlstatistischen Rücksichten. Nun, untre Resolution ist kein Verstoß, sondern ein Rückzug. Wir hoffen, für diese abgemilderte Streikpostenresolution ein besseres Verständnis zu finden, wie im vorigen Jahr für die härtere. Von wahlstatistischen Rücksichten kann absolut nicht die Rede sein. Wir „engherzigen, einseitigen Agrarier“ haben volles Verständnis für die Bedeutung der Großindustrie, die schwer unter dem Terrorismus leidet. Aber über große Massen von Soldnertruppen des Kapitalismus. Nun, der Vorwärts hat mehrfach bei Artikeln der Deutschen Tageszeitung gegen den Kapitalismus geschrieben, sie hätten ebenjogut im Vorwärts stehen können. Wir bekämpfen eben die Auswüchse des Kapitalismus. — Herr Müller hat uns nicht gesagt, wer die Dämpfung zuerst angeordnet hat. (Zuruf: Nicht so neugierig!) Neugierde ist manchmal sehr nützlich und gerade Herr Müller-Meinungen hat davon

ein vollgerichtetes Maß. (Große Heiterkeit.) Wir haben mit der Sozialdemokratie nichts Gemeinsames. (Zuruf bei der Sp.: Das soziale Fahnenband!) Das hat ja Dr. Cohn ins Reich der Märchen verwickelt. Die konervative Partei wird jeden abspalten, der sich irgendwie mit der Sozialdemokratie einläßt. Es ist uns schon nicht angenehm, hier mit den Herren verhandeln zu müssen. (Heiterkeit.) Die Sozialdemokratie ist republikanisch und antimonarchisch. Wegen den Krieg sind alle Sozialdemokraten einig. (Sehr richtig! bei den Soz.) Sie verwerfen ihn alle, vom schärfsten Radikalen bis zum sanftesten pomadifertesten Revisionisten. (Heiterkeit.) Fragt man aber, wie sie ihn verhindern wollen, so schweigt der Sängers Dölligkeit, und entfährt jemandem das Wort „Massenstreik“, so sagt man ihm: Schweig still, mein Herz! So etwas sagt man nicht, das tut man nur im gegebenen Fall. Herr Weibel hat ja selbst einmal gesagt, er werde noch die Hände auf den Büchel nehmen, wenn es sich um einen Abwehrkrieg handelt. Nun hat neuerdings Dr. Maurenbrecher geschrieben: die modernen, sozialistisch erzeugten Arbeiter würden sich wie ein Mann erheben, um einen in das Land einfallenden Feind zu vertreiben. Er hat hinzugefügt, daß unter Umständen gerade vom demokratischen Standpunkt aus ein Krieg notwendig sein wird, wenn er auch äußerlich als Angriffskrieg oder als Krieg wegen ganz fernliegender Objekte erscheint — z. B. Auslauf gegenüber. Nun steht gegen ihn das „Hamburger Echo“ auf und sagt: Der Mann muß liegen. Ich glaube, diese Meinungsäußerung ist Ihnen nicht ganz angenehm, das sehe ich Ihnen an. (Heiterkeit.) Wenn man aber über den Krieg so denkt, wie das Hamburger Blatt, so folgt daraus, daß zwischen keiner bürgerlichen Partei und der Sozialdemokratie irgendwelches Paktieren stattfinden kann. Was die Sozialdemokratie über die Revolution denkt, ist auch nicht recht zu verstehen. Mit den Medienarten von der Entwicklung kommen wir nicht weiter. Die Entwicklung wird doch gestaltet; Sie werden Sie nach Ihrem, wir nach unserem Geschmack gestalten wollen, und schließlich wird es zum Zusammenstoß kommen. Gewiß, Sie wollen keine Revolution, heute nicht, es ist ja viel bequemer, hier im Hause zu sitzen. (Heiterkeit.) Aber Sie wollen bei diesem Entschluß nur bleiben, wenn wir uns die Haut über die Ohren ziehen lassen. Lassen wir uns das nicht gefallen, dann wird die Revolution kommen und Sie weisen dann und die Schuld zu. Ich verleihe auch nicht, wie der Abg. Dr. Weill als deutscher Reichstagsabgeordneter das hiesige Bureau einer französischen Zeitung leiten kann, die auf dem Standpunkt des Herrn Jaurès steht. Die private Beschäftigung eines Abgeordneten geht und nichts an, aber in der jetzigen Zeit das Bureau einer französischen Zeitung zu leiten, erfordert ein Maß von abwägender Taktik, politischer Klugheit und vaterländischer Gesinnung, das ich Herrn Dr. Weill — von Herzen wünsche. (Heiterkeit.) Die Maßnahmen zur Herabsetzung der Fleischpreise bedeuten einen Bruch mit der Wirtschaftspolitik des Reiches. Das Verbot des Streikpostens soll nur der Anfang eines besseren Schutzes gegen den reaktionären Koalitionszwang sein. Damit können wir nicht bis zur allgemeinen Streikproklamation warten. Deshalb bedauern wir den Standpunkt des Staatssekretärs, aus dessen Ausführungen wir den unerwünschten Eindruck bekommen haben, daß er und der Reichskanzler in dem bevorstehenden Kampf gegen die Sozialdemokratie nicht den Wagen und die Entschiedenheit zeigen werden, die notwendig sind. Die vaterländischen Ermahnungen des Staatssekretärs an die Sozialdemokraten verfangen nicht. Da ist mit vaterländischer Erziehung nichts zu erreichen, da müssen andre Mittel angewendet werden. (Zuruf bei den Soz.: Die Kräfte!) Der Mittelstand muß gerettet werden, sonst treiben wir in das uralte Meer des sozialdemokratischen Zukunftskaates. (Bravo! recht.)

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung. Es folgen persönliche Bemerkungen.
Abg. Dr. Weill (Soz.): Herr Dertel hat sich nach meiner privaten Beschäftigung erkundigt. Ich stelle mit größter Bereitwilligkeit fest: Ich bin bisher der Korrespondent der Humanität gewesen und werde es bleiben. (Bravo! bei den Soz.) Diese Tätigkeit steht keineswegs im Widerspruch mit meinen Pflichten als Mitglied dieses Hauses (Sehr richtig! bei den Soz.), denn die Humanität verachtet seit ihrem Bestehen gerade die Politik, die Herr Dertel vorher den Herren Wetzelé und Daegny als musterhaft empfohlen hat, die Politik der Annäherung, Verständigung und Verschönerung der beiden großen Kulturvölker. (Leb! Bravo! bei den Soz.)
Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. (Kleine Anfragen, Fortsetzung der Beratung des Etats des Innern.)

Verfammlungen

am 13. Reichstagswahlkreis.

Drüverein Eibitzsch.

Am 10. Januar fand die halbjährige Generalversammlung statt. Genosse Dietrich hielt einen Vortrag über die große französische Revolution. Derauf erfolgte der Bericht über die Tätigkeit. Es sind abgehalten worden: 5 Mitglieder- und 3 öffentliche Versammlungen, davon 1 Frauenversammlung. Der höchste Besuch der Versammlungen war 180, der schwächste Besuch 102 Mitglieder. Ferner fanden statt: 1 Kinderfest, 2 Spielnachmittage, 1 Tagesausflug für Kinder, 1 Kassenabend, 1 Kunstabend, 2 Märchenabende, außerdem 8 Vorstandssitzungen. Die Kassenabnahme betrug 4083,43 Mk. Die Revisoren beantragten, den Kassierer zu entlasten. Dieser Antrag gelangt einstimmig zur Annahme. Die Mitglieder Robert Endorf und Otto Schumann sind wegen Streikbruchs ausgeschlossen worden.

Der Drüverein Probstheida

hielt am 11. Januar seine halbjährige Generalversammlung ab. Zum Bericht des Vorstandes teilte der Vorsitzende mit, daß im vergangenen Halbjahr 7 Sitzungen, 5 Mitglieder- und 1 öffentliche Versammlung abgehalten wurden. Im Durchschnitt waren die Mitgliederveranstaltungen von 28 Personen besucht. Der Verein zählte am 1. Januar 1913 110 männliche und 19 weibliche Mitglieder. Der Vorsitzende stellte fest, daß leider ein Teil der Mitglieder, angelehnt der wirtschaftlichen Lage, es nicht für notwendig hält, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Auch betrug die Beteiligung zur Stadtverordnetenwahl im Orte nur 60 Prozent. Der Kassenbestand betrug am 31. Dezember 1912 28,84 Mk. An die Hauptkasse wurden 122 Mk. abgeliefert. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Sängerecke zählt zurzeit 19 Sänger. Der Obmann forderte zum Beitritt zu dieser Abteilung auf. Das Bürgerrecht haben 7 Personen erworben, die Staatsangehörigkeit 5. Infolge unglücklicher Arbeitszeit mußte der Vorsitzende sein Amt niederlegen und wurde Genosse Hans Neumert an dessen Stelle gewählt. Am 15. Februar soll ein Humorabend veranstaltet werden. Auch wurde geplant, am 15. Juni eine Vereinpartei zu veranstalten.

Drüverein Döllitz-Döfen.

In der Generalversammlung am 11. Januar wurde über die Vereinstätigkeit im vergangenen halben Jahre berichtet. Danach haben stattgefunden: 1 Generalversammlung, 5 Mitgliederveranstaltungen, 1 öffentliche Wählerversammlung, 6 Funktionärsitzungen und 1 Vorstandssitzung. Veranstaltet wurden: 1 Lichtbildervortrag für Kinder und 1 Theaterabend am 1. Weihnachtstag. Die Zunahme an Mitgliedern betrug 13. Am Schlusse des Halbjahres war eine Mitgliederzahl von 231 zu verzeichnen. Die Durchschnittsbesucherzahl in den Vereinsveranstaltungen betrug 38. Einer Einnahme von 1057,38 Mk. steht eine Ausgabe von 1039,08 Mk. gegenüber, so daß ein Kassenbestand von 18,30 Mk. verbleibt. Der Obmann der Sängerecke berichtet über deren Tätigkeit und teilt mit, daß diese Abteilung am 1. Januar ein selbständiger Verein geworden ist. Der daraufhin abgeschlossene Vertrag zwischen Sängern, dem Hauptvorstand und den Drüvereinen Köhlig und Döllitz-Döfen wird von der Generalversammlung gutgeheißen. An Stelle des Genossen Hoffmann wird Genosse Lippold als Kassierer gewählt. Der Vorsitzende gibt dann noch eine kurze Statistik über die veranstalteten Unterrichtskurse und kann die Teilnahme und das Interesse an denselben nur als ein zufriedenstellendes bezeichnen werden.

Der Drüverein Connewitz

hielt seine Generalversammlung am 8. Januar im Sächsischen Hause ab. Nach dem Bericht des Vorsitzenden fanden eine Generalversammlung, vier Mitgliederveranstaltungen und eine Wählerversammlung statt. Der Vorstand erlebte seine Geschäfte in vier Sitzungen. Die Stadtverordnetenwahl brachte für die Beteiligten reiche Arbeit. Es wurde gewünscht, daß sich in Zukunft noch mehr Genossen an den Vorarbeiten beteiligen sollen. Der erste Teil der Lichtbildervorträge war immer gut besucht, was auch vom zweiten Teil zu hoffen ist, in dem die Geschichte des Sozialismus behandelt wird. Ferner wurden veranstaltet zwei Kinderabende, ein Kunstabend, ein Lichtbildervortrag für Erwachsene und einer für Kinder, ein Kassenabend und ein Theaterabend. Der Kassierbericht weist eine Gesamteinnahme von 2027,27 Mk. auf. Die Ausgaben betragen 2004,57 Mk., bleibt ein Ueberschuß von 22,70 Mk. An die Hauptkasse wurden 1767,30 Mk. abgeliefert. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassierer entlastet. Dem Bericht der Mitgliederkommission zufolge zählte der Verein am Jahresabschluss 663 männliche und 163 weibliche Mitglieder. Die Zeitungskommission hat 1500 Zeitungsblätter festgestellt, weiter haben sechs Flugblatt- und verschiedene Handzettelverteilungen stattgefunden. Dem Bericht der Bibliothekskommission zufolge wurden 3125 Bände an 1375 Leser abgegeben. Die Kinderbuchkommission hat einige Fälle ungewöhnlicher Kinderarbeit an die Zentrale weitergegeben. Die Bürgerrechtskommission hat 71 Gesuche erledigt. Unter Parteiangelegenheiten wurde die Vorlage betreffs Urvwahl einstimmig angenommen. Im weiteren wurde beschlossen, am 1. Osterfesttage einen Kunstabend abzuhalten. Genosse Teubert machte den Vorschlag, dieses Jahr kein Sommerfest abzuhalten. Der Antrag wurde der Festkommission überwiesen. Genosse Lehmann brachte noch die Angelegenheit des Bibliothekseins zur Sprache, daß dasselbe zu klein ist. Die Genossen Lehmann und Michsmann wurden beauftragt, nach einem andern Lokal Umschau zu halten.

Der Drüverein Plagwitz-Eindenauschleußig

hielt am 8. Januar 1913 seine halbjährige Generalversammlung in den Westendhallen in Plagwitz ab. Genosse Reimling referierte über: Der Kampf um die Schulpflicht im sächsischen Landtage. Da in der nächsten Zeit fünf große Versammlungen mit diesem Thema veranstaltet werden, erließ er heute eine Wiedergabe. Danach berichtete der Vorsitzende Schiebel über die Tätigkeit des Vorstandes. Allmonatlich haben große Versammlungen mit guten Referenten stattgefunden und sind auch noch bis Monat März vorgesehen. Die Ferienausflüge sind eine befriedigende Einrichtung geworden. Es wurden bei den letzten Ausflügen 1500 Teilnehmerkarten abgegeben. Die Einnahmen betragen 108,31 Mk., die Ausgaben 537,90 Mk. Der Vorsitzende stellte bei dieser Gelegenheit den Genossen, die mit großer Hingabe für Spielunterhaltung sorgen, den besonderen Dank ab. Die Abendausflüge hatten nur eine schwache Beteiligung, sie verursachten ein Defizit von 67 Mk. Es fanden drei Märchenausflüge der Dramatischen Abteilung statt. Die Ausführungen entsprachen dem guten Ruf dieser Abteilung. Die Ausgaben und Einnahmen deckten sich. Auf die verschiedenen Klagen der Mitglieder, daß das Erlangen von Theaterkarten so schwer ist, erklärte der Vorsitzende, daß dem Drüverein entsprechend seiner Mitgliederzahl zu wenig Karten zur Verfügung gestellt werden. Die Fiktualität der Mitglieder war eine große. Der Abgang betrug zusammen 800 Mitglieder, der Zugang 1043, so daß der Bestand am Schlusse des Jahres 5683 Mitglieder betrug. Der Wunsch und die Hoffnung des Vorstandes, die Mitgliederzahl 6000 zu erreichen, ist nicht in Erfüllung gegangen. Aus dem Bericht des Kassierers ist hervorzuheben, daß folgende Gelder an die Hauptkasse abgeliefert worden sind: 7700 Mk. für Beitragsmarken, 933 Mk. für Wahlsondemarken und 64 Mk. für Eintrittsmarken. Für Agitation und zwar in der Hauptsache für Gleichheit, Inzertate, Flugblätter, Plakate und Referate wurden ausgegeben 1231,70 Mk. Die Bibliothek erforderte einen Aufwand von 2052,52 Mk., davon allein die Neuananschaffung 1404,30 Mk. Die Gesamteinnahme und -ausgabe balancierten mit 13 058,55 Mk. Der Bericht über die Bibliothek erscheint in nächster Zeit in ausführlicher, separater Weise in der Volkszeitung. 10 Ergänzungswahlen zu Generalversammlungsvertretern machten sich notwendig und wurden vorgenommen. Beim Punkt Vereinsangelegenheiten teilte der Vorsitzende mit, daß in nächster Zeit verschiedene Veranstaltungen stattfinden.

Drüverein Eibitzsch.

Die halbjährige Generalversammlung fand am 10. Januar in der Erholung statt. Der Vorsitzende berichtete über die Tätigkeit des Vereins. Es fanden statt: 5 Mitglieder- und 4 öffentliche Versammlungen, 5 Vorstandssitzungen und 3 Agitationsabende, ferner wurde ein Sommerfest und ein Tanzkränzchen abgehalten. Der Mitgliederbestand liegt auf 87 männliche und 26 weibliche Mitglieder. Der durchschnittliche Versammlungsbefuch betrug 25 Mitglieder. Die Kasse verzeichnete eine Einnahme von 215,01 Mk., der eine Ausgabe von 211,01 Mk. gegenüberstand. Die Bibliothek umfaßt 416 Bände, 240 Leser entnahmen zusammen 293 Bände. Zur Ergänzung des Vorstandes wurde Oskar Rauf als 2. Schriftführer gewählt. Sodann berichtete die Kinderbuchkommission und der Gemeindevorstand über Gemeindevorstand- und Schulvorstandssitzungen.

Drüverein L.-Wohls.

Die halbjährige Generalversammlung des Drüvereins fand am 10. Januar statt. Aus dem Bericht des Vorsitzenden G. Heinrich geht hervor, daß dieses Halbjahr ein arbeitsreiches gewesen ist. Es wurden 1 General-, 2 öffentliche und 6 Mitgliederveranstaltungen abgehalten; weiter wurden veranstaltet: 4 Ferien-, 2 Nacht- und 1 Theaterabend und 2 Lichtbildervorträge. Die Geschäfte des Vereins wurden in 7 Vorstandssitzungen erledigt. Der Mitgliederbestand betrug am 1. Juli 1912 1067 Mitglieder, 948 männliche, 119 weibliche Personen. Eingetreten und zugezogen sind 218, ausgetreten und verzogen 180, gestorben 2 Mitglieder. Bestand am 31. Dezember 1912 1108 Mitglieder, 976 männliche, 127 weibliche Personen. Der Kassierbericht ergab an Einnahmen 2708,16 Mk.; die Ausgaben betragen 2695,31 Mk., Kassenbestand 72,85 Mk.; an die Hauptkasse sind 1400,90 Mk. abgeliefert worden. Aus dem Bericht der Bibliothekskommission geht hervor, daß der Bestand an Büchern 1400 Bände betrug. 932 Leser haben 1914 Bände entliehen. Es wurde Beschwerde geführt über die Behandlung der Bücher und erucht, die entliehenen Bücher in besserem Zustande zurückzugeben. Die Bürgerrechtskommission ist im letzten Jahre 291 Bürgern zur Neuannahme beihilflich gewesen, davon 93 Söhnen und 198 Nichtsöhnen. Alle Berichte wurden ohne wesentliche Debatte entgegengenommen. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassierer entlastet. Dem Entwurf des Hauptvorstandes zur Urvwahl wurde zugestimmt. Der Vorsitzende gab bekannt, daß der zweite Kursus am 24. Januar beginnt und erucht um rege Beteiligung. Einem Vorschlag des Vorstandes, ein Sommer- und Kinderfest an einem Sonntage im Juni stattfinden zu lassen, wurde zugestimmt. Ferner forderte der Vorsitzende die Genossen und Genossinnen auf, welche sich am Spielkränzchen beteiligen wollen, sich beim Vorstand zu melden. Damit hatte die Versammlung ihr Ende erreicht.

Bereine und Versammlungen.

Die Holzarbeiter Lauscha

hielten am 6. Januar ihre diesjährige Generalversammlung ab. Kollege Grünthal gab einen Uebersicht über die Tätigkeit der Verwaltung. Es fanden 10 Mitglieder-, 17 Verwaltungssitzungen, 1 Agitations- und 1 Werkstatteversammlung, 1 Winterveranstaltungen und 2 Ausflüge statt. Besuch wurden die Versammlungen von 228 Mitgliedern, im Durchschnitt 23. Vorträge zu den Versammlungen fanden 6 statt. Kollege Horn gab den Kassierbericht. Darauf haben die Kartelldelegierten Bericht über Jugend- und Krankenkassenwesen. Bei den Neuwahlen wurden die Kollegen Grünthal als Revollmächtigter, Horn als Kassierer, Binneweiß als Schriftführer, Ringler und Kahle als Beisitzer, Müller und Schuster

als Revisoren, Donner und Ringler als Kartelldelegierte und Abel als Bibliothekar gewählt. Dann wurde bekanntgegeben, daß das Bergnütigen umständlicher erst am 11. Januar stattfinden. Nach einer längeren Aussprache über die Agitation im neuen Jahre wurde die Versammlung geschlossen.

Die Fabrikarbeiter

hielten am 5. Januar ihre Jahresversammlung im Volkshaus ab. Der Vorsitzende ergänzte den gedruckten vorliegenden Jahresbericht. Danach war das Jahr 1912 reich an Kämpfen — 22 Lohnbewegungen fanden statt, die reich an Erfolgen waren. Die letzteren konnten fast ausnahmslos ohne Streik erreicht werden, gewiß ein Beweis für die zunehmende Macht unseres Verbandes. Für 618 Verbandsmitglieder konnte eine Lohnsteigerung von 1,70 Mk. im Durchschnitt pro Woche und Person erreicht werden. Wie notwendig dies gerade für die ungelerten Arbeiter ist, wird klar ersichtlich aus der im Vorjahr aufgenommenen Statistik über die Lohn- und Lebensverhältnisse der Fabrikarbeiter, die im diesjährigen Bericht veröffentlicht ist. Wenn auch leider einem Teile der Mitglieder das Verständnis für solche Erhebungen abgehen, so geben doch immerhin 73 Proz. der Mitglieder ihre Bogen zurück, wovon allerdings nochmals 2 Proz. von der Bearbeitung ausgeschlossen werden mußten. Die Entlohnung der Beschäftigten läßt viel zu wünschen übrig. Nach den einzelnen Lohnsystemen wurden entlohnt 690 Personen in Akord, 2024 in Zeitlohn und 257 in Akord und in der Lohnklasse über 28 Mk. nur 15,88 Proz. für Akord ausgeben. Eine genaue Betrachtung des Gesamtergebnisses zeigt, daß die günstigsten Lohn- und Arbeitsbedingungen dort gefunden werden, wo ein festes Organisationsverhältnis besteht. Das Gegenteil ist zu vergleichen, wo unser Einfluss gering ist.

Von den Befragten waren 1437 — 50 Proz. — Parteimitglied, 1181 — 39 Proz. — Konsumvereinsmitglied, 1816 — 61 Proz. — Leser der Parteipresse; 7 1/2 Proz. der Mitglieder sind Leser der bürgerlichen und 28 Proz. lesen kein Blatt. Auch ein reiches Material über die Gesundheitsverhältnisse der in den verschiedenen Betriebsarten Beschäftigten ist zusammengetragen. Dessen Verständnis wird durch die beigegebenen graphischen Darstellungen wesentlich gefördert. Zum Schluß wird an die Verammlungen appelliert, im kommenden Jahre alles Kleinliche und Persönliche zu unterdrücken und die ganze Kraft für die Stärkung der Organisation einzusetzen. Kollege B. gab den Kassierbericht. Auch hier ist ein nennenswerter Fortschritt zu verzeichnen. Einnahme und Ausgabe bilanzieren in der Hauptklasse mit 9122,00 Mk.; in der Nebenkasse mit 6896,55 Mk. Erhebliche Aufwendungen mußten für Kranke gemacht werden, 2192 Mk. wurden ausgegeben; 5912 Mk. für Arbeitslose und Reisende, für Rechtschutz wurden 125,50 Mk., für Mahregelung 1270,85 Mk., für Umzugsgeld 620 Mk., für Sterbegeld 1885 Mk., Streikunterstützung 1710,75 Mk. und für Matrasperser 608,55 Mk. ausgegeben. Die Mitgliederzahl stieg von 4180 auf 4412.

Der Antrag der Revisoren auf Entlastung des Kassierers wurde einstimmig angenommen. Nach dem Bericht setzte eine lebhafte Debatte über die verschiedenen Fragen ein. In die Verwaltung wurden gewählt die Kollegen Franke, Klaxer, Scharff, Schnert, Schönfeld und Zehmski.

Einem Antrage der Hauptkassierer auf Erhöhung der Kassierprocente um 1 Proz. wurde zugestimmt.

Die Bauarbeiter

hielten am 8. Januar eine Versammlung ab, in der sie Stellungnahmen zu der Vorlage des Verbandsvorstandes: 1. Unterstützungs-kasse für die im Auftrage des Verbandes tätigen Kollegen; 2. Bestimmungen über Anstellung der Verbandsbeamten und Regulierung deren Gehälter. Nach lebhafter Diskussion wurde ein Antrag des Zweigvereinsvorstandes, die Vorlagen abzuheben, einstimmig angenommen. Neben dem Angebot der Unternehmer in der Ausstellungsangelegenheit stimmte die Versammlung insofern zu, daß sie mit der Zulage von 3 Pfg. für die Stunde bis 31. März einverstanden ist, jedoch alles weitere ablehnte. Auf eine Mitteilung der Volkshausverwaltung wurde beschlossen, die Summe von 4500 Mk. als Beitrag zum Volkshausfonds beizutragen. Zu den beabsichtigten Kurzen der Bauarbeiterkommission wurden die Kollegen aufgefordert, sich recht lebhaft zu beteiligen. Bei der Firma Dobrico, Betonfirma, haben die Kollegen die Arbeit eingestellt, weil die Firma trotz Widerspruch der Arbeiter den Mittwochswochenlohn eingeführt hat. Darin erblickt die Versammlung eine Verschlechterung des bestehenden tariflich festgelegten Arbeitsverhältnisses. Die Versammlung beschließt, an dem früheren Beschluß festzuhalten, wonach in solchen Fällen die Arbeit niederzulegen ist. Die Firma beruft sich hierbei auf den Vorstehenden des Gewerbeamts, Herrn Stadtrat Jopp. Herr Jopp hat die Arbeitsordnung genehmigt, obwohl ihm angeblickt von der Firma der Widerspruch der Arbeiter mitgeteilt wurde. Mit einer solchen Verhandlung durch das Gewerbeamt können sich die Bauarbeiter keinesfalls einverstanden erklären. Der Ausschluß aus dem Verband wurde gegen folgende Kollegen beantragt: Wegen Streikbruch bei der Firma Schirmer, Adhilt-Schrenberg, Franz W o l d e r i c h, Max Lauschke, Carl Schmidt, alle drei Maurer; wegen Streikbruch bei der Firma Karl Krause, L.-Anger, Carl Schefski, Artur Döring, beide Maurer und Oskar D i n n e b e r g, Hilfsarbeiter; wegen anderer Vergehen Franz W e h l i n g, Hilfsarbeiter und Walter L a d e k e, Maurer. Der Ausschluß gegen den Kollegen P o s s e l d wurde aufgehoben, da derselbe seinen Verpflichtungen nachgekommen ist. In Bezug auf die Weisung wird der Arbeiterlohn das Lokal zu Versammlungen vorenthalten, weshalb das Lokal für organisierte Arbeiter gesperrt ist. Die Kollegen Fritz Beier, Oswald und Edmund Kפל, Franz und Albert Saupé, Dito Gärtner und Karl Geisler, vertreten trotzdem in diesem Lokal. Sie werden deshalb aufgefordert, sich den Beschläffen, die seitens der Arbeiterchaft gefaßt werden, anzupassen.

Täglich neue Freunde gewinnt die vortreffliche **REVUE** Qualitäts-Cigarette **SULIMA**

Im Inventur-Ausverkauf

besonders preiswert.

Ein Posten Schleifen für Steh- und Stehuhlegekragen	jetzt	35	↔
Ein Posten Schleifen, Regattes und Binder	jetzt	45	↔
Ein Posten Binder früher bis 1.45	jetzt	65	↔
Ein Posten Kragenschoner	jetzt von	35	an
Ein Posten Bunte Oberhemden	jetzt von	2.45	an
Ein Posten Damen-Strick-Handschuhe reine Wolle jetzt		45	↔
Ein Posten Damen-Glacé-Handschuhe	jetzt	95	↔
Ein Posten Damen-Suède garantiert Ziegenleder, früher 2.45 .	jetzt	1.85	
Ein Posten Herren-Nappa ganz gestoppt		2.25 u. 1.75	

Handschuh-Spezialhaus Jordan u. Co.
28. Petersstr. 28.

Billige Lebensmittel!

Gemahlener weisser Zucker

10 Pfd. = 2 M., 1 Zentner = 19 M.
Allerfeinste gemahlene Brot-Raffinade, 10 Pfd. = 2.20 M.
Würfelzucker, 5 Pfd. = 1.20 M., 1 Zentner = 22-22 1/2 M.
Beste ergiebige Weizenmehle
 0 00 000 Kaiserzug Edelweiss-Griesler Diamant
 5 Pfd. = 75, 80, 90, 95, 1.05 M.
Prima Heidemehl, Pfd. 25
Bestes Spezial-Schweinefett, Pfd. 72, bei 5 Pfd. 70
Frisches Pflanzenfett, à Pfd. 60
Haushalt-Marmelade, Pfd. 30, 5-Pfund-Eimer = 1.40 M.
Aprikosen-, Erdbeer- und Himbeer-Konfitüre, Pfd. 60-65
Pflaumenmuff, Pfd. 25, 2-Pfund-Töpfe = 60
Grauenjohz - Bifello - Aromin - Stolz des Hauses
 1 Pfd. = 70, 80, 90, 1 M.

Neue weisse amerikanische Apfelschnitte

empfehle ich stets ganz frisch als bestbekanntes Ersatz für feinste frische Butter.
 Pfd. 43, bei 5 Pfd. à 40, in Originalpackung à 36
Böhm., Türk. u. Kalif. Pflaumen, Pfd. 35, 40, 50, 60, 70, 85
Kalifornische Aprikosen, Pfd. 60, 70, 80, 90
Feinste neue Kalifat-Datteln, Pfd. 36
Prima neue Kranz- und Mattonfolgen, Pfd. 30-35
Tafel-Mischobst, Pfd. 40-50
Preisselbeeren, Heidelbeeren, in dickem Zucker, Pfd. 40
Kunst-Honig, Pfd. 28, 4 Pfd. = 1 M., Honig-Ersatz, Pfd. 36-45
Goldg. Sirup, Pfd. 22, 5 Pfd. = 1 M., Patent-Rübensaft, Pfd. 20, 5 Pfd. = 90
Prima weisser Capillair-Sirup, Pfd. 22, 5 Pfd. = 1 M.

Zucker-Linsen	8 Pfd. = 100	Gelbe 1/2 geschl. Erbsen 5 Pfd. = 80
Mittel-Linsen	5 " = 75	Gelbe 1/2 " Erbsen la 5 " = 100
Grosse Linsen	5 " = 90	Gelbe 1/2 Riesen-Erbsen 5 " = 90
Grosse Linsen I	5 " = 100	la grüne Erbsen 5 " = 90
Heller-Linsen	5 " = 110	Weisse Rundbohnen 5 " = 90
Heller-Linsen, extra	5 " = 140	Weisse Perlbohnen 5 " = 100
Bruch-Bohnen	5 " = 75	Haferhocken 5 " = 110
Rangoon-Bohnen	5 " = 90	Korn- und Malzkaffee 5 " = 110
Rangoon-Bohnen I	5 " = 100	Gabr. Gerste 5 " = 75
Tafel-Bohnen	5 " = 110	Graupen 00 5 " = 90
Kronen-Patna-Bohnen	5 " = 110	Kartoffelmehl la 5 " = 80
Kronen-Patna-Bohnen, extra	5 " = 120	Makkaroni 5 " = 150
Natur-Bohnen la	5 " = 125	Borax, pulverisiert 4 " = 100
Karoliner Bohnen	5 " = 130	Junge Schnittbohnen 2 Pfd.-Dose 32

Alle Kolonialwaren zu bekannt billigsten Preisen!

Albin Reichel

Hauptgeschäft: Leipzig, Gerberstraße 13. Telefon 1381.
 Filialen: L.-Gohlis, Delitzsch, Meerane.
A. Robe, L.-Reudnitz
 Dresdner Straße, gegenüber der Kirche. Telefon 10 558. [789]

Fleisch- u. Wurstwaren
 empf. Max Kühns Fleischerei
 Kleinzschocher
 Ecke Klingon- und Hirzelstr.

Ernst Zeugner, Wildhandl., Reudn., Kreuzstr. 31
 ff. Dresdn. Hafermast-Gänse
 auch geteilt. Jg. Enten, Jg. Hühner, Brat- und Kochhühner, Rehbraten, Anken und Blätter, Hirschruden, Brat- und Kochfleisch Pfd. 40-80
Starkeschles. Hasen 3.70 geteilt
 Grosse wilde Kaninchen, Stück 1 M., fr. Hasentfleisch.

Verband der Freien Gast- und Schankwirte Deutschlands

Mitglieder-Versammlungen (ab 1. Zennerslag im Monat in Lokalen nach dem Ortsverband) :: Zahlstelle Leipzig und Umgegend :: Vorsitzender: Alfred Dietze Leipzig, Hauptmannstraße 7
 Einzig bestehende sozialdemokratische Gastwirtsorganisation

Abendröte Restaurant, Arndtstr. 36
 Tel. 1634. Inh. Paul Lechner empfiehlt seine freundl. Lokalitäten, Gesellschaftszimmer, ff. Speisen und Getränke, gutgepflegte Kiechbiererei, echte bayerische Biere, Berliner Weisse und Dänischer Gase.

Kronenkeller Körnerstr. 21. Tel. 16121.
 Empf. m. Lokalit. Max Schmieder. Guten Trakt. Mittagstisch. Sonnabend: Schweinefleisch.

Kaases Restaurant u. Frühst.-Stube
 Sophienstr. 2. Empfehle meine Lokalitäten. Bruno Haase.

Morgenröte Restaurant u. Café
 Hauptmannstr. 7. Empfehle meine freundlichen Lokalitäten mit Gesellschaftszimmer, ff. Speisen und Getränke. Tel. 16188. Ergebenst Alfred Dietze.

Restaurant Komet
 Neu renoviert! Körnerstr. 25. Neu renoviert! Staatspieler-Treffpunkt von 3 Uhr nachmittags an. Reichhaltige Speisekarte. Zu freundl. Besuch laden ein W. Schäfer u. Frau.

Trebs' Restaurant L.-Plagw.
 Empf. meine freundl. Lokalitäten. Erg. Paul Trebs.

Stadt Altenburg L.-Lindenau
 Markt 19. Tel. 10030. Empf. meine Lokalitäten mit Vereinszimmer, bis 150 Pers. saff. ff. Biere u. Küche. Erg. Jul. Schuhr.

Paul Meister, Himmelsleiter, Pl. Jahnstr. 95.
 Vater Jahn, Lindenau Mersburger Str. 80. Tel. 13148. Empf. Bekannten sowie der geehrten Arbeiter sch. m. frdl. Vol. Gute Küche und ff. Biere. Erg. Wilhelm Bittner.

Bamberger Hof Pl. Mersburger Str. 18, am Kanal.
 Otto Finkert, früher Friedendelke Pl.

Restaurant Plagwitzer Spitze
 Ecke Nonnenstr. u. Elisabethallee. Empfehle meine freundlichen Lokalitäten mit Vereinszimmer. [*] Emil Liebing.

Gast- u. Logierhaus Sophienburg, Lindenau
 ff. Biere, ff. Speisen. Empf. meine frdl. Lokalitäten. Gesellschafts-Saal (300 Pers. saff.) zu Versamm. u. Festlichkeiten aller Art noch einige Tage frei. ff. Speisen u. Getränke. Erg. Wilh. Arndt.

Robert Höppner
 Telefon 7918 LINDENAU Mersburger Str. 38 e
 empfiehlt billigt (780)
Dresdner Mast-Gänse, auch geteilt, frische starke Hasen, gebr. u. gepick. Kaninchen, Koch- u. Brathühner.

Kleine Markthalle
 Ecke Mühl- u. Stüttericher Str. Otto Schiede
 Ganz frisch geschlossene extra starke Schles. Waldhasen
 geteilt Stück 3.50 M. [161]

Billiger Fleisch-Verkauf
 Telefon 13913. Sasse, Lindenau Cranachstr. 1.

Fischhalle
 Kleinzsch., Dieskaustr. 10
 Tel. 5207 Tel. 5207
 Tägl. Zufuhr frisch. See- u. Fluss- fische, Karpfen, Aale, Schleie etc. aus ger. u. mar. Fischwaren. Empf. pa. Dresdner Mastgänse, Jg. Enten, Hühner, Bähnchen. Frischgeschlossene starke Hasen, geteilt u. gepick. Hochachtungsv. Chr. Otto.

Fahrräder [1002*]
Nähmaschinen
Sprechapparate
Schallplatten
 neueste Schlager
Wringmaschinen
Kindergarten
 in allen Preislagen.
 Verkauf von 9-12 Uhr, und 3-8 Uhr. Besichtigung
 Sonntags von 11-12 Uhr
 und Teilzahlung gestattet.

Wilde Kaninchen
 Wildhandl. Kolonnenstr. 27.

"Saxonia"
 Hainstr. 20/24.
 Fahrstuhl. Telefon 20154.

Jede Frau
 wendet sich bei Bedarf in Hygienisch. Bedarfsartikeln vertrauensvoll an
 verehel. Frau M. Oehler
 Holzhof
 Leipzig 8, Querstr. 4/6. Tel. 16146
 Leiterin der Creditanstalt

Telephonisch
 können Inzerate nur in ganz außergewöhnlich dringenden Fällen angenommen werden. Für die richtige Wiedergabe telephonisch aufgegebenen Inzerate leisten wir keine Garantie.
 Expedition d. Leipz. Volksztg.

Angerschlöbchen Zweinaund. Str. 10
 L.-Ang. Tel. 1180.
 Empfehle meine freundl. Lokalitäten. Gesellschaftszimmer, 150 - 100 und 50 Personen fassend, zur gefl. Benützung. Achtungsvoll Artur Ackermann.

Grüne Aue L.-Anger =
 Bernhardstr. 26.
 Empf. meine frdl. Lokalitäten. Franz gen. Bands Fritze.
H. Hekhardt, Ho., Jollitosestr. 20.
Adolf Lägell, Volk., Julluststr. 4.

Silberpappel
 Empf. meine freundlichen Lokalitäten, Gesellschaftszimmer und Saal zur Abh. u. Versammlungen und Festlichkeiten aller Art. ff. Speisen und Getränke. Volk., Kirchstr. 17. Achtungsv. H. Weidenmüller.

Grenzjäger L.-Reudn., Grenzstr. 24, empf.
 seine Lokalitäten. Erg. W. Wehmann.*

Gust. Berger, H., Kohlgartenstr. 11.

Zum Tunnel L.-Reudnitz, Josephinenstr. 2
 empf. seine Lokalitäten. O. Schmieder.

Höhnes Restaurant Reudn., Rathausstr. 41.
 empf. freundl. Lokalitäten. Hochf. Biere. Kräft. Mittagstisch. Verkehr der Zimmerer Leipzig-Dst. - Fernspr. 10819. Erg. Lina verw. Höhne.

Erholung Reudnitz
 Rathausstraße.
 Bringe meine Lokalität. in empf. Erinnerung. A. Schöber.

Waldschlöbchen, Schönefeld Hauptstr. 36
 Empf. meine frdl. Gesellschaftszimmer für 30 u. 70 Pers. Erg. H. Rohme.

Gute Quelle Dölitz
 Bornalsche Str. 180
 Inh.: Otto Bannack.
 empfiehlt seine Lokalitäten, Gesellschafts- u. Piano.

Stadt Taucha Volk., Torgauer Str. 35. Empf. meine
 freundl. Lokalitäten. Erg. Herm. Goldmann.

Mönchshof, Gohlis empf. seine frdl. Lokalität.
 Tel. 11 081. P. Andersen u. Frau.

Parkschänke Markranstädt. Empf. m. Lokalitäten. O. Schmidt.

Grafenburg Mockau empf. seine freundl. Lokalität. - Gef. Zimmer noch frei. F. Heideck.

Albin Schütze L.-Connew, am Bahnhof
 Str. Gef.-Zim. noch einige Tage frei.

Neue Geschichten aus dem Tierleben
 von Arno Marx, gebunden 1.60 M., empfiehlt
Leipziger Buchdruckerei A. G.

Neu Wiener Café Hühn Neu
KONZERTE bis 2 Uhr nachts.
Bols Likörstube
 Windmühlenstr. 52. [*] Windmühlenstr. 52.

Restaurant Typo-Gruf Sternwarten
 strasse 53. [*] Rob. Beschorner

Debsch Restaurant zur Post
 Sonnabend und Sonntag
Große Bockbierfest
 Hält! Wohin? Gutzsch, nach dem Waldhof
 Gesellschaftszimm. Angenehmer Aufenthalt
Gasthof Bier Linden, Markranstädt
 Sonnabend und Sonntag
1. Bockbierfest.
 18. und 19. Januar
 Hierzu ladet ergebenst ein [785] Wilh. Rieger

